

DJI Bulletin 79



Jugend in Europa

Jugendpolitik
Zukunft
Gesundheit
Bildung
Arbeit
Familie

DJI Bulletin PLUS

EU-Jugendpolitik – ein Glossar

Seite 3 Editorial

Seite 4 Gastkommentar

Hermann Kues

Begeisterung schaffen – Jugendliche im Fokus der EU-Ratspräsidentschaft

Berichte

Seite 5 Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke
Europa im Blick der Jugend

Seite 8 Franziska Wächter
Jugend in Europa – gedämpfte Zukunftsperspektiven

Seite 11 Gerda Winzen
Wie geht's den Jugendlichen in Europa?

Seite 13 René Bendit, Jan M. Marbach
Europa hat Nachholbedarf

Seite 16 Dossier

René Bendit, Barbara Rink

Was tut Politik für die Jugend in Europa?

Berichte

Seite 22 Karin Jurczyk, Andreas Lange, Barbara Thiessen
Autonomie ermöglichen – zur Verschränkung von Familienpolitik und Beschäftigungspolitik

Seite 24 Sonya Saroyan
Das Kopftuch, die Kontexte und die Identität

Seite 25 Andrea G. Müller
Die Sprache in der Schule – ein Nachteil für Migrantenkinder?

Seite 26 Ursula Bischoff, Kirsten Bruhns, Sandra Koch
Interkulturelle Zusammenarbeit im Betrieb – »Das ist auch ein Generationenwechsel, den man da merkt«

Seite 28 Jens Lange
Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen

DJI Bulletin PLUS

Susanne John

EU-Jugendpolitik – ein Glossar

Seite 29 Kurz informiert

Seite 30 Tagungen

Seite 33 Publikationen

Vorschau: DJI Bulletin 80
Themenheft
Kindertagesbetreuung in Deutschland

Das **Deutsche Jugendinstitut e. V.** ist ein außer-universitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat z. Zt. folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie die Forschungsschwerpunkte »Übergänge in Arbeit«, »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben«, »Gender und Lebensplanung«, ferner eine Außenstelle in Halle.

Impressum

Herausgeber und Erscheinungsort:
Deutsches Jugendinstitut e. V. Nockherstraße 2,
81541 München, Deutschland

Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Redaktion: Dr. Jürgen Barthelmes
Telefon: 089 623 06-180, Fax: -265,
E-Mail: barthelmes@dji.de
Stephanie Vontz
Telefon: 089 623 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Vertrieb: Stephanie Vontz
Telefon: 089 623 06-311, E-Mail: vontz@dji.de

Satz, Gestaltung: Anja Rohde, Hamburg

Druck und Versand: grafik + druck GmbH, München

Bildnachweis:

S. 3, 13, 15, 25: Lennart Preiss; S. 4: BMFSFJ; S. 29, 30: Maria Weber

ISSN 0930-7842

Das DJI-Bulletin erscheint viermal im Jahr.
Alle Hefte sind kostenlos.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Der kostenlose Bezug erfolgt auf schriftliche Anforderung an die Redaktion. Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Kostenloser Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

Download (pdf) und HTML-Version unter www.dji.de/bulletins

Liebe Leserin, lieber Leser,

kennen Sie die Flaggen der EU-Mitgliedsstaaten? »Rot – ich weiß, rot«, mit diesem Merksatz bezeichnet man beispielsweise die Nationalflagge in Österreich.

Kinder und Jugendliche mögen Fahnen und Flaggen. Ein beliebtes Spiel von früh an ist es, möglichst schnell alle Flaggen der Welt zu erkennen, ähnlich dem Spiel mit dem Erkennen von Automarken. Bei internationalen Sportereignissen und Events tauschen junge Menschen mit Vorliebe Nationalflaggen aus. Oft werden sie jedoch von kritischen Älteren einer »nationalistisch gefärbten Haltung« verdächtigt.

Nationalflaggen sind heute in den Medien sowie auf Events und bei Sportereignissen allgegenwärtig, erinnert man sich nur an das Fahnenmeer in den Stadien und auf den Straßen während der *Fußball WM 2006* in Deutschland.

Als Illustration für dieses Themenheft haben wir uns für die Flaggen Europas entschieden, auch wenn ein Teil der EU-Politiker in Zusammenhang mit der Diskussion um die »EU-Verfassung« zukünftig auf alle Symbole in Form von Flaggen und anderem verzichten möchte – selbst auf die europäische Flagge mit dem Kreis von zwölf gelben Sternen auf blauem Grund (die Erfinder haben sich übrigens dazu vom Sternenkranz einer italienischen Madonna anregen lassen). Die »zwölf Sterne« stehen dabei nicht für Einzelstaaten, sondern symbolisieren Vollkommenheit sowie Vollständigkeit und schließen alle Völker Europas mit ein.

Nationalflaggen sind ein wichtiges Symbol souveräner Staaten und bei vielen Menschen mit positiven sowie negativen Emotionen verbunden. Nationalflaggen sind Zeichen des nationalen Selbstverständnisses, die Farben und Formen haben Bedeutung und enthalten Botschaften. Zur Anschauung ein paar Beispiele:

Die Form des Kreuzes hat vielfältigen Sinngehalt: Das Kreuz in den Flaggen Dänemarks oder Englands geht auf die Kreuzfahrer zurück. Das einheitliche Kreuz in den Flaggen der skandinavischen Länder dient als Zeichen der Verwandtschaft und Zusammengehörigkeit. Das Kreuz in der Flagge Griechenlands



zeigt das Christliche an als Gegenkennzeichen zum islamischen Halbmond der Türkei.

Auch den Farben liegen unterschiedliche Sinngehalte zugrunde, beispielsweise die Farbe *Weiß*: Irland wünscht sich mit seiner Flagge vor allem den *Frieden* (Weiß) zwischen Katholiken (Grün) und Protestanten (Orange). Das blaue Kreuz auf weißem Grund symbolisiert für Finnland die tausend Seen des Landes: Blau steht dabei für den weiten Raum, Weiß für den *immerwährenden Schnee* als Symbol der *Zeit*. Der weiße Streifen auf dem karminroten Flaggentuch von Litauen dagegen gilt für das *Recht*, die *Gerechtigkeit* und die *Ehre* des Volkes, Rot repräsentiert dann jenes Blut, das für den Kampf zur nationalen Selbstständigkeit vergossen wurde.

Die Farbkombination »Schwarz, Rot, Gold« auf der Flagge Deutschlands stammt aus dem 13. Jahrhundert. Kaiser Friedrich der Zweite trug einen Krönungsmantel in den »feierlichen« Farben »Schwarz, Rot, Gold«. Diese drei Farben waren in Deutschland stets Ausdruck für Freiheit und Veränderung sowie für die Überwindung deutscher Kleinstaaterei und ihrer Monarchien. Sowohl die Aufständischen im Deutschen Bauernkrieg als auch die Bürgerinnen und Bürger des Hambacher Festes scharten sich um »Schwarz, Rot, Gold«.

Mit zunehmender Internationalisierung und Europäisierung tauchte unter den Nationalflaggen dann der »Regenbogen« der »PACE«- bzw. »PEACE«-Fahne auf. Dieses »internationale« Symbol – europa- und weltweit von jungen Menschen bei Demonstrationen, Events, Sportereignissen oder Konzerten geschultert – drückt den Wunsch der Jugend nach Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit und guter Zukunft aus.

Der angehende Fotojournalist Lennart Preiss hat auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm (Juni 2007) dazu einige Impressionen für das DJI Bulletin festgehalten.

In diesem Heft zum Thema »Jugend in der EU« kommt zum einen die Sicht der jungen Europäer/innen zur Sprache, zum anderen werden Strukturen und Konzepte europäischer Politiken für die Jugend aufgezeigt.

In seinem Gastkommentar akzentuiert der Parlamentarische Staatssekretär *Dr. Hermann Kues* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Ziele europäischer Jugendpolitik insbesondere unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Das Recht auf gleiche Chancen und auf gesellschaftliche Teilhabe steht dabei im Vordergrund.

Wolfgang Gaiser und *Johan de Rijke* gehen der Frage nach, wie die Jugend zur Europäischen Union steht.

Franziska Wächter zeigt auf, wie junge Menschen in ausgewählten europäischen Ländern leben und welche Erwartungen sie an ihr zukünftiges Leben haben. Alles in allem: eher gedämpfte Zukunftsperspektiven.

Wie steht es mit der Gesundheit der Jugend in Europa? – *Gerda Winzen* betont, dass der Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Lage immer mehr ins Auge springt.

René Bendit und *Jan M. Marbach* erbringen den Nachweis, dass Europa Nachholbedarf hat, um für junge Menschen fördernde Möglichkeiten in den Bereichen der Bildung, des Arbeitsmarktes sowie des selbstständigen Wohnens zu schaffen.

René Bendit und *Barbara Rink* beleuchten Schwerpunkte nationaler Jugendpolitiken, insbesondere unter dem Aspekt der Integration, und skizzieren Hauptlinien europäischer Jugendpolitik.

Karin Jurczyk, *Andreas Lange* und *Barbara Thiessen* verdeutlichen, dass die ökonomische Verselbstständigung von jungen Frauen und Männern sich europaweit verzögert hat, deren Autonomie aber besser ermöglicht werden müsse, indem Familienpolitik und Beschäftigungspolitik sich mehr verzahnen.

Susanne John führt im DJI Bulletin 79 PLUS anhand eines Glossars durch die vielfältigen Konzepte und Begriffe der EU-Jugendpolitik.

Mit herzlichen Grüßen
Jürgen Barthelmes
Stephanie Vontz

Begeisterung schaffen – Jugendliche im Fokus der EU-Ratspräsidentschaft



Dr. Hermann Kues
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium

Als ich Juni 2007, zum Ende der deutschen Präsidentschaft, auf der Eröffnung des Europäischen Jugendtreffens in Berlin sprach, war ich überrascht: Rund 300 junge Künstler und Künstlerinnen aus ganz Europa, vom Clowns-Duo aus Portugal bis zur slowenischen Theatergruppe, ließen die Rede trotz mehrsprachiger und damit länger dauernder Übersetzung nicht etwa nur höflich über sich ergehen. Im Gegenteil: Sie klatschten und jubelten fröhlich. Ich spürte eine Begeisterung, in deren Genuss sonst wohl eher Tokio Hotel & Co kommen.

Nach einer aktuellen EU-Umfrage verbinden mehr als 90 % der europäischen Jugendlichen etwas Positives mit der Europäischen Union. Und natürlich gehen junge Menschen heute wie selbstverständlich von Finnland bis Zypern auf Entdeckungsreise, studieren und arbeiten im Nachbarland. Aber dass sie von Europa regelrecht begeistert sind, dass die Bundeskanzlerin auf der Abschlussveranstaltung des besagten Jugendtreffens frenetisch gefeiert wird, das ist der schönste Lohn für die sechs Monate harter jugendpolitischer Verhandlungen unter deutscher Ratspräsidentschaft.

Wir hatten uns viel vorgenommen zu Beginn der Präsidentschaft. Wir wollten die rund 75 Millionen Jugendlichen in der EU erreichen und ihnen Europa näher bringen. Denn nur vier von zehn jungen Europäerinnen und Europäern haben den Eindruck, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt. Bei den letzten Europawahlen 2004 ging nur ein Drittel der Jugendlichen zur Wahlurne. Und bei den negativen Referenden zum Verfassungsvertrag für Europa haben insbesondere junge Menschen eine ablehnende Haltung vertreten.

Die deutsche Präsidentschaft hat deswegen bewusst zwei jugendpolitische Schwerpunkte gesetzt: *Chancengleichheit* und *gesellschaftliche Teilhabe*. Wir wollen, dass möglichst viele Jugendliche früher

und stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Nur so wird die EU für sie konkret und greifbar. Dabei dürfen wir nicht den Fehler machen, jene von den positiven Erfahrungen eines Austauschs unter jungen Menschen auszuschließen, die kein Erasmus-Stipendium haben und die nicht von Jugendparlament zu Jugendparlament reisen. Seien es die 15 % Schulabbrecher, seien es die 15 % arbeitslosen Jugendlichen in Europa: Vor allem diesen jungen Leuten wollten wir künftig helfen, ihr Recht auf gleiche Chancen und auf gesellschaftliche Teilhabe in ihren Herkunftsländern, aber auch in der Europäischen Union als Ganzes zu leben.

Deshalb haben wir – gemeinsam mit unseren Partnern der Teampräsidentschaft Portugal und Slowenien – unsere europäischen Kolleginnen und Kollegen davon überzeugt, dass die gesellschaftliche Teilhabe dieser Jugendlichen mit Angeboten »von der Stange« nicht zu erreichen ist. Der Zugang soll in Zukunft vielmehr individuell und gemeinsam mit den jungen Menschen erarbeitet werden. Mit diesem Konzept haben wir in Deutschland gute Erfahrungen im Rahmen unseres Europäischen-Sozialfonds-Modellprogramms (ESF) »Kompetenzagenturen« gemacht: Spezielle Fall-Manager stehen besonders benachteiligten Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf zur Seite. Dabei legen sie keine Schablonen an, sondern beziehen das persönliche sowie familiäre Umfeld ein und organisieren maßgeschneiderte Hilfen, die auf die individuellen Bedürfnisse und die Lebenssituation der Jugendlichen zugeschnitten sind. Ich würde mich freuen, wenn diese Idee auch in europäischen Partnerländern Schule machte.

Auch die EU-Jugendminister und Jugendministerinnen hatten die sozial benachteiligten Jugendlichen im Blick, als sie beschlossen, bei der Umsetzung europäischer Initiativen stärker darauf zu

achten, dass diese auch jungen Menschen mit schlechten Startchancen zugute kommen. Über einen besseren Zugang zu Informationen könnte beispielsweise eine arbeitslose junge Frau aus einem andalusischen Dorf künftig die gleiche Chance zur Teilnahme an Programmen der Jugendbegegnung bekommen wie die jugendpolitisch engagierte ENA-Studentin aus Paris (ENA: *École nationale d'administration*). An solchen Strukturen muss Europa jetzt arbeiten.

Als Vorsitzland hat Deutschland von den internationalen Fachdebatten der vergangenen sechs Monate auch selbst enorm profitiert. Gerade in der Diskussion über Antidiskriminierung, Integration und Chancengleichheit von Minderheiten gibt es aus unseren Nachbarländern immer wieder neue Denkanstöße, die wir aufnehmen und in Politik für unsere jungen Menschen umsetzen. Hier liegt meines Erachtens der große Mehrwert der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa: keine Vereinheitlichung nationaler und regionaler Jugendpolitik, sondern ein Voneinander-Lernen mit Blick auf die konkrete Praxis vor Ort und ein gemeinsames strategisches Handeln auf europäischer Ebene.

Unser Ziel, Europa für Jugendliche hinter Aktenbergen hervorzuholen und greifbar zu machen, haben wir vor allem durch eines erreicht: Austausch und Dialog auf allen Ebenen. Wir haben junge Europäerinnen und Europäer nach Köln eingeladen, um mit Jugendpolitikerinnen und -politikern aus ganz Europa zu diskutieren. Ähnliche fruchtbare Treffen gab es auf Einladung von *Ursula von der Leyen* in Brüssel und auf Einladung von *Angela Merkel* in Berlin. Die Eindrücke, die sowohl die Jugendlichen als auch die Politikerinnen und Politiker aus diesen Monaten der deutschen Ratspräsidentschaft mitnehmen, werden auch ganz persönlich sein. Zurück in ihren Heimatländern, werden sie mit Europa ein Gesicht, eine Stimme und ein Lachen verbinden. Und sich hoffentlich diese positive Energie bewahren, wenn es konkret darum geht, wie wir unsere gemeinsame Zukunft in Europa gestalten wollen.

EUROBAROMETER und DJI Jugendsurvey

Europa im Blick der Jugend

Europa ist 50 Jahre alt. Im März 1957 wurden die Römischen Verträge als Gründungsakte der heutigen Europäischen Union (EU) unterzeichnet. Die EU ist der Versuch, den Egoismus der Völker aus vernünftigem Eigeninteresse heraus zu überwinden. Somit konnte es gelingen, sich von einer Konfrontation der Nationen hin zu einer Union zu entwickeln.

Das Projekt Europa zielt nicht nur auf ökonomische Harmonisierung und politische Einigung, sondern auch auf soziale Integration. Es geht gleichermaßen um die Angleichung von Lebensverhältnissen und politischen Strukturen sowie um gegenseitige Beziehungen und Bindungen.

Wie aber sieht die Jugend Europa? Ist die EU für sie eine Realität geworden, deren Stellenwert, Funktionsweise und Zukunftsbedeutung selbstverständlich sind oder herrscht eher Unkenntnis und Skepsis vor? Wie steht es bei der jungen Generation mit dem Wissen um Europa? Gibt es einen Optimismus gegenüber der EU, oder überwiegt eher Skepsis gegenüber dem Projekt Europa? Inwieweit unterscheiden sich die Orientierungen über Europa?

Die Daten und Ergebnisse des EUROBAROMETER sowie des DJI Jugendsurvey geben zu diesen Fragen Auskunft.

Im Großen und Ganzen: eine positive Haltung gegenüber Europa

Junge Menschen bilden »das optimistischste Segment der europäischen Bevölkerung« – so das Ergebnis einer Umfrage von EUROBAROMETER (Sommer 2005 mit 25 Mitgliedsstaaten; Europäische Kommission 2006):

63% der Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 24 Jahren bewerten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als eine gute Sache. Diese Altersgruppe ist positiver gegenüber der EU eingestellt als die der Älteren (EU-Durchschnitt 54%).

Diese positive Tendenz der jüngeren Generation gegenüber der Zukunft Europas sowie ihrer Erweiterung durch neue Mitgliedsstaaten bestätigt sich auch in

den beiden Umfragen von EUROBAROMETER im Jahre 2006 (Special EUROBAROMETER 251 »Die Zukunft Europas«; Special EUROBAROMETER 255 »Enlargement«).

Die positive Einstellung gegenüber Europa wird dabei insbesondere von jungen Menschen getragen, die über ein vergleichsweise hohes Bildungskapital verfügen.

Einstellungen zur erweiterten EU-27

Eine Befragung von 19.000 jungen Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren (Frühjahr 2007) bestätigt das positive Bild von der gegenwärtigen und zukünftigen EU. Die meisten jungen Menschen assoziieren die EU mit »Freiheit für Reise, Studium und Arbeit« – wobei in den



zwölf neuen Mitgliedsstaaten (NMS12) im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten (EU-15) die EU positiver gesehen wird, insbesondere auch als ein Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Bedeutung der EU für junge Menschen

Bezogen auf alle 27 Staaten ergibt sich Folgendes:

- 90% betonen die persönliche »Freiheit für Reise, Studium und Arbeit« innerhalb der Gemeinschaft;
- 72% heben den Schutz von Bürgerrechten als positiv hervor;
- 71% unterstreichen die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Gleichzeitig jedoch werden auch negative Aspekte angesprochen:

- 40% sehen ein Zuviel an Bürokratie sowie eine Verschwendung von Zeit und Geld;
- 35% erkennen in der EU eher eine Bedrohung der kulturellen Identität und Vielfalt.

Jugendliche und junge Erwachsene in den NMS12-Ländern sehen die EU vorwiegend positiv, insbesondere was die »Freiheit für Reise, Studium und Arbeit« betrifft. Bei den Befragten in den EU15-

Die EU-25 umfasst die EU-15 (Belgien, Dänemark, Deutschland West/Ost, Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Großbritannien, Finnland, Schweden, Österreich) plus die zehn neuen Mitgliedsstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind: Zypern (griechischer Teil), die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien. Bulgarien und Rumänien sind seit Januar 2007 Mitgliedsstaaten der EU.

Ländern wird jedoch die übermäßige Bürokratie und Verschwendung von Zeit und Geld etwas stärker betont (42 % verglichen mit 35 % NMS12), ferner die Bedrohung kultureller Identität und Vielfalt (35 % verglichen mit 32 %).

Jüngere Befragte sowie Befragte mit höherer Bildung haben besonders positive Erwartungen gegenüber der EU. Befragte aus der Arbeiterschaft oder aus ländlichen Gebieten sind dagegen vergleichsweise weniger optimistisch.

Erwartungen an die Zukunft der EU

- 92 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stimmen überein, dass es in zehn Jahren zunehmend leichter wird, europaweit reisen, studieren und arbeiten zu können;
- 73 % sehen mehr Arbeitsgelegenheiten in der künftigen EU,
- 71 % mehr Gleichheit zwischen Männern und Frauen,
- 68 % weniger Ethnozentrismus;
- 67 % gehen von einem Zuwachs an höherer Lebensqualität für die Menschen insgesamt aus;
- 39 % der Befragten glauben aber auch, dass es in zehn Jahren mehr gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit und Streiks geben wird.

Auch die Zukunft der EU wird von den Befragten in den NMS12 positiver eingeschätzt, die Befragten in der EU-15 dagegen sehen die Zukunft negativer – insbesondere bei der Frage nach den zukünftigen Arbeitsmarktchancen für die junge Generation. Positivere Erwartungen haben insbesondere die jüngeren sowie die noch im Bildungssystem sich befindenden Befragten, ferner diejenigen, die in großstädtischen Ballungsräumen wohnen.

Was fördert positive Einstellungen gegenüber Europa? – Ergebnisse des DJI Jugendsurvey

Welche Einstellungen und Kompetenzen können positive EU-Orientierungen bei 16- bis 29-jährigen Menschen in Deutschland fördern?

Anhand folgender drei Aussagen wurde der Index »Positive Einstellungen gegenüber der EU« gebildet (vgl. Abb. 1):

- »Es ist mir klar, wie die Europäische Union funktioniert.«
- »Entscheidungen, die von der Europäischen Kommission in Brüssel getroffen werden, betreffen mich auch.«
- »Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer.«

Für die *positiven Einstellungen gegenüber Europa* werden nun vier Merkmale als wichtig betrachtet:

Politisches Interesse

Für junge Menschen, die sich generell stärker für Politik interessieren, wird Europa eher von Bedeutung sein als für jene, die an Politik wenig interessiert sind.

Bildung/Bildungsabschluss

Junge Menschen, die einen längeren Weg in allgemein bildenden Institutionen (wie Gymnasien, Fachoberschulen) zurückgelegt haben, besitzen vermutlich ein stärkeres Interesse an Europa. In den Unterrichtsinhalten wird die europäische Perspektive stärker verfolgt, ferner bestehen Möglichkeiten direkter Austauschbeziehungen (schulische internationale Begegnungen, Fahrten ins europäische Ausland).

Sprachkompetenz / Beherrschung von Sprachen

Die Beschäftigung mit Sprachen (z. B. im Gymnasium oder während des Studiums) trägt zur Horizonsweiterung mit

europäischer Blickrichtung bei.

Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten

Dieser Modus an Vertrauen wurde als Konzept der »internen Kontrollüberzeugung« konzipiert; es steht für die individuelle Vorstellung, dass das eigene Verhalten sowie die eigenen Anstrengungen den Verlauf des Lebens zentral beeinflussen können. Für den Einzelnen sind demnach Ziele durch eigene Fähigkeiten und Bemühungen erreichbar, und man ist nicht auf Zufälle oder Glück angewiesen. Überzeugungen von der Realisierbarkeit eigener Handlungsmöglichkeiten könnten auch die EU als relevantes Feld für Interessen und Aktivitäten ansehen.

Das politische Interesse zählt

Von den Befragten mit starkem politischem Interesse haben 59 % positiv geprägte Einstellungen gegenüber der EU, bei mittlerem oder geringem politischem Interesse sind es 30 % – immerhin eine Differenz von 29 Prozentpunkten.

Bei Personen mit starkem politischem Interesse und Abitur als Schulabschluss liegt der Anteil positiver EU-Einstellungen bereits bei 66 %, bei denen mit Mittlerer Reife bzw. Hauptschulabschluss (MR/HS) bei 47 %; auch bei geringerem politischem Interesse ist ein Bildungseffekt zu erkennen (mit Abitur 38 % gegenüber 25 % mit höchstens Mittlerer Reife).

Das Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten (bzw. die internen Kontrollüberzeugungen) verstärkt die Einstellungen gegenüber der EU (bei starkem politischem Interesse und hohem Bildungsabschluss):

Wer über ein starkes Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten verfügt, hat positivere Einstellungen (74 % gegenüber 60 % mit geringerem Vertrauen).

Der geringste Wert an Zustimmung gegenüber der EU ist dann gegeben, wenn wenig politisches Interesse, Bildung und Vertrauen in die eigenen Handlungschancen zusammentreffen (22 %).

Bei Personen mit geringem Politikinteresse, aber höherer Bildung und stärkerer Kontrollüberzeugung beträgt der Anteil positiver EU-Orientierungen immerhin 49 % und liegt damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (36 %, oberste Zelle). Höhere Bildungsressour-

	West	Ost	Deutschland insgesamt
A. Es ist mir klar, wie die Europäische Union funktioniert.	52	45	50
B. Entscheidungen, die von der Europäischen Kommission in Brüssel getroffen werden, betreffen auch mich.	70	59	67
C. Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer.	74	64	72

Abbildung 1: Europaorientierungen 16- bis 29-Jähriger nach westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern (in Prozent)

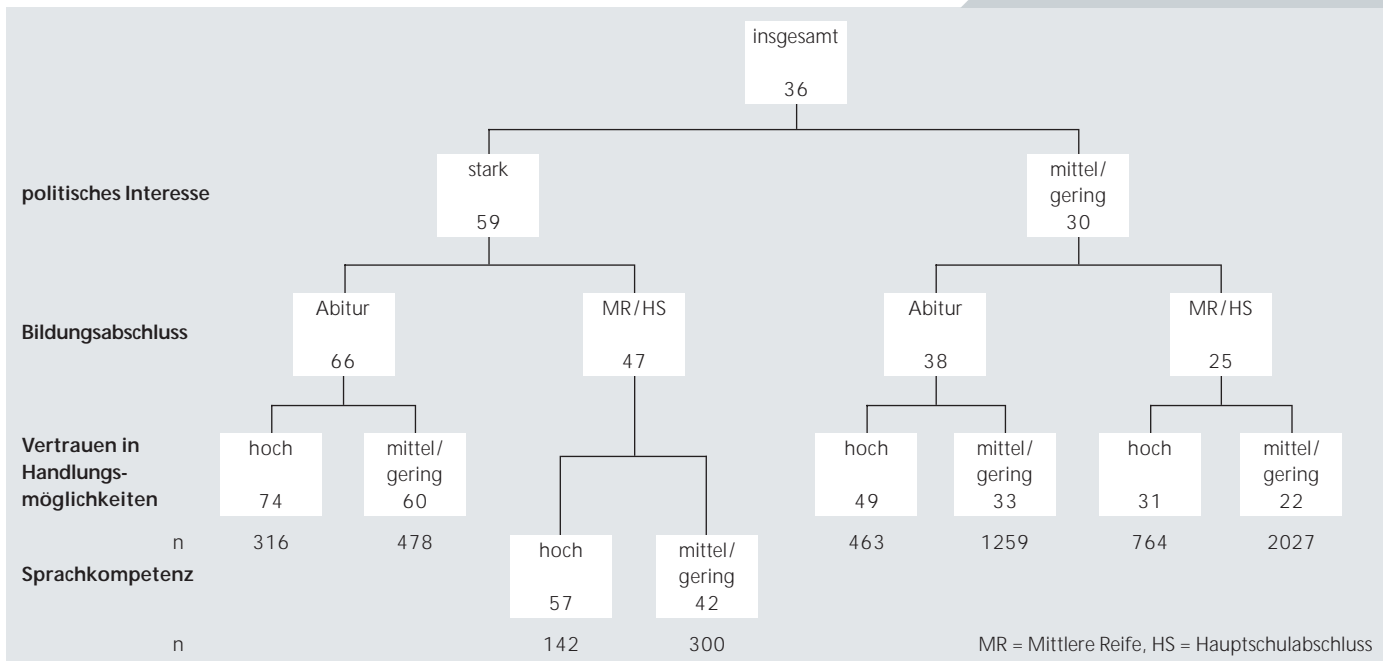


Abbildung 2: Positive Einstellungen zur EU nach politischem Interesse, Bildungsabschluss, Vertrauen in Handlungsmöglichkeiten und Sprachkompetenz. Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

In Abbildung 2 wurden die Merkmale in dichotomisierter Form verwendet; angegeben sind jeweils der Anteil starker positiver EU-Orientierungen in Untergruppen, die durch diese Merkmale bzw. Kombinationen von ihnen gebildet werden. Dabei wird die Stichprobe stufenweise nach den genannten Merkmalsausprägungen aufgeteilt, und für jede der sich daraus ergebenden Gruppen wird der Anteil positiver EU-Orientierungen ausgewiesen.

cen und ein hohes Selbstbewusstsein können auch bei geringem politischem Interesse zur Einschätzung einer subjektiven Relevanz der EU führen. Ein niedriger Bildungsabschluss bei starkem politischem Interesse kann wiederum durch eine hohe Sprachkompetenz ausgeglichen werden (Anteil positiver EU-Einstellungen 57%). Bei den anderen Gruppen von Personen zeigt mehrfache Sprachkompetenz auf der nächsten Stufe aber keine zusätzliche Wirkung.

Fazit

Die Einstellungen gegenüber Europa sind vielschichtig und teilweise widersprüchlich bzw. ambivalent. Positive Einstellungen sind zwar vorherrschend, aber nicht durchgängig gegeben: Ein Teil der jungen Generation sieht Europa durchaus als eigenes Zukunftsprojekt, der andere Teil bleibt jedoch eher skeptisch bis ablehnend. Skeptische Wahrnehmungen gründen oftmals auf den Bereich der Politik, während eher positive Europaeinstellungen häufig mit der eigenen Lebensplanung zu tun haben.

Die nachwachsende Generation in Deutschland nimmt die Bedeutung von Europa sowie die Prozesse der europäischen Einigung mehrheitlich wahr und

ist sich der Notwendigkeit einer politisch gedachten Einheit Europas bewusst.

Die Einigung Europas ist ein langwieriger Prozess. Während die älteren Jahrgänge der Bevölkerung diesen Einigungsprozess Schritt für Schritt selbst erfahren haben, stellt sich Europa für die heranwachsende Jugend als ein dynamischer Raum für politische Prozesse und eigenes Handeln dar. Eine erfolgreiche Nutzung dieser Handlungsräume und eine Ermöglichung der Ausbildung eines auch auf Europa gerichteten Bewusstseins werden durch Kompetenzen und Chancenwahrnehmung im Aufwachsen gefördert.

Die Erfahrung von Benachteiligung und unzureichenden Zugängen zu Bildung, Information, gesellschaftlicher Partizipation sowie des Mangels an überregionaler und übernationaler Integration wirkt sich einschränkend auf die Entwicklung eines positiven Bildes von Europa aus. Die notwendigen Konsequenzen liegen dann auf der Hand: Stärkung von (politischer) Bildung sowie Förderung individueller Handlungskompetenzen.

Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke

Literatur

Gaiser, Wolfgang / Gille, Martina / de Rijke, Johann / Sardei-Biermann, Sabine (2006): Zukunft Europa im Blick der Jugend. Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 47, S. 18–26 www.bpb.de/publikationen/FQ6G6F,O,Zukunft_Europa_im_Blick_der_Jugend.html (78k)

Internetadressen

EUROBAROMETER: http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm
DJI Jugendsurvey: <http://dji.de/jugendsurvey>.



Ergebnisse der internationalen/europäischen Studie EUYOUNPART

Jugend in Europa – gedämpfte Zukunftsperspektiven?

Jungsein in Europa – das bedeutet bei etwa 75 Millionen jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren Unterschiedliches: Gehört das Heimatland der EU an? Ist es ein junges Mitgliedsland und hat (post-)kommunistische Wurzeln bzw. Erfahrungen der Transformation? Gehört es zu den »Alteingesessenen«? Steht eine Aufnahme in den Reigen der EU-Länder noch bevor? Liegt es im Süden, Norden, Osten oder Westen?

»Europa« kann vieles heißen und hält für alle, ob jung oder alt, verschiedenartige Lebensumstände bereit. Für junge Menschen ist insbesondere die Frage nach den Zukunftsperspektiven von Bedeutung.

Dieser Beitrag geht anhand von Ergebnissen der Studie EUYOUNPART folgenden Fragen nach: **Wie leben junge Menschen in ihren Heimatländern, wie schätzen sie ihren Lebensstandard ein? Welche Erwartungen haben sie an ihr zukünftiges Leben? Auf welche Bereiche schauen sie zuversichtlich, auf welche pessimistischer?**

Die Studie EUYOUNPART befragte im Jahr 2004 in acht europäischen Ländern jeweils 1.000 junge Leute zwischen 15 und 25 Jahren. An der Studie wirkten folgende Länder mit:

- Deutschland, Frankreich, Italien als Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft;
- Großbritannien, Finnland, Österreich als mittlerweile etablierte Mitgliedsstaaten;
- Estland und die Slowakei als 2004 neu aufgenommene Staaten der EU.

Wie schätzen die jungen Menschen ihren Lebensstandard ein?

In Estland und in der Slowakei sehen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen

den eigenen Lebensstandard erwartungsgemäß pessimistisch (siehe Abb.1). Der Grund ist in dem objektiven Datum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf zu suchen. Estland und die Slowakei erreichen nur zwei Drittel des durchschnittlichen BIP der 27 EU-Mitgliedsländer (Eurostat 2007). Aber auch in Frankreich und Finnland ist der Anteil der 15- bis 25-Jährigen hoch, die ihren eigenen Lebensstandard für niedrig oder sehr niedrig halten. In allen anderen Ländern (außer Estland und der Slowakei) steigt der Anteil derer, die für sich einen hohen bzw. sehr hohen Lebensstandard feststellen. Insgesamt schätzen in allen Ländern die jüngeren Jugendlichen ihren Lebensstandard höher ein als die älteren. In

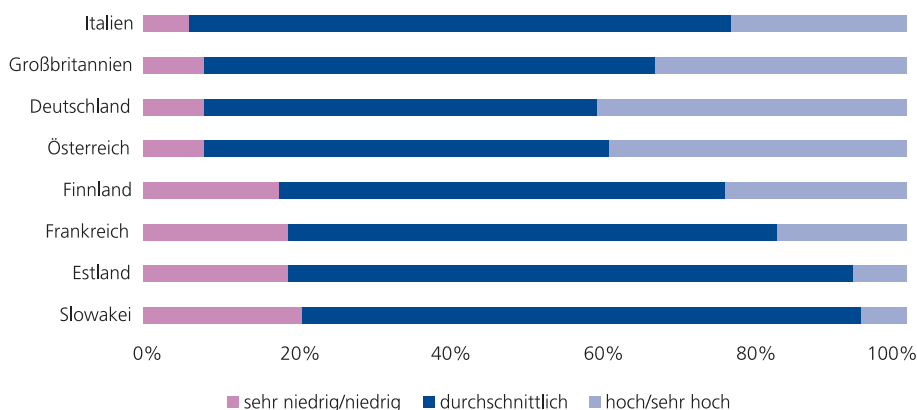


Abbildung 1: Subjektiv eingeschätzter Lebensstandard von 15- bis 25-Jährigen in ausgewählten Ländern der EU (Angaben in Prozent)

Quelle: EUYOUNPART, eigene Berechnungen

Finnland, Österreich, Deutschland und Italien bewerten junge Männer das Niveau höher als junge Frauen.

Ein hoher Lebensstandard schließt Pessimismus nicht aus

Bei der EUYOUNPART Studie wurden die jungen Menschen auch darüber befragt, ob ihre Situation in zehn Jahren »besser, gleich oder schlechter« als die ihrer Eltern sein wird (bezogen auf Einkommen, Arbeitsplatz, soziale Absicherung, Lebensqualität sowie Aus- und Weiterbildung; vgl. Abb. 2).

Obwohl deutsche und österreichische Jugendliche / junge Erwachsene einen recht hohen Lebensstandard für sich feststellen, blicken sie in allen angesprochenen Bereichen am pessimistischsten in die Zukunft.

Einen deutlichen, alle anderen überflügelnden Optimismus strahlen hingegen die jungen Estinnen und Esten aus: 80 % bis 90 % von ihnen erwarten bessere bzw. viel bessere Gegebenheiten.

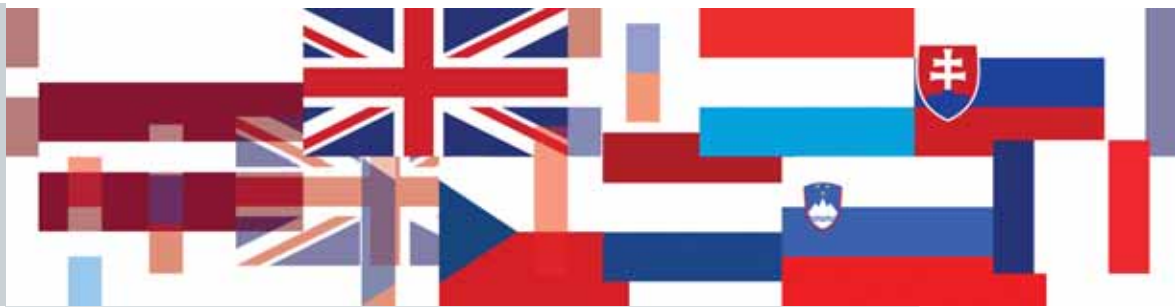
Ein Mehr an sozialer Absicherung wird insgesamt selten erwartet. Wiederrum sind dabei die Erwartungen der jungen Österreicherinnen und Österreicher sowie ihrer deutschen Nachbarn von allen Ländern am geringsten.

Oft blicken Frauen pessimistischer in die Zukunft als Männer.

Der Fokus von Zukunftsaussichten: vor allem soziale Absicherung

Innerhalb der etablierten EU-Staaten gibt es unterschiedliche Auffassungen und »Geisteshaltungen« in Bezug auf die Zukunftsaussichten für die verschiedenen Lebensbereiche:

In Österreich, Finnland, Frankreich, Italien und Großbritannien sind bei den jungen Menschen die Erwartungen an den Arbeitsplatz eng mit dem Einkommen verzahnt – Job und Einkommen werden unmittelbar zusammen gedacht. In Deutschland dagegen koppeln sich die Erwartungen für den Arbeitsplatz



unmittelbar mit sozialer Absicherung.

Bei den Transformationsländern bzw. EU-Neulingen Estland und der Slowakei hängen die Erwartungen an eine (bessere) zukünftige Lebensqualität am stärksten mit sozialer Absicherung zusammen. Unabhängig von dieser in Estland und der Slowakei sehr offensichtlichen (weil quantitativ am stärksten ausgeprägten) Verbindung zeigen sich ähnliche Tendenzen auch in »alten« europäischen Ländern. So erweist sich Lebensqualität *und* soziale Sicherheit als enges Paar auch in Finnland, Frankreich und Italien.

In Österreich wiederum korreliert die (erwartete) Lebensqualität mit den (erwarteten) Bildungsmöglichkeiten, in Deutschland dagegen ist der Zusammenhang mit der Einkommenssituation am stärksten, und in Großbritannien wird vor allem die Arbeitsplatzsituation mitberücksichtigt.

Insgesamt scheint der Faktor »soziale Sicherheit« (entsprechend den jeweils existierenden Sicherungssystemen) den Blick auf zukünftige Möglichkeiten der Lebensgestaltung und Lebensqualität ausschlaggebend zu beeinflussen.

Subjektiver Lebensstandard und Erwartungen gehen in den Ländern unterschiedliche Verbindungen ein:

In Italien scheint der derzeitige Lebensstandard gänzlich losgelöst zu sein von den Zukunftserwartungen der Jugendlichen; in den anderen Ländern dagegen geht ein »heute« festgestellter guter/hoher Lebensstandard unmittelbar mit positiven Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen einher.

Lebenszufriedenheit und Einschätzung der eigenen Regierung – ein auffälliger Schnittpunkt

Welche Faktoren sind für das subjektive Wohlbefinden und die Lebenszufrieden-

heit letztlich verantwortlich? Inwieweit hat die Beurteilung der eigenen politischen Führung einen Einfluss auf den derzeitigen Lebensstandard sowie auf die zukünftigen Erwartungen?

Wie Menschen (ihre) Gesellschaft wahrnehmen (also welches Vertrauen sie z. B. in ihre politischen Institutionen haben), ist entscheidend für ihr individuelles Wohlbefinden. Die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung hängt auch davon ab, inwieweit man gesellschaftliche Beschränkungen oder Unterstützungen wahrnimmt, um sich selbst als Individuum in diesem Rahmen entfalten zu können (Böhnke 2007).

Die finnischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind mit ihrer Regierung (im Jahr 2004) auffallend »äußerst zufrieden« (vgl. Abb. 3, nächste Seite). Am unzufriedensten zeigen sich die 15- bis 25-Jährigen in der Slowakei, Deutschland, Italien und Frankreich.

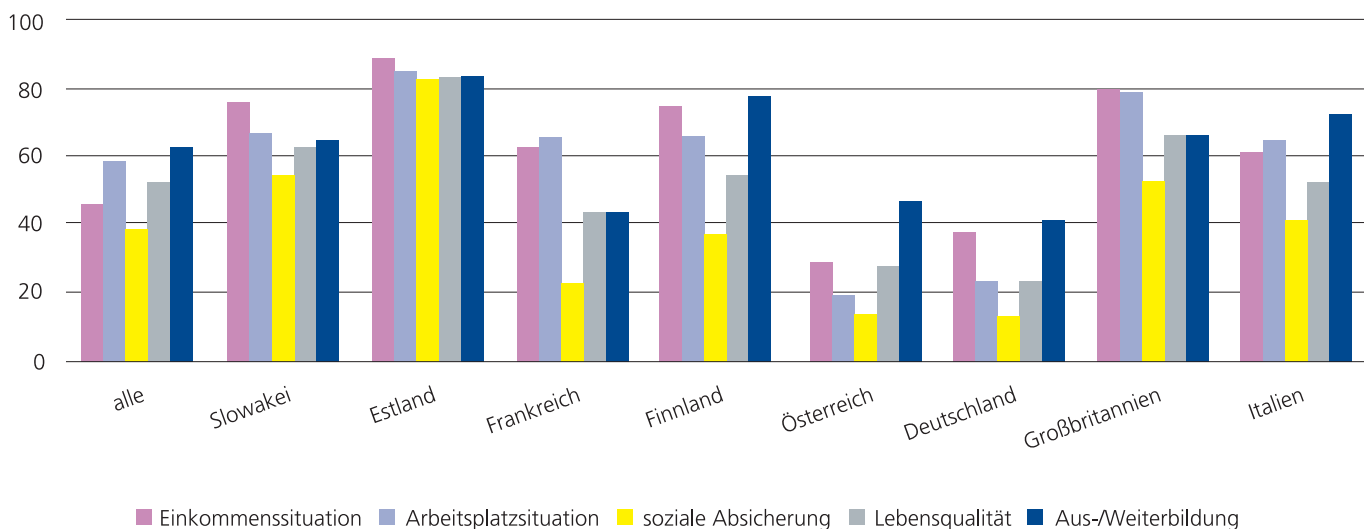


Abbildung 2: Zukunftsaussichten von 15- bis 25-Jährigen in ausgewählten Ländern der EU für verschiedene Lebensbereiche. Anteile derer, die in zehn Jahren eine viel bessere oder bessere Situation erwarten, als ihre Eltern derzeit haben (Angaben in Prozent). Quelle: EUYOUNG, eigene Berechnungen

In allen Ländern besteht der vermutete Zusammenhang zwischen der Beurteilung der eigenen Regierung und der Einschätzung des eigenen Lebensstandards. Am stärksten ist diese Verbindung für die Slowakei zu beobachten, d. h. Jugendliche, die ihre Regierung kritisch beurteilen, schätzen ihren eigenen Lebensstandard ebenfalls gering ein – und umgekehrt. Je besser die Regierung bewertet wird, desto weniger ist diese Bewertung mit der eigenen Lebenszufriedenheit verbunden. Dinge, die als selbstverständlich und vorausgesetzt gesehen werden, beeinflussen weniger die Lebenszufriedenheit (Böhnke 2007). Die Einschätzung der eigenen Regierung als leistungsschwach hat jedoch entsprechend negative Auswirkungen auf das individuelle Wohlbefinden.

Die in EUYOUPART einbezogenen Länder unterscheiden sich auch deutlich bei der Frage nach dem Zusammenhang von Regierungszufriedenheit und Zukunftserwartungen:

In Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien und der Slowakei gibt es bei nahezu allen Aspekten der Zukunft positive Zusammenhänge zwischen den Zukunftsaussichten und der Einschätzung

der (momentanen) Regierung; dies gilt jedoch nicht für Estland, Finnland und Großbritannien. Entweder gibt es hier eine Entkoppelung der Bewertung der aktuellen Regierung von zukünftigen Ereignissen, oder die Verantwortung für eine Verbesserung der Lebenslagen wird nicht (allein) als eine grundsätzliche Pflicht der Regierung gesehen, bzw. die Regierung wird als leistungstark empfunden und gerät somit für die eigene Lebenszufriedenheit in den Hintergrund (Böhnke 2006). Mit Blick auf Finnland scheint letzterer Erklärungsversuch durchaus plausibel.

Fördert soziale Einschränkung die Zuversicht in die Zukunft?

Die Ergebnisse von EUYOUPART zeigen klare Trennlinien zwischen den alten und neuen EU-Ländern auf. Ein geringer bzw. gering eingeschätzter Lebensstandard bewirkt bei den jungen Menschen eine starke Zuversicht in die Zukunft (z. B. die sozial negative Ausgangslage in Estland und der Slowakei). Zudem wird bei ihnen die Lebensqualität eng mit sozialer Absicherung gesehen. Die Jugendlichen sind jedoch am wenigsten darin optimistisch, dass sie selbst in

puncto sozialer Absicherung in zehn Jahren besser dastehen werden als ihre Eltern.

Andererseits hat ein eher hoher Lebensstandard (wie beispielsweise in Deutschland und Österreich) einen überaus pessimistischen Blick in die Zukunft zur Folge.

Wird am Ende das, was man hat, als gegeben angesehen und kann somit nicht mehr zur Zufriedenheit beitragen? (Böhnke 2006)

In allen Ländern sind die Zukunftsaussichten der Jugendlichen gedämpft, und sie können für sich kaum positive Zukunftsaussichten vorstellen, was den Wunsch nach sozialer Absicherung und Sicherheit verstärkt.

Franziska Wächter

Literatur

Eurostat Pressemitteilung (2007): www.eds-destatis.de/de/press/download/07_06/090-2007-06-28.pdf

Böhnke, Petra (2007): Policy or Privacy – What matters most for individual well-being? Determinants of life satisfaction in the enlarged Europe, Social Science Research Center Berlin (WZB): WZB Discussion Paper, Order No.: SP I 2007/203

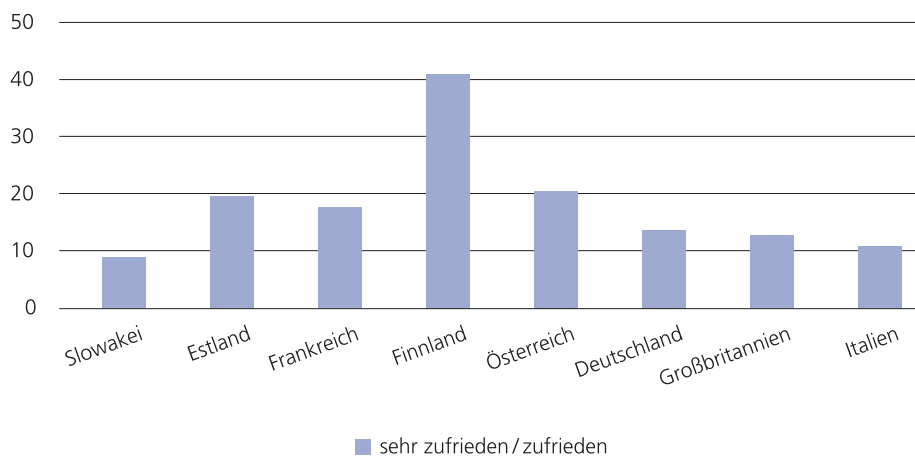


Abbildung 3: Zufriedenheit mit der eigenen Regierung von jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren in ausgesuchten Ländern der EU (2004), Angaben in Prozent
Quelle: EUYOUPART, eigene Berechnungen

Projekt: EUYOUPART – »Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union«

Laufzeit: 2003–2005 (Erhebungszeitraum: Herbst/Winter 2004)

Auftraggeber: Gefördert im 5. Rahmenprogramm der EU Koordinationsstelle SORA – Institute for Social Research and Analysis

Durchführung (im DJI): Dr. Walter Bien, Dr. Wolfgang Gaiser, Johann de Rijke, Dr. Franziska Wächter

Material zum Projekt über DJI: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=255> und SORA: www.sora.at

Wie geht's den Jugendlichen in Europa?

Gesundheitsstatus, Gesundheitsförderung, Prävention

Die Mehrheit der Jugend in Europa gilt als gesund. Das Spektrum ihrer Erkrankungen hat sich jedoch verändert: Infektionskrankheiten haben abgenommen, umweltabhängige Allergien und Atemwegserkrankungen zugenommen. Durch moderne Lebensweisen und Lebensstile sind neue gesundheitliche Risiken entstanden.

Die zahlreichen Studien und repräsentativen Daten aus Deutschland belegen vor allem den Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Lage. Auch geschlechtsspezifische und nationale Unterschiede weisen auf Möglichkeiten der Verbesserung der gesundheitlichen Situation junger Menschen hin. Aus den bisherigen Studien resultiert jedenfalls ein Handlungsbedarf, der innerhalb nationaler Grenzen nicht angemessen umgesetzt werden kann.

Sofern Kinder und Jugendliche nicht von Behinderungen oder chronischen Erkrankungen betroffen sind, bilden sie vor allem im Bereich der Prävention (Aids, Tabak, Alkohol, Drogen) eine Zielgruppe nationaler oder europäischer Gesundheitspolitik. Seit den Amsterdamer Verträgen (1997) erhielten im Rahmen der Europäischen Union (EU) (Präventiv-)Maßnahmen zur öffentlichen Gesundheit erstmalig den Rang von Gemeinschaftsaufgaben, die sich auf die Bevölkerung Europas insgesamt beziehen.

Es fehlen Daten und eine fortlaufende Berichterstattung

Die Jugend in Europa schrumpft, zählt aber mit Blick auf die Zukunft zur wichtigsten gesellschaftlichen Gruppe. Dennoch fehlt es bisher an vergleichbaren Informationen über den Gesundheitsstatus und das Gesundheitsverhalten junger Menschen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, wodurch eine zielorientierte Planung von Maßnahmen auf europäischer Ebene erschwert wird (Hackauf/Winzen 2004). Die EU hatte zwar einen Auftrag erteilt, den gesundheitlichen Status der Jugendlichen in Europa zu erstellen und veröffentlichte den Inhalt der entsprechenden Studie als Arbeitspapier der Kommission (European Commission 2000) – diese Studie wurde aber nicht fortgeschrieben. Sie bezog sich auf die EU-15, womit keine vergleichbaren Aussagen für die erweiterte EU möglich sind. Zudem hatte die Studie auf zahlreiche Daten- und Forschungslücken sowie auf die fehlende Harmonisierung der Daten hingewiesen – ein Problem, das sich mit der Erweiterung der EU allem Anschein nach verschärft. Es fehlen demnach vergleichbare Daten sowie insgesamt eine fortlaufende

Berichterstattung über die Gesundheit der jungen Menschen in Europa.

Im Folgenden werden anhand von einigen Studien wichtige Ergebnisse aufgezeigt bzw. Probleme skizziert, die fortan besonderer Aufmerksamkeit vonseiten der Politik bedürfen (King u. a. 1996; European Commission 2000; Hackauf/Winzen 2004; Kinder- und Jugendgesundheitsurvey 2007).

Steigerung der Lebenserwartung

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass es zwischen 1960 und 1998 eine kontinuierliche Steigerung der Lebenserwartung um ca. fünf Jahre gegeben hat. Generell ist die Lebenserwartung von jungen Frauen etwa fünf bis acht Jahre höher als die von jungen Männern.

Junge Däninnen im *Alter von 20 Jahren* hatten 1998 noch eine Lebenserwartung von 58,7 Jahren (insgesamt also 78,7 Jahre); das war der niedrigste Wert bei den Frauen in Europa. Sie sind aber noch besser dran als die männlichen Schweden, die im *Alter von 20 Jahren* noch 56,7 Jahre zu erwarten haben und die geschlechtsspezifisch höchste männliche Lebenserwartung in Europa aufweisen (insgesamt 76,7 Jahre; Hackauf/Winzen

2004). Hinter diesen deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschieden stehen vermutlich gravierende Unterschiede der sozioökonomischen und sozial-ökologischen Lebensbedingungen sowie der soziokulturellen Lebensweisen. Die Klärung der geschlechtsspezifischen Ursachen für die unterschiedlichen Lebenserwartungen in Europa könnte wertvolle Hinweise für Prävention und Intervention liefern.

Lebensstile und Gesundheit bedingen einander

Rauchen sowie Alkohol- und Drogenkonsum als gesundheitsrelevante Verhaltensweisen

- sind abhängig vom Einstiegsalter,
- werden im Jugendalter ausgebildet,
- behalten zumeist lebenslange Gültigkeit.

Lebensstile können sich in Konsum, Missbrauch oder in der Abhängigkeit von Tabak, Alkohol und Drogen ausdrücken, aber auch in einseitiger Ernährung und chronischem Bewegungsmangel. In welchem Ausmaß Jugendliche jedoch Tabak, Alkohol und Drogen konsumieren, ist schwierig zu ermitteln, denn bei standardisierten Befragungen von Jugendlichen führen soziokulturelle Antwortmuster meist zu Verzerrungen der Ergebnisse.

Konsum von Alkohol: insgesamt rückläufig, aber zunehmend exzessiv

Durch exzessiven Alkoholkonsum erhöht sich generell das Krankheitsrisiko und beeinflusst langfristig vor allem die Zunahme von Erkrankungen wie Depression, Krebs, Schlaganfall, Bluthochdruck, Leberzirrhose. Der Alkoholmissbrauch bestimmt viele Ebenen des individuellen Handelns, und er zeigt sich insbesondere bei jungen Menschen als handfeste Gefahr im Alltag (Straßenverkehr, hochriskantes Sexualverhalten, inner- und außerhäusliche Konflikte, Arbeitsplatz, reduzierte Arbeitsleistung).

Der Konsum von Alkohol ist zwar insgesamt rückläufig, doch es gibt eine anwachsende Gruppe junger Menschen, die sich durch exzessiven Alkoholkonsum (»binge drinking«) auszeichnen. Hierzu gehören auch Mädchen und junge Frauen.

Frühe Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen mit Alkohol

Jugendliche von heute konsumieren häufig früher alkoholische Getränke, als ihre Eltern wissen oder es der staatliche Jugendschutz erlaubt. Mit Alkohol Erfahrungen zu sammeln, ist ein weit verbreitetes Phänomen: In den meisten Ländern der WHO-Studie »Health Behaviour in School Aged Children« (HBSC; King u. a. 1996) berichten fast alle Elfjährigen, dass sie alkoholische Getränke schon probiert haben. In Norwegen haben selbst jüngere Kinder bereits Alkohol getrunken.

Die Trinkhäufigkeit steigt mit dem Alter rasch an. Die meisten Jugendlichen haben mit 15 Jahren bereits *einmal* alkoholische Getränke konsumiert, in manchen Ländern auch *mehrfach*. Etwa 80 % der Jugendlichen bis 15 Jahre haben bereits ein alkoholisches Getränk probiert.

Auch *regelmäßiger* Alkoholkonsum steigt altersabhängig an, so dass sich zwischen 11 und 15 Jahren die Anzahl der Jugendlichen, die *gelegentlich* Alkohol trinken, verdoppelt hat.

Sich das Leben nehmen – Suizid von Kindern und Jugendlichen

Einen *Selbstmord* begehen wesentlich mehr junge Männer, Mädchen und junge Frauen hingegen einen *Selbstmordversuch*.

Die seit zwei Dekaden hohe, inzwischen etwas zurückgehende Suizidrate junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren stellt in den EU-Mitgliedsländern ein erhebliches, doch unterbewertetes Problem der öffentlichen Gesundheit dar. Der Suizid ist bei jungen Menschen dieser Altersgruppe die zweithäufigste Todesursache nach dem Tod im Straßenverkehr und bildet – zusammen mit den Suizidversuchen – eine beträchtliche Belastung der Gesellschaft, die dieses Faktum tendenziell ausblendet.

Ein Vergleich der Suizidraten zeigt jedoch, dass sie nicht in allen EU-Ländern gleichermaßen zurückgegangen sind. So hat z. B. in Irland die Zahl der Selbstmorde bei jungen Männern zwi-

schen 15 und 24 Jahren (von 10,7 auf 22 pro 100.000) trotz oder vielleicht gerade wegen der prosperierenden Wirtschaft noch zugenommen.

Tendenzen des Suizides bei Kindern und Jugendlichen sind ein gesundheitspolitisch drängendes Thema, das die psychische Gesundheit, die psychosoziale Versorgung und die Angebote an psychotherapeutischer Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene betrifft.

Die Gesundheit der Jugendlichen in der EU: zu wenig Wissen, zu wenig Forschung

Aufgrund des Mangels an entsprechenden Daten sowie des Fehlens einer fortschreitenden Berichterstattung über den Zustand der Gesundheit von jungen Menschen in der EU ergibt sich die Forderung nach folgenden Maßnahmen:

- Konsequente Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung zu jugendbezogenen Gesundheitsdaten in Europa;
- Verknüpfung der Fragestellungen zu Lebenslagen und Gesundheitsproblemen, z. B. Prüfung des Zusammenhangs zwischen Jugendarbeitslosigkeit, Armut, problembelasteten Familien (Alleinerziehende, Familien mit mehr als drei Kindern) und speziellen Gesundheitsproblemen (Abhängigkeit von Alkohol, Tabak, Drogen sowie erhöhte Gefährdung durch Suizid und Unfälle);
- Verstärkung interdisziplinärer Forschung und Strategiebildung für Präventionsprogramme im europäischen Kontext mit Blick auf zentrale Gesundheitsprobleme Jugendlicher (Rauchen, Alkohol- und Drogenkonsum, HIV/Aids, psychische Gesundheit);
- Erforschung der gegenseitigen Abhängigkeit von lebensstilspezifischen Verhaltensweisen und der Drogengefährdung bzw. Drogenabhängigkeit bei jungen Fahrzeuglenkern (europaweit) sowie Berücksichtigung der Erkenntnisse bei der Erstellung von Präventivmaßnahmen der EU, um die hohe Zahl der tödlich verunglückten jungen Menschen zu senken.
- Förderung von Studien zur psychischen Gesundheit, psychosozialen Versorgung sowie zu Angeboten psychotherapeutischer Hilfen für Jugendliche und junge Erwachsene im euro-

päischen Vergleich, ferner zur Problematik des Suizid, der sich in der EU als ein großes gesundheitspolitisches Problem erweist;

- Aufbereitung der Erkenntnisse für Zwecke der beratenden und therapeutischen Praxis;
- Fokussierung der Maßnahmen auf bestimmte Risikogruppen (z. B. sozial benachteiligte, behinderte, geringer qualifizierte sowie arbeits- und obdachlose Jugendliche), ferner Entwicklung besonderer Maßnahmen der Prävention für diese Gruppen;
- Aufbau eines Netzwerkes für die konsequente Erforschung der Gesundheit von Mädchen und jungen Frauen, was in der EU bislang defizitär geblieben ist angesichts einer dennoch vorhandenen Vielzahl nationaler Befunde zur dramatischen Zunahme von psychischen Belastungen und Entwicklungsstörungen bei der weiblichen Population;
- Erfassung des Gesundheitsstatus von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien, da diese Gruppen aufgrund vielfältiger sozialökonomischer und sozialkultureller Faktoren besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

Die vorliegenden Ergebnisse sind nur ein erster Schritt zur Bestimmung des Gesundheitsstatus von jungen Menschen in der EU. Eine Fortschreibung der Berichterstattung ist notwendiger denn je, um die gesundheitlichen Probleme junger Menschen, die in den EU-Ländern vorherrschen, zu erkennen und daraus einen europäischen »Mehrwert« zu ziehen.

Gerda Winzen

Literatur

- European Commission (2000): Report on the state of young people's health in Europe. A Commission Services Working Paper. http://ec.europa.eu/health/ph_information/reporting/ke01_en.pdf
- Hackauf, Horst / Winzen, Gerda (2004): Gesundheit und soziale Lage von jungen Menschen in Europa. Wiesbaden 2004 (aktualisierte Fassung des vorstehenden Reports)
- Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) des Robert-Koch-Instituts (RKI). In: Bundesgesundheitsblatt, Band 50, Heft 5/6, Mai/Juni 2007
- King, A. / Wold, B. / Tudor-Smith, C. / Harel, Y. (1996): The Health of Youth – A Cross-National Survey. WHO Regional Publications, European Series, No. 69, WHO Regional Office for Europe, Copenhagen

Europa hat Nachholbedarf

Eine Aufgabe des modernen Jugendalters ist es, wichtige Vorkehrungen und Entscheidungen für den weiteren Lebensweg zu treffen und sich durch Qualifikationserwerb auf das spätere Leben vorzubereiten.

Die Verlängerung und Vervielfältigung von Bildung und Ausbildung sowie das Lösen aus traditionellen Lebensverläufen, Familienmodellen und Bildungskarrieren fordert heute allen Jugendlichen mehr Flexibilität, individuelle Entscheidungsfähigkeit und vielfache Leistungen ab, damit sie den Spielregeln des Arbeitsmarkts vor dem Hintergrund ungleicher familialer und sozialer Ressourcen gerecht werden können.

Im Folgenden werden ausgewählte soziale Lagen junger Menschen in Europa sowie deren Sichtweisen kurz skizziert. Die Themen umfassen Befunde zur Bildung, zum Verbleib im Elternhaus, zum Umgang mit Arbeitslosigkeit sowie zur Jobsuche im Ausland.

Um aufzuzeigen, ob und inwieweit die Europäische Union (EU) in ihrer Politik für die Jugend vorangekommen ist, werden die Daten des EUROBAROMETER 2007 (The Gallup Organization 2007) sowie des EUROBAROMETER 1997 miteinander verglichen (eigene Berechnungen auf der Grundlage der Rohdaten).

Wie viele junge Menschen sind in der EU?

Der Anteil junger Menschen unter 25 Jahren wird in der EU auf 28,6 % geschätzt: 2006 zählte die Europäische Union mit 25 Mitgliedsstaaten (EU-25) bei insgesamt 462 Mio. Einwohnern 78 Mio. Jugendliche unter 15 Jahren sowie 62 Mio. Jugendliche von 15 bis 24 Jahren.

Deutschland bildet dabei das Schlusslicht und weist bei den Jugendlichen unter 15 Jahren nur einen Anteil von 14,1 % (EU-Durchschnitt: 28,6 %) und bei den 15- bis 24-Jährigen einen Anteil von 11,2 % auf (EUROSTAT 2007).

Die Bildung lässt zu wünschen übrig
In der Bildung und Ausbildung für junge Menschen ist die EU in den letzten zehn Jahren nicht vorangekommen und zeigt anhand der Ergebnisse des EUROBAROMETER deutliche Schwächen auf. Die EU hatte sich u. a. folgende Ziele gesetzt (Barrington-Leach u. a. 2007):

Bis zum Jahre 2010 sollen 85 % der jungen Menschen in Europa zwischen 20 und 24 Jahren einen *Abschluss der schulischen Sekundarstufe* erreicht haben. Im Jahr 2005 hatten aber nur 77,3 % einen solchen Schulabschluss, was gegenüber

dem Jahr 2000 lediglich einen Zuwachs von 1 % bedeutet. Demnach müssten bis 2010 zusätzlich zwei Mio. junge Menschen einen schulischen Sekundarabschluss erreichen, um das von der EU gesetzte Ziel zu erreichen.

Die EU ist weiterhin an der Minderung defizitärer *Leseleistungen* interessiert, denn annähernd 20 % der 15-Jährigen leiden an *Leseschwäche*, aber auch in diesem Bereich wurde das Ziel »nur noch 15,5 % leseschwache Europäer« nicht erreicht.

Schließlich liegt die EU bei den *tertiären Abschlüssen* (berufsbezogene Abschlüsse inklusive Hochschulabschluss) weit hinter den USA (38 %), Kanada (43 %) und Japan (36 %) zurück – kein Wunder, denn die EU investierte im Jahre 2001 nur 1,28 % des Bruttosozialprodukts in die höhere Bildung im Vergleich zu Kanada mit 2,5 % und den USA mit 3,25 %.

Ferner bleiben die *Frauen* nach wie vor auf den höchsten Bildungsrängen *unterrepräsentiert*. Sie stellen zwar 59 % der tertiär Graduierten und 41 % der Promovierten, doch nur 15 % der Professoren-schaft sind Frauen.

Die Zahl der *frühen Schulabbrüche* in der EU-25 hat zwar zwischen 2000 und 2005 leicht abgenommen, erreichte aber



2005 immer noch ein Niveau von über 14 % an Schulabbrechern (Jungen 18 %, Mädchen 12,5 %). (Barrington-Leach u. a. 2007)

Der Blick auf das System der Bildung bzw. Ausbildung zeigt, dass die EU ihre selbst gesetzten Ziele und damit verbundenen Hausaufgaben (Vermehrung der höheren Abschlüsse; Erhöhung der Leseleistung; Förderung des Anteils von Frauen bei hohen Bildungsrängen) nicht erfüllt hat, zumal auch der finanzielle Anteil zur Förderung bzw. Verbesserung der Voraussetzungen gering geblieben ist.

Nach diesem Blick auf den institutionellen Bereich der Bildung stellt sich die Frage, wie die jungen Menschen in Europa selbst ihre soziale Lage sehen, insbesondere was die Selbstständigkeit betrifft, die stark von den Möglichkeiten an Arbeit bzw. der Jobsuche im Ausland abhängt sowie von den Voraussetzungen, sich aus dem Elternhaus lösen zu können.

Der Auszug aus dem »gelobten Land« Elternhaus

Ein großer Teil der jungen Männer und Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren lebt immer noch bei den Eltern: In den Mittelmeerländern stellt die Kernfamilie eine zentrale und stabile soziale Institution dar, so dass sich der Auszug aus dem Elternhaus hinauszögert. In Finnland, Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland dagegen verlassen die Jugendlichen im

Alter von 20 bis 24 Jahren viel eher das Elternhaus (wobei junge Männer durchschnittlich länger im Elternhaus verbleiben als junge Frauen).

Entscheidend für den verlängerten Verbleib im Elternhaus sind aus Sicht der jungen Menschen vor allem die Bedingungen des Wohnens: »Auszug zu teuer« sowie »Zu wenig erschwingliche Wohnungen« (vgl. Abb. 1)

Die Attraktivität des »Hotel Mama« wird von den jungen Erwachsenen in Ost- und Südeuropa insgesamt geringer eingeschätzt. Junge Spanier/innen jedoch gehören zu denen, die am längsten im Elternhaus leben (Bendit 1999). Sie sehen dafür die *Knappheit auf dem Wohnungsmarkt* als weitaus wichtigsten Grund an (48%).

Insgesamt hat der negative Einfluss des Wohnungsmarkts auf die Selbstständigkeit der jungen Menschen in Europa zugenommen und behindert dabei auch vermehrt höhere Bildungsgruppen. Bei der Vermutung, finanzielle Unterstützung für die Eltern sei für das verzögerte Auszugsverhalten verantwortlich, dominieren jeweils die niedrigste Bildungsgruppe sowie Arbeiter mit manuellen Tätigkeiten (EUROBAROMETER 2007; EUROBAROMETER 1997)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich für die jungen Menschen nicht verbessert

2004 waren in der EU-25 etwa 18% der jungen Menschen in Europa zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos (Schlusslicht war Polen mit 40% Arbeitslosigkeit) (Eurostat Pressestelle 2007). Wie aber gehen sie mit Arbeitslosigkeit um und was gedenken sie für sich zu tun?

33% der jungen Menschen in Europa würden im Falle einer Arbeitslosigkeit jedes Jobangebot wahrnehmen, bei Minimalstandards in Sachen Sicherheit und Bezahlung.

31% zögen es vor, eine Lehre oder berufliche Trainingskurse zu besuchen.

14% erwägen die Gründung einer eigenen Firma.

10% würden jedes Jobangebot ohne Vorbedingungen annehmen.

4% sehen in der Schwarzarbeit eine Alternative.

3% fassen unbezahlte Freiwilligenarbeit oder soziales Engagement ins Auge,

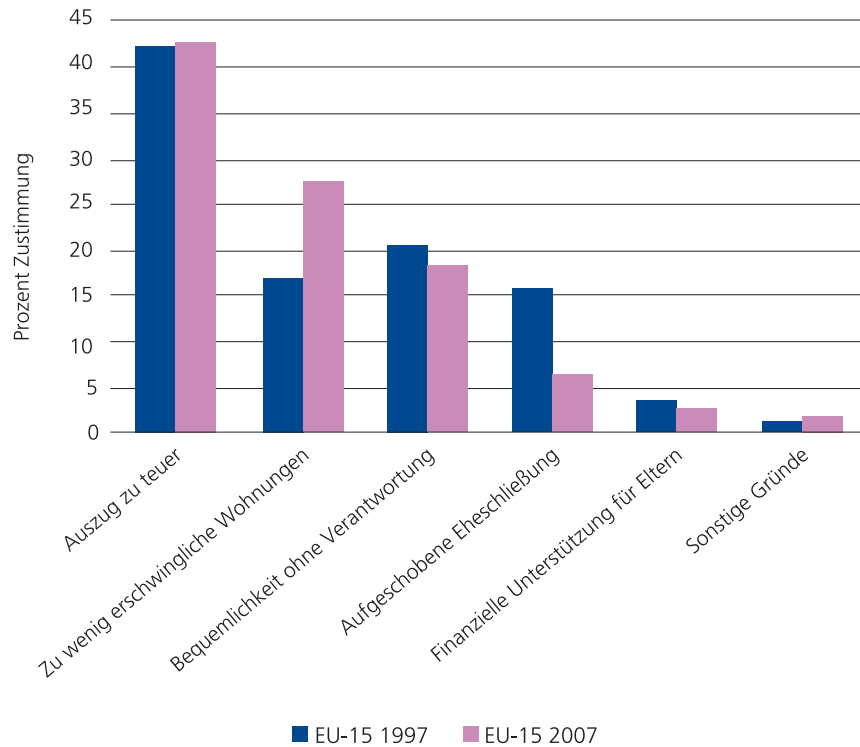


Abbildung 1: Gründe für den Verbleib im Elternhaus

(1997: umgerechnete Mehrfachantworten)

Quelle: EUROBAROMETER 2007; EUROBAROMETER 1997 (eigene Berechnungen auf Grundlage der Rohdaten)

3% würden auf ein für sie geeignetes Jobangebot warten. (EUROBAROMETER 2007)

Im Ländervergleich erweisen sich die jungen Menschen der EU-15 eher bereit als ihre Altersgenossen aus den neuen Mitgliedsstaaten, eine Lehre oder Trainingskurse zu absolvieren (32% vs. 26%). Dagegen sind die »neuen« Europäer eher geneigt, ein eigenes Unternehmen zu gründen (18% vs. 13%). Die Bereitschaft, jeden Job ohne Vorbedingungen anzunehmen, ist in Schweden (21%) am höchsten und in Litauen (4%) am niedrigsten.

Die jungen Menschen nehmen nicht mehr jeden Job

Der Vergleich innerhalb der EU-15 zwischen 1997 und 2007 offenbart einen deutlichen Rückgang der Bereitschaft, jedes Jobangebot mit Minimalstandards anzunehmen (von 58% auf 33%); dagegen nimmt das Interesse an einer Lehre oder an beruflichen Trainingskursen zu (von 15% auf 32%). Gewachsen ist auch der Wunsch, im Fall einer Arbeitslosigkeit ein eigenes Unternehmen zu gründen (von 5% auf 13%) oder unbezahlte

Freiwilligenarbeit zu leisten (von 1% auf 4%).

Die jungen Menschen in Europa sind im Umgang mit Arbeitsmarktrisiken insgesamt qualifikationsbewusster und offensiver geworden. Andererseits waren 1997 junge Europäer mit besserer Bildung weniger bereit, alle Jobs mit Minimalstandards anzunehmen, was 2007 nicht mehr gilt – der Vorteil einer besseren Schulbildung auf den europäischen Arbeitsmärkten scheint in den letzten zehn Jahren geschrumpft bzw. verloren gegangen zu sein. (EUROBAROMETER 1997; EUROBAROMETER 2007)

Jobsuche im Ausland – die Sprache als Hindernis?

Sprachkenntnisse sind für die jungen Menschen in Europa eine grundsätzliche Voraussetzung, um »flexibel« in anderen Ländern geeignete bzw. notwendige Angebote wahrnehmen zu können. Was aber behindert aus Sicht der jungen Menschen die Jobsuche im Ausland? (Vgl. Abb. 2)

An erster Stelle der Schwierigkeiten steht tatsächlich der Mangel an entsprechenden Sprachkenntnissen. Nach Mei-

nung der jungen Menschen in Europa haben sich aber auch die administrativen Hindernisse bei der Herausbildung eines europäischen Arbeitsmarkts in den letzten zehn Jahren erhöht, nicht zuletzt durch die Barrieren für national differenzierte und nicht überall anerkannte Qualifikationen. Dieser Tatbestand sowie die mangelnden Sprachkenntnisse müssen aber in die Verantwortung der EU zurückverwiesen werden, verbunden mit der Forderung nach einer vermehrten Förderung von Bildung sowie einer Eindämmung der Bürokratie.



Die jungen Menschen in Europa brauchen keine Hindernisse

Die Umsetzung sozial- und bildungspolitischer Ziele konnte mit der Expansion der EU auf nunmehr 27 Mitgliedsstaaten nicht in gleichem Maße Schritt halten, denn die Etablierung eines für die jungen Menschen effektiven europäischen Arbeitsmarktes ist entsprechend des Zeitvergleichs von 1997 und 2007 nicht vorangekommen – im Gegenteil, er hat sich teilweise zurückentwickelt:

Weder sind die *administrativen Hürden beim Wechsel auf einen Arbeitsplatz im Ausland* niedriger geworden, noch hat die EU Fortschritte bei der *europaweiten*

Anerkennung nationaler Qualifikationen gemacht. Auch die *Probleme auf dem Wohnungsmarkt* haben sich für die jungen Menschen zugespitzt.

Ohne entsprechende Bildung, Arbeit und Wohnung sieht es aber für die jungen Menschen in Europa mit Blick auf die Zukunft nicht vielversprechend aus.

René Bendit, Jan H. Marbach

Literatur

Barrington-Leach, Leanda / Canoy, Marcel / Hubert, Agnès / Lerais, Frédéric (Bureau of European Policy Advisers: BEPA)

(2007): Investing in youth: an empowerment strategy. Brussels

Bendit, René (1999): Youth-Life and the process of leaving home in Europe. In: Bendit, René / Gaiser, Wolfgang / Marbach, Jan M. (Hrsg.): Youth and Housing in Germany and the European Union. Opladen. S. 19–50

EUROBAROMETER 2007: The Gallup

Organization (2007): Young Europeans.

A survey among young people aged between 15–30 in the European Union – Analytical Report. Brussels

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/flash_arch_en.htm#202

Eurostat Pressestelle (Hrsg.) (2007): Junge Europäer im Spiegel der Statistik. Pressemitteilung zum Jugendgipfel in Rom, 24.–25. März 2007. Luxemburg

<http://ec.europa.eu/eurostat>

Kontakt: ReneBendit@aol.com; marbach@dji.de

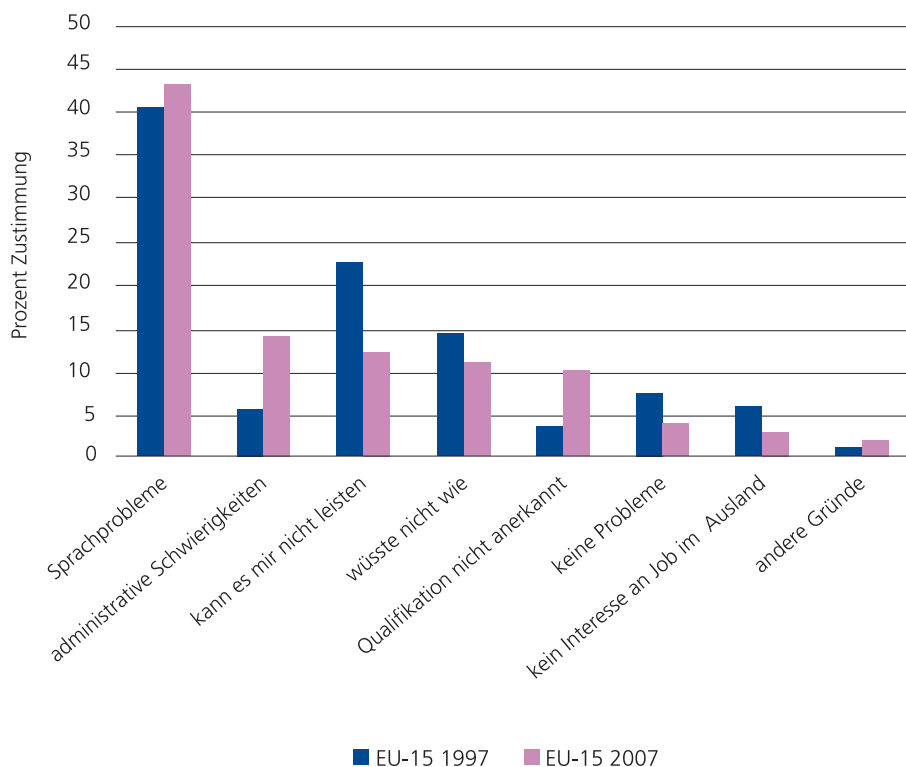


Abbildung 2: Schwierigkeiten bei der Jobsuche im Ausland

Quelle: EUROBAROMETER 2007; EUROBAROMETER 1997 (eigene Berechnungen auf Grundlage der Rohdaten)

Was tut Politik für die Jugend in Europa?

Politik für die Jugend – das bedeutet mannigfaltige Themen, unterschiedliche nationale Akzente, aber auch die Notwendigkeit europäischer Gemeinsamkeit. Die Aufgaben und Probleme der Jugend, die einer Unterstützung durch Politik bedürfen, sind vor allem: Bildung, Lebenslanges Lernen, Beschäftigung, Mobilität, soziale Benachteiligung, Integration, Rassismus, Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und *last but not least* die Selbstständigkeit junger Menschen.

Im Folgenden werden die Schwerpunkte nationaler Jugendpolitiken aufgezeigt sowie Merkmale der Integrationspolitik für besonders benachteiligte Jugendliche in verschiedenen Ländern vorgestellt. Abschließend werden die Hauptlinien europäischer Jugendpolitik skizziert.

Als Grundlage dienen Daten und Materialien aus den EU-Studien »The State of Youth and Youth Policy in Europe« (IARD 2001) und »Youth as Actor of Social Change« (Up2Youth 2007) sowie Informationen des Europäischen Fachkongresses »Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion« (Juni 2007 in Leipzig), an dem das DJI mit beteiligt war.



Jugendpolitik ist vorwiegend Sache der jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten. Mit der zunehmenden Europäisierung ist jedoch eine Reihe von Kompetenzen der Europäischen Union (EU) übertragen worden. Konzipierung und Umsetzung einer europäischen Jugendpolitik liegen bei

- den Kommunen,
- den Regionen (in Deutschland: Bundesländer und Bezirke),
- den europäischen Nationalstaaten
- und nur zum Teil bei den EU-Institutionen (Rat der Europäischen Union, Jugendministerrat der EU, Europäisches Parlament, EU-Kommission).

Idealtypische Modelle Nationaler Jugendpolitiken

Die Typologie der Jugendpolitiken in den verschiedenen Regionen Europas basiert auf folgenden *Schlüsselkriterien*:

- Vorhandensein/Nichtvorhandensein eines Jugendministeriums bzw. Direktoriums;
- Definition von Jugend;
- Probleme und Themen der Jugendpolitik;
- Adressaten der Jugendpolitik.

Daraus ergeben sich »idealtypische« Modelle der Jugendpolitik (siehe Abb. 1).

In den jugendpolitischen Modellen wird Jugend überwiegend sowohl als *Ressource*, aber auch als *Problem* gesehen. Junge Menschen gelten als »verletzlich« und müssen dementsprechend geschützt werden. Gemeinsame Ziele aller Modelle sind die Förderung von *Autonomie* sowie von *Partizipation* der jungen Menschen. Die *verlängerte Jugendzeit* ist vor dem Hintergrund kultureller Tradition insbesondere Thema der Mittelmeerländer sowie in Großbritannien und Irland.

Nationale Politiken und Strategien zur Integration benachteiligter Jugendlicher in sozialen Brennpunkten

In Europa wachsen zahlreiche Kinder und Jugendliche mit mehrfachen Benachteiligungen auf: In Deutschland leben sie häufig in »sozialen Brennpunkten«, in Frankreich in »quartiers défavorisés«, die meist Bestandteil der »zones urbaines sensibles« sind, in England in »disadvantaged areas«; in Ländern wie

Modell	Universalistisch (Skandinavien)	Schützend (Mitteleuropa)	Gemeinwesenorientiert (Nordwesteuropa)	Zentralistisch (Mittelmeerländer)
Länder	Dänemark Finnland (Island) Norwegen Schweden	Belgien Deutschland Frankreich Niederlande Lichtenstein Luxemburg Österreich	Großbritannien Irland lange Tradition gemeinwesen- orientierter Jugendarbeit	Griechenland (Italien) Portugal Spanien neues Modell der staatlichen Jugendpolitik, denn bis 1990 waren vorwiegend Kirche und Familie für Jugendarbeit und Unterstützung der jungen Menschen zuständig
Jugend- Ministerium/ Direktorium	Neustrukturierung auf Ressorts verteilt kein eigenes Ministerium	Jugendministerien Jugenddirektionen Kommunale Jugendressorts	eingeschränkte staatliche Betei- ligung an Planung/ Umsetzung von Jugendpolitik seit 2004: in beiden Ländern Reformierung der Jugendpolitik im Sinne einer Staatspolitik	Verantwortung für die Jugend- politik in Italien und Spanien vor allem bei Bundesländern (Gover- ni Regionali, Estados Autonomí- cos) und den Kommunen
Definition »Jugend«	Jugend als »Ressource«	Jugend = »junge Menschen« Jugend gilt als »verletzlich« (Vulnerabilität) Jugend = »Ressource« und »Problem«	Jugend = »Problemgruppe« Jugendpolitik = »Jugendarbeit«	Jugend als »Problem« Jugend als »Ressource«
Ziele	Autonomie Entwicklung Politische Beteiligung	Jugend beschützen, fördern, unterstützen	Prävention sozialer Probleme Politische Beteiligung	Förderung von Autonomie der jungen Menschen
Themen/ Probleme (Präferenz)	Partizipation der Jugendlichen/jungen Erwachsenen	Partizipation der Jugendlichen/ jungen Erwachsenen Prävention sozialer Probleme (»schützend«) Soziale Integration	Partizipation der Jugendlichen/ jungen Erwachsenen Verlängerte Jugendzeit Soziale Exklusion	Jugendarbeitslosigkeit Verlängerte Jugendzeit
Adressaten	Jugendgeneration (von 15 bis 25 Jahren) »universalistisch«	Kinder, Jugendliche junge Erwachsene (von 0 bis 21, 25, 27 Jahren; gesamte Jugendgeneration) Benachteiligte Jugendliche	Benachteiligte Jugendliche/ junge Menschen	Jugendliche/junge Erwachsene von 15 bis 30 Jahren

Abbildung 1: Typologie der Jugendpolitiken

Quelle: Schaubild nach den Ergebnissen der EU-Studie Investment Adviser Registration Depository (IARD) (2001): The State of youth and Youth Politics in Europe. (Die Länder Island und Italien sowie die EU-Länder Osteuropas waren in die Studie nicht mit einbezogen.)

Bulgarien, Rumänien, Tschechien und Litauen sind vor allem ethnische Minderheiten (beispielsweise die Roma) von vielfachem Mangel betroffen.

Diese Kinder und Jugendlichen leben häufig in Randgebieten und in eigenen »communities«; sie sind oftmals nicht sesshaft und insgesamt Rahmenbedingungen einer erschwerten Integration in die jeweilige Gesellschaft ausgesetzt.

Die EU und deren Mitgliedsstaaten entwickeln entsprechende Integrationsstrategien gegen soziale Ausgrenzung, da es sich bei diesen Problemlagen nicht um ein nationales Phänomen handelt.

»Chancengleichheit« ist das Motto der EU im Jahre 2007. Sie richtet sich auf die Beseitigung sozialer Benachteiligung, die vor allem in »sozialen Brennpunkten« ihren Ausdruck findet. Die Integrationsstrategien beziehen sich dabei auf unterschiedliche Aspekte sozialer Benachteiligung: auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Sicherheit, multikulturelles Zusammenleben, soziale Infrastruktur, Kooperation und Vernetzung. Im Folgenden werden einige dieser Strategien skizziert

(die Ausführungen beruhen teilweise auf Beiträgen, die auf dem EU Kongress »Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion« präsentiert wurden; Juni 2007 in Leipzig; siehe DJI Bulletin 79, S. 32).

Ressortübergreifende Strategien und Programme

Solche Programme existieren in den meisten EU-Mitgliedsstaaten, sind aber in Deutschland, Frankreich und England besonders ausgeprägt:

Deutschland: Programmplattform »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« (mit unterschiedlichen Programmbausteinen und Modellprojekten); Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt«.

Frankreich: Nationale Strategie »Politique de la Ville« mit dem neuen Programmbaustein »Réussite éducative«, begleitet und evaluiert durch die »Nationale Beobachtungsstelle für sensible städtische Regionen«, ebenfalls Bestandteile der »Politique de la Ville«.

Großbritannien: Programm »Children's Fund« (als Programmbestandteil der nationalen Agenda »Every Child Matters« zur Reduzierung sozialer Ausgrenzung von Kindern).

Integration, Sicherheit, Gesundheit, Beschäftigung und Wohnen stehen im Zentrum der jeweiligen nationalen Programme und Strategien. Dabei wird in den Kommunen jeweils die Kooperation aller relevanten staatlichen und gesellschaftlichen Akteure angestrebt (Jugendämter, Freie Träger, Bildungseinrichtungen, Arbeitsagenturen, Gesundheitswesen).

In *Frankreich* und *Deutschland* sind die Programme stark sozialraumorientiert, das Programm in *Großbritannien* dagegen richtet sich gebietsunabhängig an alle Kinder.

Strategien zur »Bildung«

Strategien zur Bildung in sozialen Brennpunkten existieren vor allem in Polen und Portugal. Die Bausteine sind jeweils in nationale Strategien eingebettet und werden von Regierungsgremien, Regierungsinstitutionen, lokalen Administrationen sowie von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getragen und umgesetzt.

Polen: Nationales Programm »Elicitation and support for Local Self-Government and Non-Governmental Organizations in the field of equaling educational chances and opportunities of children and youth« (2006–2008).

Dieses Programm ist in die »nationale Jugendstrategie« Polens zur Verbesserung der Bildungschancen für Jugendliche in ländlichen Räumen eingebettet und damit auf eine Angleichung der Bildungsstrukturen in urbanen und ländlichen Räumen ausgerichtet (Chancengleichheit) sowie präventiv orientiert.

Portugal: Programmbausteine: »Choices Program«, »Cool Generation Project«, »Critical Urban Areas Initiative«.

Der Schwerpunkt liegt auf Regionen und Gebieten, die seit 1975 eine starke Zuwanderung aus ehemaligen Kolonialländern und somit einen hohen Anteil einer Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufweisen. Die Programme stellen die soziale Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt und zielen eindeutig auf Interventionen in ausgewählten Gebieten mit deutlicher sozialer Ausgrenzung, hoher Kriminalität und ausgeprägter Bildungsverweigerung.

Strategien zur »Beschäftigung«

Neben den zahlreichen und mittlerweile bewährten Programmen und Maßnahmen zur beruflichen Integration in Ländern wie Deutschland, Frankreich, England, Italien, Portugal und Spanien müssen weitere Beispiele aus kleineren Mitgliedsstaaten der EU wie Ungarn und Irland erwähnt werden.

Ungarn: Programme: »Start« und »Transit Employment«.

Das Programm »Transit Employment« legt den Schwerpunkt auf regionale Benachteiligungen. In Ungarn ist eine zentrale Steuerung des Arbeitsmarktes derzeit kaum möglich, da ein hoher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung durch die Arbeitsämter gar nicht erfasst wird und ein Großteil der Erwerbstätigen in der »Schwarzarbeit« tätig ist, was die Umsetzung nationaler Strategien erschwert.

Irland: »Youthreach« als Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm für benachteiligte Jugendliche ist auf individuelle Benachteiligungen ausgerichtet. Ausbildung und Beschäftigung sind in Irland zentrale Aufgabe des Staates, und die kom-

munale Ebene kann darauf kaum Einfluss nehmen. Das irische Programm hat eine Laufzeit der Fortführung bis 2016.

Die Programme in Ungarn und Irland setzen an den Kompetenzen der Zielgruppe an und fördern insbesondere die Ausbildung von Schlüsselkompetenzen.

Nur der Blick über den Zaun erweitert den Horizont

Integrierende Strategien, die auf der Zusammenarbeit unterschiedlicher Instanzen beruhen und als Zusammenspiel auf der Basis ressortübergreifender Politik funktionieren, haben sich als erfolgreich herausgestellt. Diese Strategien erreichen aber nur einen Teil der benachteiligten Kinder und Jugendlichen, und deshalb muss nach Wegen gesucht werden, auch an diejenigen heranzukommen, die durch das Netz solcher Programme fallen.

Voraussetzung des Erfolges solcher Strategien ist, dass an der Umsetzung und Gestaltung nationaler Strategien staatliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen (NGO) sowie die Wirtschaft als Partner gemeinsam mitarbeiten; ferner soll für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zur Teilnahme, Gestaltung und Teilhabe vorhanden sein.

Multikulturelles Zusammenleben: Integrationsstrategien

In den meisten Mitgliedsstaaten der EU steht die Problematik der Integration von Migrantinnen/Migranten sowie von Angehörigen ethnischer Minderheiten (Sinti, Roma, Zingari, Gitanos, Travellers) an der Spitze der politischen Agenda. Dabei gibt es »nationale Modi« der Integration mit jeweils unterschiedlichen Prioritäten. Der gemeinsame Nenner liegt im Versuch, anhand von neuen Gesetzgebungen sowie arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen eine bessere soziale Integration der Migrantinnen/Migranten zu erreichen – insbesondere der zweiten und dritten Generation.

Wem dient das »universalistische« wohlfahrtsstaatliche Modell? – Finnland und Dänemark

In Finnland und Dänemark ist die nationale Integrationspolitik in einem Integrationsgesetz (»Integration Act«) festgeschrieben. Dabei wird eine *Politik der Chancengleichheit* für Zuwanderer und Neuankömmlinge umgesetzt mit dem Ziel, die vollständige Integration der Migrantinnen/Migranten sowie der Angehörigen von ethnischen Minderheiten bei gleichzeitiger Pflege ihrer Sprachen zu fördern und zu unterstützen. Ferner gibt es in Finnland eine Strategie der »monetären Integrationsanreize«: Zuwanderern, die erfolgreich an einem »Integrationsplan« teilnehmen (Sprachkurse, Integrationskurse), wird eine einmalige »Integrationsprämie« von 500 Euro angeboten. Darüber hinaus hat Finnland die Entwicklung von Politiken der Migration und Antidiskriminierung auf europäischer Ebene initiiert.

Das »universalistische« und »wohlfahrtsstaatliche« Modell stößt jedoch an Grenzen, wenn Migrantinnen/Migranten aus ländlichen Gebieten bzw. aus traditionellen Kulturen kommen. Die Konzepte Dänemarks und Finnlands sind allem Anschein nach nur für diejenigen erfolgreich, die bereits für ein

EU-Jugendpolitik

ein Glossar

Dieses Glossar ist nicht alphabetisch geordnet, sondern historisch, und zeigt von der Lissabon-Strategie ausgehend die Entwicklung der EU-Jugendpolitik auf.

Jugendpolitik im EU-Ministerrat

Der EU-Ministerrat ist das wichtigste Entscheidungsorgan der Europäischen Union (EU). Dieser ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat (ER), den die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten bilden, sowie mit dem Europarat. Der EU-Ministerrat besteht aus Vertretern der 27 EU-Mitgliedsstaaten auf Ministerebene, die regelmäßig zusammentreten. Die Vorbereitung dieser Treffen findet in verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen statt, wobei jeweils ein Vertreter der halbjährlich wechselnden Ratspräsidentschaft den Vorsitz führt. Der EU-Ministerrat setzt sich aus neun Politikbereichen zusammen. Einer davon ist der Rat »Bildung, Jugend und Kultur«, zu dem die Minister/innen für Bildung, Kultur, Jugend und Kommunikation gehören (Jugendministerrat der EU). Er tagt drei- bis viermal im Jahr und widmet sich u. a. folgenden Aufgaben:

- Einrichtung eines European Knowledge Center for Youth and Youth Policies, das beim ER angesiedelt ist;
- Förderung von Konferenzen in Bezug auf Fortbildungsmaßnahmen für junge Wissenschaftler/innen;
- Peer-Reviews europäischer Jugendpolitiken.

Lissabon-Strategie

März 2000: Der Europäische Rat (ER) legt auf dem Gipfeltreffen zum Thema »Beschäftigung, ökonomische Reform und soziale Einigkeit – für ein Europa der Innovation und des Wissens« eine Strategie fest, die Europa **bis 2010** zum »größten, wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum in der Welt« machen soll, damit die EU zu

einer »nachhaltigen ökonomischen Entwicklung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und größerer sozialer Einigkeit fähig« ist.

Die *Lissabon-Strategie* hat folgende *Teilziele*:

- Existenz einer »Informationsgesellschaft für alle«;
- Vorhandensein von Bedingungen für europäische Forschung und Innovation;
- Schaffung günstiger Bedingungen für Unternehmensgründungen sowie die Entwicklung innovativer Wirtschaftszweige, insbesondere für klein- und mittelständische Betriebe;
- Bildung sowie Ausbildung für ein Leben und eine Arbeit in der Wissensgesellschaft;
- Entwicklung einer aktiven Beschäftigungspolitik;
- Modernisierung sozialer Sicherungssysteme;
- Förderung sozialer Integration.

Weißbuch »Neuer Schwung für die Jugend Europas«

Im Rahmen der → *Lissabon-Strategie* initiierte die Europäische Kommission unter Beteiligung von Jugendlichen, Jugendorganisationen, Jugendvertretungen, Jugendforscherinnen/Jugendforschern sowie politisch Verantwortlichen das Weißbuch »Neuer Schwung für die Jugend Europas«.

November 2001: Die Europäische Kommission legt das Weißbuch vor. Per Entschließung werden die darin vorgeschlagenen Themen und Arbeitsweisen vom Jugendministerrat der EU bestätigt.

www.nabuk-europa.de/fileadmin/user_upload/downloads/EU/Kinder-_und_Jugend_hilfe_politik/Weissbuch_Neuer_Schwung_fuer_die_Jugend_Europas_2001.pdf

Seit 2002 gilt das Weißbuch als wegweisend für die europäische Jugendpolitik. Das Thema »Jugend« wird als Ressort- und Querschnittsaufgabe der EU verstanden – insbesondere für die jugendpolitischen Prioritäten und Zielsetzungen → *Partizipation*, → *Information*, → *Freiwilligenarbeit*, → *Mehr Wissen über die Jugend* sowie für die Politikbereiche: *Bildung, Lebenslanges Lernen, Mobilität, Beschäftigung, soziale Integration, Rassismus und Xenophobie, Selbstständigkeit junger Menschen*.

Partizipation der Jugendlichen

November 2003: Der Jugendministerrat der EU verabschiedet eine Entschließung über gemeinsame Zielsetzungen und Aktionslinien für die Partizipation der Jugendlichen.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/245/repr%C3%A4sent_demokratie.pdf

Seit Januar 2006 liegt der Synthesebericht der Kommission vor.

www.nabuk-europa.de/fileadmin/user_upload/downloads/EU/Kinder-_und_Jugend_hilfe_politik/comm_youth200706_de.pdf

Die Mitgliedsstaaten werden aufgerufen, bessere Voraussetzungen für eine aktive Beteiligung Jugendlicher zu schaffen.

Bildungswesen, politische Parteien und Jugendorganisationen haben in diesem Prozess eine aktive Rolle zu spielen, die sich aber nicht darin erschöpfen darf, ausschließlich junge Menschen als Zielgruppe von Maßnahmen zu definieren. *Teilziele* der *Partizipation* sind:

- Förderung des staatsbürgerlichen Engagements von Jugendlichen;
- stärkere Beteiligung der Jugendlichen am System der repräsentativen Demokratie;
- Förderung der Partizipationskompetenz.

Zugang der Jugendlichen zur Information

November 2003: Der Jugendministerrat der EU verabschiedet eine Entschließung über gemeinsame Zielsetzungen

und Aktionslinien für die Information der Jugendlichen.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/244/Jugendinformation.pdf

Seit **Januar 2006** liegt der Synthesebericht der Kommission über Strategien, Projekte und Entwicklungen zur Jugendinformation vor.

www.nabuk-europa.de/fileadmin/user_upload/downloads/EU/Kinder-_und_Jugend_hilfe_politik/comm_youth200706_de.pdf

Dieser Bericht hat folgende *Zielsetzungen* für die Umsetzung:

- Verbesserung der Zugänge von Jugendlichen zu Informationsdiensten;
- Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Informationen;
- Beteiligung der Jugendlichen an Gestaltung und Verbreitung von Informationen.

Zur Realisierung dieser Ziele sollen folgende *Aktionslinien* durchgeführt werden:

- Verstärkte Vernetzung der Informationseinrichtungen für Jugendliche auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene;
- Schulung der für Jugendinformation zuständigen Akteure in Bezug auf Inhalte, Verfahren und Einsatz der verfügbaren Technologie (die Jugendlichen sollen qualitativ hochwertige Informationsangebote leicht erkennen können);
- Entwicklung von Kriterien zur Beurteilung von Qualität;
- Kennzeichnung qualitativ hochwertiger Jugendinformationsangebote auf europäischer Ebene;
- Förderung und Ausbau der Zusammenarbeit, Vernetzung und des Austausches bewährter Praktiken zwischen einzelstaatlichen Websites und Portalen für Jugendinformation sowie deren wissenschaftliche Beobachtung;
- Erstellung einer regelmäßig aktualisierten Datenbank mit Beispielen für Neuerungen und bewährte Praktiken, insbesondere für die Vernetzung von Jugendinformationseinrichtungen verschiedener Bereiche.

Freiwilligenarbeit

November 2004: Der Jugendministerrat der EU verabschiedet die *Zielsetzungen* zu den »Freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher«:

- Weiterentwicklung freiwilliger Aktivitäten Jugendlicher durch Verbesserung der Informationsstrategie über bereits vorhandene Möglichkeiten;

- Erweiterung des Anwendungsbereichs sowie Qualitätssteigerung;

- Beseitigung bestehender Hindernisse zur Erleichterung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen;

- Förderung der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher im Sinne der Stärkung ihrer Solidarität und ihres bürgerschaftlichen Engagements;

- Anerkennung der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher als Anerkennung ihrer persönlichen Fähigkeiten und ihres Engagements für die Gesellschaft.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/184/gemzielfw.pdf

Bis **Ende 2006** werden zu den Freiwilligenaktivitäten junger Menschen nationale Berichte unter Berücksichtigung regionaler Strukturen verfasst.

Forschung / Mehr Wissen über die Jugend

2004: Der Jugendministerrat der EU verabschiedet *Zielsetzungen* für ein besseres Verständnis der Jugend durch mehr Grundlagenwissen anhand jugendbezogener Forschung:

- Erfassung des vorhandenen Wissens in wichtigen Bereichen der Jugendpolitik (Partizipation, Information und Freiwilligentätigkeit) sowie in weiteren Politikbereichen (informelles Lernen, Kampf gegen Diskriminierung, Bildung und Ausbildung, Beschäftigung, soziale Integration, Gesundheit) auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene;
- Umsetzung von Maßnahmen, die dieses Wissen ergänzen, aktualisieren und zugänglicher machen;
- Anwendung geeigneter Methoden und Instrumente, um die Qualität, Vergleichbarkeit und Relevanz des Wissens im Bereich der Jugendpolitik zu gewährleisten;
- Förderung von Austausch, Dialog und Netzwerken, um das Wissen in diesem Bereich allgemein bekannt zu machen und zukünftige Bedarfe frühzeitig zu erkennen.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/185/EntschlBesseresVerst%C3%A4ndnis.doc

März 2006: Die europäischen Jugendforscher/innen René Bendit (DJI), Lynne Chisholm, Jaana Lähteenmaa, Peter Lauritzen, Andreas Walther, Manfred Zentner veröffentlichen anlässlich des informellen Treffens des Jugendministerrats der EU (Bad Ischl) ein Positionspapier, in dem sie für eine wissenschaftliche Unterfütterung der europäischen Jugendpolitik plädieren. In ihren Empfehlungen für eine wissenschaftliche Jugendpolitik fordern sie u. a. mehr Unterstützung für den Austausch innerhalb der Forschungsgemeinde in Europa.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/379/Researchers_Paper.pdf

Offene Methode der Koordinierung (OMK)

Zur Umsetzung und Begleitung der strategischen Prioritäten (→ *Partizipation*, → *Information*, → *Freiwilligenarbeit*, → *Mehr Wissen über die Jugend*) schlägt das → *Weißbuch* die *Offene Methode der Koordinierung* vor, die bereits in anderen Politikbereichen praktiziert wird.

Juni 2002: Der Jugendministerrat der EU beschließt, die OMK auch für die jugendpolitische Zusammenarbeit einzusetzen.

Die OMK wird in unterschiedlichen Politikbereichen angewandt und den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Sie beruht auf folgenden *Elementen*:

- Festlegung gemeinsamer Ziele für die EU;
- Bestimmung gemeinsamer Indikatoren, die einen Vergleich von bewährten Praktiken sowie das Messen der gemachten Fortschritte ermöglichen;
- Umsetzung der EU-Ziele in nationalen/regionalen/lokalen Politiken;
- Veröffentlichung von Berichten, die nationale Berichte analysieren und bewerten;
- Etablierung eines EU-Aktionsprogramms zur Förderung der politischen Kooperation sowie des Austausches länderübergreifender Erfahrungen und bewährter Praktiken.

In der EU-Jugendpolitik werden statt quantifizierbarer Ziele qualitative »Standards« bzw. Teilziele und Aktionslinien vorgegeben. Die Umsetzung der vereinbarten Ziele liegt dabei allein in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten. Über die Erfolge der nationalen Maßnahmen und Programme berichten sie an die Europäische Kommission.

November 2006: Der Jugendministerrat der EU akzentuiert den Einbezug der Jugendlichen und hebt die Bedeutung einer sektorenübergreifenden Jugendpolitik für den Prozess der → *Lissabon-Strategie* hervor:

Im Auftrag des Europäischen Jugendforums untersuchte eine finnische Forschergruppe den aktuellen Stand der Umsetzung der OMK im Jugendbereich Europas sowie die Beteiligung Jugendlicher an diesem Prozess. Obwohl die Informationslage zur OMK auf nationaler Ebene von 28 % der Befragten als theoretisch gut eingeschätzt wird oder zumindest als »nicht gut, aber auch nicht schlecht« (33 %), unterscheidet sie sich je nach Land teilweise extrem – in einigen Fällen wussten nicht einmal die angesprochenen Jugendräte von ihrer Existenz.

Die Umsetzung der OMK ist in den Mitgliedsstaaten stark abhängig von deren politischen Strukturen und Traditionen:

85 % schätzen Konsultationsprozesse mit Jugendlichen als eine gute oder exzellente Möglichkeit der Ausformung gemeinsamer jugendpolitischer Ziele; 70 % bevorzugen Konferenzen und Meetings;

68 % plädieren für Jugendforschung; 40 % der Vertreter von Ministerien und 95 % der anderen Befragten meinen, dass es neben »gemeinsamen Zielsetzungen« auch gemeinsame Indikatoren für die Qualität der jugendpolitischen Maßnahmen geben sollte.

Aufgrund der Bandbreite unterschiedlicher Einschätzungen plädieren die Forscher für »Offenheit« als Leitprinzip der OMK, da sie Aufmerksamkeit auf die Jugend sowie auf jugendpolitische Fragen lenken konnte sowie dafür bereits verschiedene Akteure auf unterschiedlichen Ebenen zusammengebracht hat.

Rahja, Nina/Sell Anna – The Finnish Youth Research Society (2006): Evaluation study of Open Method of Coordination in the youth field. Evaluation study of the information access, actors roles and openness in the process implementation, European Youth Forum (ed.).

www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/omk/news-371.html

Strukturierter Dialog

November 2006: Der Jugendministerrat der EU benennt den *Strukturierten Dialog* als ein wesentliches Instrument der → *Offenen Methode der Koordinierung (OMK)*. Der sektorübergreifende Austausch aller Akteure, die auf lokaler und überregionaler Ebene mit Jugendfragen befasst sind (wie Behörden, Bildungs-

institute, Nichtregierungsorganisationen NGOs) soll helfen, mit jungen Menschen (organisierten wie nichtorganisierten) in Dialog zu treten, damit sie frühzeitig lernen, politische Maßnahmen, die sich auf ihr Leben auswirken, mitzugestalten.

Für einen *Strukturierten Dialog* gelten folgende *Voraussetzungen*:

- Strukturierung und Ausbau der Foren für Diskussion und Dialog mit den Jugendlichen sowie mit den in der Jugendarbeit bzw. in Jugendorganisationen Tätigen, ferner mit den Jugendforscherinnen und Jugendforschern;

- Ermittlung der Meinungen und Anliegen von Jugendlichen (anhand von Dialogprozessen des Bottom-up und Top-down) (in jeder Präsidentschaft bzw. in deren »Youth Event«-Veranstaltungen soll die Meinung der jungen Menschen zum Ausdruck kommen);

- Berücksichtigung des strukturierten Dialoges und seiner Ergebnisse bei der Politikgestaltung auf den relevanten Ebenen.

Ab 2007 soll zur Unterstützung des *Strukturierten Dialogs* vor allem das Programm → *JUGEND IN AKTION* genutzt werden. Dafür ergeben sich für die einzelnen Mitgliedsstaaten folgende *Aufgaben*:

- Sicherstellung einer wirksamen Umsetzung der gemeinsamen Ziele;

- enge Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Behörden, mit Bildungsinstituten und freien Trägern sowie mit Jugendlichen;

- Entwicklung sektorenübergreifender Strategien auf nationaler Ebene sowie praktischer Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass junge Menschen stärker in Institutionen der repräsentativen Demokratie mitarbeiten;

- Aufbau der Formen des »Erwerbs von Partizipationskompetenz« sowie der Angebote außerschulischer Lernmöglichkeiten für Jugendliche, die ihre Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft erhöhen und die Verbindungen zwischen Schule und Zivilgesellschaft, Jugendorganisationen und lokaler Jugendarbeit verstärken;

- Entwicklung und Verbreitung von »best practice« der Demokratieerziehung sowie des Einbezugs von Jugendlichen.

Europäischer Pakt für die Jugend

Oktober 2004: Frankreich, Schweden, Spanien und Deutschland schlagen einen *Europäischen Pakt für die Jugend* vor. www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/educ/94321.pdf

Dieser soll im Rahmen der → *Lissabon-Strategie* sowie unter Berücksichtigung der Forderungen des → *Weißbuchs* besondere *Maßnahmen* mit Blick auf die demografische Entwicklung in Europa und die Situation junger Menschen festlegen:

- Ausstattung für ein gelingendes (Berufs-)Leben aller europäischen Jugendlichen (Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, gezielte soziale und berufliche Integration);

- Verbesserung der Abstimmung der politischen Maßnahmen auf EU-Ebene für junge Menschen (Ausbildung, Forschung, Bildung, Ermutigung zur Unternehmerschaft, Mobilität, Kultur);

- Verbesserung der Bevölkerungsentwicklung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf;

- Förderung der Voraussetzungen für das persönliche und familiäre Leben sowie stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Kinderwünsche von Paaren bei der Lebens- und Berufsplanung.

März 2005: Der *Europäische Pakt für die Jugend* wird bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates beschlossen. Jugendpolitik ist fortan ein integriertes Kernelement der neuen → *Lissabon-Strategie*. Den Jugendthemen sind im Rahmen aller Politikbereiche eine zentrale Rolle einzuräumen.

Februar 2007: Der Jugendministerrat der EU der 27 Mitgliedsstaaten tritt unter dem Vorsitz der Deutschen Ratspräsidentschaft zusammen und formuliert vier *Kernpunkte* für die weitere Umsetzung dieses Paktes:

- Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Arbeit;

- Notwendigkeit individueller Wege zur Integration;

- Notwendigkeit lokaler und regionaler Strategien zur Umsetzung des Pakts;

- stärkere Einbeziehung einer Jugenddimension bei der allgemeinen Umsetzung der → *Lissabon-Strategie*.

24./25. Mai 2007: Der Jugendministerrat der EU fordert eine konsequentere Umsetzung des *Europäischen Pakts für die Jugend*. Die Resolution trägt den Titel

»Gleiche Chancen und uneingeschränkte gesellschaftliche Beteiligung für alle jungen Menschen«, was Folgendes bedeutet:

- Recht auf Zugang zu einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie Zugang zu entsprechendem Wohnraum, angemessenen Arbeitsbedingungen und zu allen einschlägigen Bereichen des sozialen Sicherungs- und/oder Beschäftigungssystems;

- Recht auf Mitwirkung an den die Jugend betreffenden sozialen und politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen;

- Recht auf eine gesunde Lebensweise und ein selbstbestimmtes Leben mit Freizeit nach eigenen Interessen;

- Erstellung von Angeboten und Nutzung der Möglichkeiten des nicht-formalen und informellen Lernens für den Erwerb von Kompetenzen (aktive Bürgerschaft, selbstbestimmtes Leben, gesunde Lebensweise);

- Ermöglichung des Zugangs zu den Programmaktivitäten insbesondere für Jugendliche mit einem weniger privilegierten schulischen, sozio-ökonomischen, kulturellen und geografischen Hintergrund sowie für Jugendliche mit einer Behinderung;

- Erweiterung der Möglichkeiten für die Freiwilligentätigkeit sowie Verstärkung der Anerkennung der dadurch gewonnenen Ergebnisse und Erfahrungen;

- Ermunterung der jungen Menschen, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Europäischen Jahrs des interkulturellen Dialogs **2008** zu beteiligen;

- Förderung der Belange junger Menschen durch sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Jugendpolitik und anderen wichtigen Politikbereichen (Bildungs-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Familien-, Sozial-, Gesundheits-, Sport-, Kinderrechte-, Gleichstellungs-, Kultur-, Wohnungspolitik sowie regionale und örtliche Raumordnung);

- Ausbau einer engen Zusammenarbeit der Dienststellen, die für eine jugendrelevante Politik zuständig sind;

- Etablierung einer ständigen Berichterstattung über jugendpolitische Analysen zum Stand der Umsetzung des *Europäischen Pakts für die Jugend*, die im Rahmen der Bewertung der nationalen Reformprogramme regelmäßig, z. B. in Form eines *Europäischen Jugendberichts*, durchgeführt werden.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/485/94318%5B1%5D/jupol.pdf

JUGEND IN AKTION 2007–2013

Dieses Förderprogramm der EU hat eine Laufzeit von sieben Jahren und ist mit 885 Mio. Euro ausgestattet. Es richtet sich an junge Menschen im Alter von 13 bis 30 Jahren, die im Jugendbereich auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene ein Gefühl der Zugehörigkeit für Europa entwickeln sollen, indem sie als aktive Bürger in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden. Außerdem soll das Programm einen Beitrag zur Bildung der jungen Menschen im weiteren Sinne leisten und die Solidarität sowie das gegenseitige Verständnis fördern.

Amtsblatt der EU (2006/C 251 E/02) [application/pdf | 339,3kb | gem_stand_jia.pdf | 29.06.2006]

JUGEND IN AKTION ist Nachfolger des EU-Programms *Jugend*, das **2000** gestartet wurde und **Ende 2006** auslief. Das neue Programm hat folgende *Zielsetzungen*:

- Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen im Allgemeinen und ihrer europäischen Bürgerschaft im Besonderen;

- Entwicklung der Solidarität junger Menschen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der EU;

- Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik;

- Entwicklung der Qualität in der Jugendarbeit sowie des Fachwissens der Organisationen der Zivilgesellschaft im Jugendbereich.

www.jugendpolitikineuropa.de/static/common/jp_download.php/384/gem_stand_jia.pdf

Weitere Informationen befinden sich auf den Seiten von »JUGEND für Europa« der Deutschen Agentur, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der EU-Kommission für die Umsetzung des EU-Programms *JUGEND IN AKTION* zuständig ist.

www.jugendfuereuropa.de/jugend-in-aktion/

European Youth Information and Counselling Agency (ERYICA) (Europäische Jugendinformations- und Beratungsagentur)

ERYICA ist ein Zusammenschluss der europäischen Jugendinformationsdienste. Dieser Nichtregierungsorganisation nach luxemburgischem Recht gehören 30 Mitglieder aus 20 Ländern an.

www.eryica.org/

ERYICA

- versteht sich als unabhängige Vertretung der Jugendinformation auf europäischer Ebene;

- nimmt Einfluss auf die jugendpolitische Gestaltung im Bereich der Jugendinformation im Rahmen des Europarates und der EU;

- unterstützt ihre Mitglieder im Bereich der Fortbildung, des Meinungsaustausches und der Qualitätsentwicklung;
- fundiert mit der »Charta der Jugendinformation« die ethischen Grundlagen für die Arbeit der Fachkräfte und der Träger der Jugendinformation.

Der europäische Dachverband der Jugendinformation wurde ein Jahr nach dem *Internationalen Jahr der Jugend* **1985** in Spanien gegründet und verlegt **2007** nach über 20 Jahren seinen Sitz von Paris nach Luxemburg.

Deutsches Mitglied ist die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJAB) – stellvertretend für das Netzwerk der Jugendinformation in Deutschland. www.jugendinfonetz.de

European Youth Centres (EYC)

Die beiden europäischen Jugendzentren in Straßburg (**seit 1972**) und Budapest (**seit 1995**) sind permanente Einrichtungen, die im Zuge der Umsetzung der Jugendpolitik des Europarates etabliert wurden. Sie sind konzipiert als internationale Konferenz- und Bildungszentren, mit modernster Konferenztechnik ausgestattet und bieten Jugendlichen für ihre Zusammenkünfte kostengünstige Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten. Sie werden von europäischen Jugendorganisationen und von Regierungen paritätisch verwaltet.

EYC Straßburg:

www.coe.int/T/E/Cultural_Cooperation/Youth/7._About_us/European_Youth_Centres.asp

EYC Budapest: www.eycb.coe.int/

Susanne John

susanne.john@t-online.de



Leben in spätmodernen Gesellschaften vorbereitet wurden bzw. darauf eingestellt sind.

Wie verträgt sich Minderheitenkultur mit Mehrheitskultur? – Großbritannien und Niederlande

In Großbritannien wird eher einem »multikulturellen Modell« von Integration der Vorzug gegeben: Die Verbesserung von »race relationships« steht dabei im Mittelpunkt in Form von Politiken der Chancengleichheit, Kampagnen der Antidiskriminierung sowie einer »affirmative action« (Betonung der eigenen kulturellen Wurzeln).

In den Niederlanden dagegen werden vor dem Hintergrund intensiver Debatten um Islamismus und Terrorismus ähnliche Konzepte derzeit stark in Frage gestellt. Ausgehend von einer grundsätzlichen Problematisierung früherer Ansätze, die Toleranz und Multikulturalität in den Vordergrund stellten, werden nun die vorhandenen Integrationsmaßnahmen (Integrationskurse, Schulsozialarbeit, sozialpädagogische Angebote und Maßnahmen zur Berufsvorbereitung) in Richtung einer stärkeren Anpassung an die »Mehrheitskultur« überprüft.

Frankreich und das republikanische Modell

Frankreich praktiziert ein »republikanisches Modell« von Integration. Der Akzent liegt auf der Eingliederung in nationale Strukturen mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten (»citoyennité«). »Partikularismen« (z. B. die kulturellen Belange, Interessen, Lebensbedingungen und sozio-kulturellen Merkmale von Migrantinnen/Migranten sowie von Angehörigen ethnischer Minderheiten) wird bewusst wenig Bedeutung zugemessen, denn Prozesse der Ethnisierung sollen vermieden werden. Es sind aber auch Tendenzen zu beobachten, diesen Integrationsmodus in Frage zu stellen. Insbesondere die Unruhen von Jugendlichen, die sich Ende 2005 in Frankreich zgetragen haben, machen dies deutlich. Viele dieser jungen Menschen sind »citoyens français«, also französische Bürger; sie haben somit auf dem Papier die gleichen Rechte und Pflichten, doch in der Realität bleibt ihnen die tatsächliche Teilhabe verwehrt. Dies zeigt sich insbesondere bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Diesbezüglich spielt auch die sozial-räumliche Segregation an die Ränder der Städte in Frankreich eine große Rolle und führt zur Isolation. Die »banlieues en difficultés« (soziale Brennpunkte in den Vororten) sind zu einem großen Teil hauptsächlich von Personen bewohnt, die einen nicht-französischen Ursprung haben. Trotzdem werden die dargestellten Schwierigkeiten durch die Politik ernst genommen: Den vielfachen Problemlagen in diesen Gebieten, die einen großen Teil der Bevölkerung betreffen, wird mithilfe der sozialräumlich orientierten, nationalen Strategie »Politique de la Ville« begegnet. Sie ist der Versuch, durch ganzheitlich orientierte Maßnahmen die komplexe Situation zu bewältigen.

Bundesrepublik Deutschland – soziale und kulturelle Integration unerlässlich?

Die Bundesrepublik Deutschland sah sich bis zur Mitte der 1990er-Jahre auf Grund anderer Traditionen und Erfahrungen

mit Einwanderung und Migration eher einem »sozialstaatlichen Modell« von Integration verpflichtet. Dieses Konzept setzte den Akzent auf die soziale und kulturelle Integration unter weitgehender Ausklammerung der »Staatsbürgerschafts«-Problematik. Das sozialstaatliche Modell gründet auf einer Kombination von »indirekten« und »direkten« Integrationsmaßnahmen im sozialen, bildungsbezogenen und kulturellen Bereich, wobei letzterem eine viel größere Bedeutung zukommt als in jenen Ländern Europas, die sich als Einwanderungsgesellschaften bezeichnen. So ist der »deutsche Modus« von Integration durch die Stärkung allgemeiner Institutionen gekennzeichnet. Kindergarten, Schule und Ausbildungsinstitutionen werden durch neue organisatorische Maßnahmen sowie durch die Qualifizierung des dort tätigen Personals verbessert. Die Gründung neuer Institutionen soll zur Integration beitragen: Ausländerabteilungen und Stabsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden und anderen Institutionen; Entstehung und staatliche Subventionierung von privaten Initiativen bzw. Nichtregierungsorganisationen (NGOs); Einrichtung kommunaler Ausländerbeiräte bzw. von kommunalen, regionalen und nationalen Ausländerbeauftragten. In kaum einem EU-Land außer in Deutschland werden solche speziellen und »direkten« Integrationsstrategien auf die Betriebe selbst gerichtet. Mit den neuen Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzen kam es zu einer Annäherung an das französische republikanische Integrationskonzept, jedoch unter Beibehaltung bzw. Straffung des bisher praktizierten wohlfahrtsstaatlichen Modells.

Gehen hat Tradition, aber Kommen? – Spanien und Portugal
Portugal und Spanien haben eine lange Auswanderungstradition, sind aber jetzt zu Einwanderungsländern geworden.

Spanien: Die nationale Integrationspolitik wird vom Ministerium für Arbeit und Soziale Angelegenheit federführend koordiniert und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern (»Estados Autonómicos«) umgesetzt. Im Rahmen seiner Kompetenzen hat dieses Ministerium in Ergänzung zu den Integrationspolitiken der Bundesländer einen speziellen Fond zur Unterstützung und Förderung der Integration und Bildung von Migrantinnen/Migranten eingerichtet. Es handelt sich dabei um ein Programm, deren »Interventionsbereiche« bzw. »Aktionslinien« den Zielen und programmatischen Aussagen der Maßnahmen in allen anderen Mitgliedsstaaten der EU entsprechen.

Portugal: Die Integrationspolitiken Portugals bündeln sich in der Behörde »Hohes Kommissariat für Einwanderung und Ethnische Angelegenheiten« (ACIME), ähnlich den Ressorts und Institutionen in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Der Schwerpunkt der Integrationspolitik liegt auf der Verbesserung der Lebensbedingungen (Wohnen, Gesundheit, Arbeit, Bildung), ferner auf der Berücksichtigung und Unterstützung der sozialen und kulturellen Identität der Migrantinnen/Migranten sowie auf der Förderung von Chancengleichheit.

Verantwortung für die Roma – Rumänien, Tschechische Republik, Litauen

Roma und Sinti in Europa leben vorwiegend in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, in den Nachfolgeländern Jugoslawiens, in Italien, Spanien und Portugal sowie in den Baltischen Staaten. Sie sind eine sehr hetero-

gene Minderheit, deren wesentliche Kennzeichen Nicht-Sesshaftigkeit, Wohnungslosigkeit, Staatenlosigkeit und Analphabetismus sind. Die Problemlagen sind in den meisten Ländern ähnlich: (Selbst-)Segregation, soziale Benachteiligung und Diskriminierung.

Litauen und Tschechische Republik: Integration wird in Tschechien und Litauen als nationale politische Querschnittsaufgabe angesehen, die in unterschiedlichen Ministerien angesiedelt ist. Vertreter von Betroffenen und freien Trägern sind mit einbezogen. Die aus den Programmen entwickelten Angebote beziehen sich vor allem auf den Bereich der Bildung (Sonntagsschulen, Vorschulklassen und Stipendien). In beiden Ländern besteht auf kommunaler Ebene jedoch wenig Bereitschaft der Angehörigen von Minderheiten, an der Umsetzung der Integrationsprogramme mitzuwirken.

Rumänien: Als neues Mitglied der EU bündelt Rumänien seine Integrationsstrategien vorwiegend auf die Gruppe der Roma, insbesondere auf die Eingliederung und Förderung von Roma-Kindern in den Bildungsbereich. Bildungspolitik sowie Beschäftigungspolitik sind heute eng mit den Reformzielen und Programmen für diese Minderheit verbunden, zumal Rumänien sich bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU verpflichtet hat, tief greifende Reformen für die Lebensbedingungen der Roma zu unternehmen.

Eine neue Realität für die Gesellschaften Europas?

Trotz aller Unterschiede konzentrieren sich die Integrationsstrategien in den vorgestellten Ländern auf ähnliche Bereiche:

- allgemeine Bildung (inkl. Sprachförderung);
- berufliche und vorberufliche Ausbildung (bzw. Erweiterung der Möglichkeiten, an einer Berufsvorbereitung teilnehmen zu können);
- Wohnen;
- Prävention und Kontrolle von Jugendkriminalität;
- Antirassismus und Sensibilisierungsprogramme gegen Fremdenfeindlichkeit.

Darüber hinaus gibt es bei den Maßnahmen zur Integration in einigen Ländern Aktivierungspolitik sowie Politiken eines garantierten Mindestlohns.

Keines der an den EU-Studien beteiligten Länder kann zunächst den Eindruck vermitteln, junge Migrantinnen/Migranten sowie Angehörige ethnischer Minderheiten erfolgreich zu integrieren. Es sind lediglich Teilerfolge nachzuweisen. Das bedeutet aber nicht, dass die Jugendlichen mit Migrationshintergrund der zweiten und dritten Generation nicht bessere Leistungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich erbringen würden.

Trotz aller Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor das Problem der Integration in allen Gesellschaften bestehen und wird durch neue Zuwanderungswellen noch verschärft. So müssen sich beispielsweise Spanien und Portugal derzeit mit der Aufnahme, Regulierung und Integration von mehreren Wellen illegaler Zuwanderer auseinandersetzen, zugleich aber auch ihre schulischen Institutionen und Ausbildungskonzepte auf eine völlig neue Situation ausrichten.

Der Versuch, eine große Zahl von Migrantinnen/Migranten in kürzester Zeit zu integrieren, stellt Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und insbesondere die Bildungsinstitutionen insgesamt vor eine *neue multikulturelle Realität*.

Leitlinien europäischer Jugendpolitik – Vom Weißbuch bis zum Europäischen Pakt für die Jugend

Jugendpolitik in Europa wird aber auch im Rahmen von EU-Institutionen gemacht, so durch den Rat der EU, dem Jugendministerrat der EU, das Europäische Parlament und die EU-Kommission. Diese Politik bezieht sich dann auf alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Die folgenden kursiv gesetzten Begriffe werden im Glossar des DJI Bulletin 79 PLUS erläutert).

Ausgehend von der *Lissabon-Strategie* (2000), Europa zum »größten wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum in der Welt zu machen«, werden von der Europäischen Union (EU) nach und nach Programme und Aktionen gestartet, die sich auf die Förderung und Unterstützung der Jugend Europas beziehen. Dabei gilt seit 2001 das *Weißbuch »Neuer Schwung für die Jugend Europas«* mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten als wegweisend für die europäische Jugendpolitik:


- Förderung der Voraussetzungen für einen stärkeren Einbezug der Jugendlichen in das System der repräsentativen Demokratie sowie Ermunterung zu mehr aktiver Beteiligung der Jugendlichen (*Partizipation der Jugendlichen*);
- Unterstützung des freiwilligen bzw. bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen und deren verstärkte Anerkennung (*Freiwilligenarbeit*);
- Vernetzung der Informationseinrichtungen für Jugendliche und damit verbunden die Schulung der für Jugendinformation zuständigen Akteure (*Zugang der Jugendlichen zur Information*);
- Schaffung von mehr (Grundlagen-)Wissen über die Jugend durch mehr Forschung über Jugend, indem insbesondere auch zukünftige Bedarfe der Jugendlichen frühzeitig erkannt und politisch gefördert werden können (*Forschung/Mehr Wissen über die Jugend*).

Um die Zielsetzungen des *Weißbuches* umzusetzen sowie die vielfältigen Bedarfe für die Jugendlichen einzulösen, braucht es in der europäischen Jugendpolitik eine vernetzte Koordination unterschiedlicher Politikbereiche, und damit verbunden die Notwendigkeit, gemeinsame Ziele festzulegen und deren Gehalte politisch umzusetzen.

Die *Offene Methode der Koordinierung* (2002) hat sich dies zur Aufgabe gemacht, und der Jugendministerrat der EU setzt hier vor allem auf den *Strukturierten Dialog*, d. h. auf einen sektorenübergreifenden Austausch aller Akteure, die auf lokaler und überregionaler Ebene mit Jugendfragen befasst sind.

Der *Strukturierte Dialog* soll insbesondere bessere Voraussetzungen schaffen, um den Dialog mit den Jugendlichen sowie mit den Personen(-gruppen), die in Jugendorganisation und Jugendforschung tätig sind, zu fördern sowie auszubauen. Zur Unterstützung dieses Vorhabens setzen die Mitgliedsstaaten der EU vor allem auf das Programm *JUGEND IN AKTION* (2007 bis 2013). Dieses Förderprogramm der EU soll das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa stärken, ferner das bürgerschaftliche Engagement sowie die Bildung der jungen Menschen im Alter von 13 bis 30 Jahren.

Weiterhin soll der *Europäische Pakt für die Jugend* (2005) als Teil der *Lissabon-Strategie* die Entwicklung Jugendlicher in Europa fördern. Die Umsetzung dieses Paktes bezieht sich vor allem auf die Unterstützung der jungen Menschen beim Über-



gang zwischen Schule, Ausbildung und Arbeit, ferner auf die soziale Integration junger Menschen sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei jungen Erwachsenen.

Um diesem Pakt für die Jugend noch mehr Gewicht zu verleihen, werden 2007 vom Jugendministerrat der EU nachdrücklich folgende Rechte für die Jugend betont:

- das Recht auf Voraussetzungen für eine gesunde Lebensweise;
- das Recht auf die Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen, die das Leben der Jugendlichen betrifft;
- das Recht auf gleiche Zugänge zu allgemeiner und beruflicher Bildung, zu Wohnraum sowie zu Bereichen des sozialen Beschäftigungs- bzw. Sicherungssystems.

Bewertung der Ziele und Maßnahmen europäischer Jugendpolitik

Die Vorschläge der EU-Kommission und des Jugendministerrats der EU für jugendpolitische Zielsetzungen erscheinen sinnvoll und gehen »in die richtige Richtung«; sie werden aber auch insgesamt als zu unverbindlich erachtet und die Aktionslinien sowie die Maßnahmen als »noch zu breit« eingeschätzt. Die Länder und Kommunen sind gezwungen, diese allgemeinen Zielsetzungen von sich aus allein zu konkretisieren.

Kritische Anmerkungen zum Weißbuch

Für eine Jugendpolitik als »Querschnittspolitik« finden sich noch zu wenige Hinweise, wie eine solche Jugendpolitik als Kombination von Ressort- und Querschnittspolitik umzusetzen ist. Politikbereiche wie beispielsweise Ausbildung und Arbeitsmarktpolitik werden in Zusammenhang mit der Realisierung der ressortpolitischen Prioritäten nur kurz erwähnt, andere wiederum kommen einfach nicht vor (z. B. Jugendhilfepolitik, Rechtspolitik, Kommunalpolitik), obgleich bei ihnen Jugendpolitik als »Querschnittspolitik« eine wichtige Rolle spielt.

Die Kommunen führen schon seit längerer Zeit Programme und Maßnahmen durch, die den Zielen des *Weißbuches* entsprechen; sie nehmen jedoch dabei keinen Bezug auf europäische Beschlüsse und somit meistens auch keinen Bezug zu »good practices« in anderen europäischen Ländern.

Empfehlungen und Ausblick zur Offenen Methode der Koordinierung (OMK)

Eine effektive Umsetzung der *Offenen Methode der Koordinierung* im Bereich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfordert das Einlösen folgender Voraussetzungen:

- Verfügbare Zeit und Hintergrundwissen zur Beteiligung an der OMK;
- Benennung von Zielen und Möglichkeiten der Gestaltung vonseiten der Verantwortlichen bzw. Initiatoren;
- wissenschaftliche Begleitung des OMK-Prozesses auf unterschiedlichen Ebenen;
- Überprüfung der deutschen Jugendhilfe-Strukturen auf ihre Europa-Tauglichkeit (*Weißbuch*);
- Konzipierung einer Querschnittspolitik und ihre Umsetzung im Kontext einer föderalen Struktur Deutschlands;
- Organisation des »Voneinander-Lernens« in Europa;
- Ausbau einer europaweiten Jugend- und Jugendhilfeforschung;

- Einbezug von Themen aus dem *Weißbuch* in die Ausbildung von sozialpädagogischen Fachkräften;
- Vernetzung der deutschen Kinder- und Jugend(hilfe)politik mit der EU-Jugendpolitik.

Anmerkungen zum »Strukturierten Dialog« mit den Jugendlichen

Der Dialog mit den nicht organisierten und organisierten Jugendlichen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Zielsetzungen ist zwar sinnvoll und wichtig, aber unzureichend, wenn es um die Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungs- und Machtstrukturen geht. Wie aber könnte ein stärkerer Einbezug von benachteiligten Jugendlichen insbesondere auf lokaler Ebene erreicht werden? Hierzu gibt es noch wenige Vorschläge vonseiten des Jugendministerrats der EU sowie vonseiten der organisierten Jugendlichen (wie Deutscher Bundesjugendring oder Europäisches Jugendforum).

Der »Europäische Pakt für die Jugend«

In Deutschland sowie in den meisten anderen Mitgliedsstaaten der EU gibt es bereits zahlreiche Programme und Maßnahmen, die den Zielen des *Europäischen Paktes für die Jugend* in den unterschiedlichen Politikbereichen entsprechen.

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) konzentriert sich derzeit auf folgende Strategien:

- »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« (Elterngeld, Verbesserung der Kinderbetreuung);
- verbesserte Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule;
- soziale und berufliche Integration von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten bzw. von Jugendlichen mit Migrationshintergrund;
- Förderung von Angeboten und Nutzung der Möglichkeiten des nicht-formalen und informellen Lernens;
- Reformierung des Bildungswesens (Stichwort »Ganztags-schulen«);
- Modernisierung des Ausbildungssystems und der Ausbildungscurricula;
- Modernisierung bzw. Europäisierung des Hochschulwesens (Bologna-Prozess).

Bis heute fehlt jedoch eine systematische Abstimmung dieser Strategien und Maßnahmen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen sowie eine Koordinierungsstelle, die in der Lage wäre, alle diese auf junge Menschen bezogenen Konzepte zu integrieren.

Literatur

- Investment Adviser Registration Depository (IARD)** (2001): The State of youth and Youth Politics in Europe. Mailand
- Lüders, Christian** (2007) und **Williamson, Howard** (2007): Vorträge zum Thema: Nationale Politiken zur Integration von Kindern und Jugendlichen für soziale Brennpunkte im europäischen Vergleich. EU-Fachkongress »Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion«. Juni 2007, Leipzig (unveröffentlichte Manuskripte)
- Youth – Actor of Social Chance (Up2Youth 2007)** (2007). www.up2youth.org

Kontakt: ReneBendit@aol.com; barbara_rink@hotmail.com

Grundsatzfragen einer Politik für junge Erwachsene

Autonomie ermöglichen – zur Verschränkung von Familienpolitik und Beschäftigungspolitik

In ganz Europa haben sich für Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenwerden große Veränderungen vollzogen. Die Ausbildung sowie weiterführende Bildung dehnen sich aus und sind oft mit einem längeren Verbleib im Elternhaus gekoppelt. Die ökonomische Verselbstständigung junger Frauen und Männer hat sich verzögert – eine Tatsache, die bislang in Forschung und Politik noch zu wenig aufgegriffen wurde.

Der zumindest für männliche Jugendliche ehemals eindeutige Übergangspfad mit den Meilensteinen *ökonomische Selbstständigkeit – Heirat – neue Wohnung – Kinder* wurde ersetzt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Lebenspfade ins Erwachsenenalter, von denen ein Teil in die Herkunftsfamilie zurückführt. Wie aber steht es mit der Autonomie der jungen Menschen?

Die europäische Jugendforschung folgt zunehmend einer lebenslauforientierten Betrachtung, um Formen und Bedingungen sozialer Integration sowie den Erwerb von Autonomie erforschen zu können.

www.up2youth.org

Jo-Jo-Biografien: einen Schritt vor, zwei zurück

Der monetäre und bildungsbezogene Druck auf Familien mit Jugendlichen in der Ausbildung sowie mit jungen Erwachsenen erhöht sich, zumal in den meisten europäischen Ländern die zerfaserten Pfade ins Erwachsenenleben von einer Zurücknahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen begleitet sind. Eine länger währende Jugendphase aufgrund ständig steigender Bildungsniveaus ist aber auch Folge eines tief greifenden Wandels der Produktionsverhältnisse von einer fordistischen hin zu einer post-fordistischen Ökonomie. Dies verlangt neue Qualifikationen und führt zu Verwerfungen auf nationalen und internationalen Arbeitsmärkten. Die Übergangsprozesse werden länger *und* auch komplizierter: Ausbildungen und Berufswahlen können oder müssen revidiert werden.

Direkte Anschlüsse von einer Erwerbsepisode zur nächsten werden in vielen europäischen Ländern schwierig.

Der Berufseinstieg gerät durch Zeiten der Arbeitslosigkeit ins Stocken, für Jugendliche aus den unteren Bildungsmilieus sowie für einen Teil der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund gilt dies mit besonderer Schärfe (Reißig/Gaupp 2007).

Ehemals schrittweise aufeinander folgende Entwicklungsaufgaben müssen parallel bearbeitet werden, wie etwa eine erwachsene Partnerschaftsbeziehung bei gleichzeitiger Weiterentwicklung eines jugendkulturellen Lebensstils und fortgesetzter ökonomischer Abhängigkeit von elterlichen und staatlichen Zuwendungen (Mills/Blossfeld 2003). Das Konzept der Jo-Jo-Biografien veranschaulicht dies eindrücklich: Man geht auf dem einen Pfad einen Schritt vorwärts, um gleichzeitig auf dem anderen Pfad zwei Schritte zurückzuschwingen (Walther/Stauber 2002).

Erwachsenwerden mit gebremster Autonomie

Mit Blick auf die Entwicklung von Identität und Autonomie entsteht für die jungen Erwachsenen eine Art »Halb-Abhängigkeit«, insbesondere von der Herkunftsfamilie, das heißt: die *Verselbstständigung* im Bereich von Beziehungen, Kultur, Medien, Bildung sowie verlängerter (und nicht nur ökonomischer) Abhängigkeit findet *gleichzeitig* statt. Immer mehr junge Frauen und Männer, die wegen ökonomischer Schwierigkeiten oder aufgrund des Scheiterns von Beziehungen fortgesetzt im elterlichen Haushalt leben oder wieder in diesen zurückkehren, müssen demnach gemeinsam mit

ihren Eltern diese Halb-Abhängigkeit längerfristig bewältigen. Dadurch ergibt sich in der Familienbiografie für Eltern und junge Erwachsene gleichermaßen eine neue Gestaltungsaufgabe, die aber mit einer Reihe von irritierenden neuen Aushandlungsprozessen in den Familien einhergeht und vor allem zwischen Müttern und ihren erwachsenen Töchtern zu emotionalen Belastungen führen kann (Stauber/du Bois-Reymond 2006).

Wie kann Politik die Familien von jungen Heranwachsenden entlasten?

Kann Deutschland hier von anderen politischen Ansätzen der EU lernen? Im Bereich der Berufsbildung, insbesondere der Benachteiligtenförderung, wurde der Begriff »Übergangsregime« entwickelt (Pohl/Walther 2006), der sich auch auf den Bereich der Familienpolitik übertragen lässt. »Übergangsregime« bedeutet zunächst die Regulierung von Übergängen, die aus der Verflechtung von Strukturen sozialer Sicherung, allgemeiner und beruflicher Bildung sowie des Arbeitsmarktes resultieren; sie weisen aber auch auf die Rolle der Familie im sozialstaatlichen System als weiteren wesentlichen Bezugspunkt von geschlechtsspezifischen Formen der Regulierung des Übergangs hin. Veränderungen dieser Formen sind insofern erschwert, da sie vielfach und voraussetzungs voll miteinander verflochten sind, im Diskurs jedoch häufig als weitgehend getrennte Sphären gesehen werden. Diese Verflechtungen zeigen aus europäischer Perspektive deutliche Unterschiede, so dass sich Deutschland anregen lassen kann, seine Formen der Regulierung des Übergangs zu ändern, das im europäischen Vergleich eher die Autonomie einschränkt sowie die Familien über Gebühr in die Pflicht nimmt.

Die Palette unterschiedlicher Familienpolitiken in Europäischen Ländern

Die *skandinavischen Länder* verfolgen eine individualisierte Strategie der Regulierung von Übergängen, d. h. eine eigenständige soziale Sicherung und Erwerbstätigkeit aller Erwachsenen sowie eine deutlich formulierte Gleichstellungsperspektive. Damit verbunden ist eine erfolgreiche Bildungspolitik, die allgemeine und berufliche Bildung auch als eine Perspektive der Integration vorsieht (Heikkinen 2004). Die Übergänge sind in staatliche Institutionen eingebettet und sehen Jugendliche als eigenständige Individuen.

Frankreich als etatistisch-bürokratisches Modell der Bildungs- und Familienpolitik zeichnet sich dagegen durch die Alleinverantwortung des Staates für die allgemeine und berufliche Bildung aus (Greinert 2004); familienpolitisch fördert es massiv auch unter pronatalistischen Gesichtspunkten die Erwerbsarbeit von Müttern. Das Übergangsregime ist hier von einem deutlichen Bruch zwischen (staatlich verantwortetem) Bildungs-/Ausbildungssystem und Einstieg in die Erwerbsarbeit gekennzeichnet.

Das liberal-marktwirtschaftliche Modell *Großbritanniens* zentriert Familienpolitik auf eine kindbezogene (Armut-) Politik sowie auf frühe Förderung; dabei werden die Bildungs- und Ausbildungswege nach der Schulpflicht weitgehend dem Markt überlassen. Da Bildung vielfach in Prozesse der Erwerbsarbeit integriert ist und gleichzeitig informelle Kompetenzerwerbe in einem geregelten System anerkannt werden, sind die Übergänge in Arbeit leichter zu bewältigen.

Deutschland hingegen zeichnet sich durch ein dual-korporatistisches Bildungssystem aus sowie durch ein familienzentriertes Zuverdiener- und Alleinverdienermodell (BMFSFJ 2006). Das Bildungssystem wirkt durch das dreigliedrige Schulsystem stark segregierend und enthält mit dem dualen sowie dem weiblich konnotierten vollzeitschulischen Ausbildungssystem einen zweistufigen Übergangsprozess mit erheblichen Hürden für Bildungsbenachteiligte. Die seit einigen Jahren verstärkt aufgebauten Strukturen zur Verbesserung des Übergangsmangements können die Exklusionsprozesse nur mühsam auffangen (Reißig/Gaupp 2007). Damit lose ver-

koppelt ist eine Sozialpolitik, welche die Familie als Notfall-Ressource gezielt einsetzt, gleichzeitig aber damit Prozesse der Verselbstständigung bremst.

Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die 2005 erfolgte Rücknahme der Finanzierung von Wohnungen für alleinlebende Jugendliche bei Bezug von Arbeitslosengeld II (ALG II), die ohne Zustimmung der Job-Center aus der elterlichen Wohnung ausgezogen sind. Eine noch nicht zu beziffernde Anzahl von Jugendlichen musste wieder in den elterlichen Haushalt zurückkehren. Da gleichzeitig ihr ALG-II-Bezug auf 80 % gesenkt wurde, wird davon ausgegangen, dass im elterlichen Haushalt eine (kostengünstigere) gemeinsame Haushaltung stattfindet. Dass hier die Mütter haushalten, wird jedoch nicht explizit benannt.

Eine sozial- und familienpolitische Strategie, die Sozialleistungen direkt an die erwachsen werdenden und erwachsenen jungen Menschen binden würde, könnte aber sowohl das Erwachsenwerden von Jugendlichen fördern als auch die Erwerbsfähigkeit von Müttern verbessern.

Enge Verzahnung von (Aus)Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitiken

Es zeigt sich, dass in Deutschland die eng verzahnten (Aus-)Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitiken auf historisch tief verwurzelten Traditionen beruhen. Das mit dem Aspekt der Familienpolitik ausgeweitete Konzept der Regulierung des Übergangs ermöglicht einen Blick auf die spezifische und voraussetzungsvolle Verzahnung der Praktiken und Regelungen in den Feldern (Aus)Bildung, Arbeitsmarkt und Familie.

Karin Jurczyk, Andreas Lange, Barbara Thiessen



Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hrsg.: 2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin
- Gille, Martina / Sardei-Biermann, Sabine / Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann** (2006): Zusammenfassung und Bilanz. In: dies. (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden, S. 277–292
- Greinert, Wolf-Dietrich** (2004): Die europäischen Berufsausbildungs»systeme« – Überlegungen zum theoretischen Rahmen der Darstellung ihrer historischen Entwicklung. In: Berufsbildung (CEDEFOP), H. 32, S. 18–26
- Heikkinen, Anja** (2004): Berufsbildungsmodelle, Berufsbildungsparadigmen oder Berufsbildungskulturen. In: Berufsbildung (CEDEFOP), H. 32, S. 35–49
- Mills, M. / Blossfeld, H-P.** (2003): Globalization, Uncertainty and Changes in Early Life Courses. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bd. 6, 2, S. 188–218
- Pohl, Axel / Walther, Andreas** (2006): Benachteiligte Jugendliche in Europa. Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 47, S. 26–35
- Reißig, Birgit / Gaupp, Nora** (2007): Hauptschüler: Schwierige Übergänge von der Schule in den Beruf. Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 28, S. 10–17
- Stauber, Barbara / Manuela du Bois-Reymond** (2006): Familienbeziehungen im Kontext verlängerter Übergänge. Eine intergenerative Studie aus neun europäischen Ländern. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 26. Jg., H. 2, S. 206–221
- Walther, Andreas / Stauber, Barbara** (2002): Yo-yo's at work – ein europäisch-vergleichender Blick auf Handlungsspielräume junger Frauen und Männer. In: Neue Praxis, 32. Jg., H. 3, S. 268–285

Kontakt: lange@dji.de; thiessen@dji.de

Zur Selbstwahrnehmung muslimischer Frauen

Das Kopftuch, die Kontexte und die Identität

Nicht nur in Deutschland ist das Kopftuch immer wieder ein »rotes« Tuch, das heftige Debatten auslöst, auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU kann es zum Stein des Anstoßes werden. Welche Bedeutung aber hat es für die muslimischen Frauen selbst? Das Kopftuch ist ein religiöses Zeichen, die Trägerin bekennt sich zum Islam; es ist für Muslimas aber auch ein Zeichen der Mitteilung und untrennbar mit sozialer Identität verbunden. Es ermöglicht Frauen, das »Wir« (*Ingroup*) den »Anderen« (*Outgroup*) entgegen zu halten. In einer ersten Befragung untersuchte eine Stipendiatin des DJI in Vorbereitung ihres Dissertationsvorhabens die Selbstwahrnehmung muslimischer Frauen in verschiedenen Kontexten. Dabei führte sie ein Experiment durch, dessen Ergebnisse im Folgenden von ihr dargestellt werden (*Kollektive Selbstachtungsskala* nach Crocker/Luhtanen).

Die Ausgangsfrage

Welche Bedeutung sprechen muslimische Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland dem Kopftuch zu? Wie verändert sich das Verhalten der Muslimas, die ein Kopftuch tragen, wenn sie eine Ansprechpartnerin mit bzw. ohne Kopftuch vor sich haben? Wie verhalten sich Muslimas ohne Kopftuch? Wie wichtig ist für Muslimas das Kopftuch als Teil ihres »sozialen Körpers« bzw. ihrer sozialen Identität?

Das Experiment

Zu diesen Fragen wurde folgendes Experiment durchgeführt:

94 muslimische Frauen (im Durchschnittsalter von 24 Jahren) wurden in München und Berlin auf Deutsch befragt. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen waren sunnitische (n = 86) und einige wenige schiitische Muslimas (n = 8). Ein Teil der befragten Frauen (n = 51) trug Kopftuch, die anderen (n = 43) dagegen nicht.

Während der Einzelbefragung trat die Interviewerin entweder mit oder ohne Kopftuch der jeweiligen Teilnehmerin gegenüber, die entweder selbst Trägerin eines Kopftuches war oder nicht.

Trug die Interviewerin selbst ein Kopftuch, wurde sie von den befragten Frauen mit Kopftuch als Teil ihrer eigenen Gruppe (*Ingroup*) und somit als Teil des »Wir« anerkannt. Ohne Kopftuch wurde sie jedoch von ihnen als ein Teil der »Anderen« (*Outgroup*) wahrgenommen. Dies zeigt sich u. a. an der Ge-

sprächs- und Teilnahmebereitschaft der angesprochenen Muslimas.

Die Bereitschaft zum Gespräch – das »Wir« entscheidet

Bei der Suche nach Interviewpartnerinnen wurden insgesamt 205 muslimische Frauen angesprochen, darunter 112 Frauen mit und 93 Frauen ohne Kopftuch. 94 Frauen beteiligten sich an der Befragung. Dabei zeigte sich, dass Ab- bzw. Zusagen von Muslimas ohne Kopftuch offenkundig unabhängig davon waren, ob die Interviewerin selbst ein Kopftuch trug (55% Ab- und 45% Zusagen) oder ohne Kopftuch auftrat (53% Ab- und 47% Zusagen). Demgegenüber wirkte sich die Bekleidung der Interviewerin deutlich auf die Gesprächsbereitschaft von Kopftuch tragenden Muslimas aus: Hatte die Interviewerin ebenfalls ein Kopftuch auf, so stimmten 79% der Angesprochenen einem Interview zu gegenüber 21% Absagen. Trug die Interviewerin jedoch kein Kopftuch, stimmten nur 28% zu und 72% nicht.

Die Zugehörigkeit zur muslimischen Gemeinschaft

Tragen Interviewerin und Befragte beide ein Kopftuch (*Ingroup*), spielt die Zugehörigkeit zur muslimischen Gemeinschaft eine untergeordnete Rolle. Anders ist dies, wenn die Interviewerin kein Kopftuch trägt (*Outgroup*), dann bekommt die Identifikation mit der eigenen Gruppe größere Bedeutung. Die

muslimischen Frauen mit Kopftuch demonstrieren gegenüber anderen (*Outgroup*), dass sie ein höheres Ansehen haben und »wertvollere« Mitglieder der islamischen Gemeinschaft sind (*Ingroup*).

Muslimischen Frauen, die kein Kopftuch tragen, ist es von geringer Bedeutung, ob die Gesprächspartnerin zur eigenen Gruppe gehört. Dennoch ist es ihnen wichtig, der Ansprechpartnerin deutlich zu machen, dass es für ihre Identität von großer Bedeutung ist, eine Muslima zu sein.

Das Kopftuch als Teil des »sozialen Körpers« und der Identität

Kopftuch tragende Muslimas reagieren ängstlicher auf eine unbekannte gruppenfremde Person (*Outgroup*) als auf eine unbekannte, aber gruppenzugehörige Person (*Ingroup*).

Trägt die Interviewerin ein Kopftuch, zeigen die Kopftuch tragenden Frauen offen ihre eigenen Gefühle, dabei überwiegend negative Emotionen wie z. B. Ängstlichkeit und Unsicherheit. Im Falle einer Interviewerin ohne Kopftuch dagegen demonstrieren sie eher positive Emotionen wie z. B. Selbstsicherheit, Freude, Stolz, – »andere« sollen nur etwas über »unsere« angenehmen Gefühle erfahren.

Tragen Muslimas und Interviewerin beim Gespräch beide ein Kopftuch, dann findet die Kommunikation auf »gleicher Ebene« statt (»Ich« – »Du«; persönliche Identität als muslimische Frauen).

Trifft die Interviewerin ohne Kopftuch aber eine Muslima, die ein Kopftuch trägt, tritt bei der Muslima die soziale Identität in den Vordergrund. Die Kommunikation findet dann zwischen dem »wir« und den »anderen« statt. Die bedeutsamste Erkenntnis dieser Studie ist der Identitätswechsel der Kopftuchträgerinnen, je nach den Kontexten (*Wir/Ingroup vs. Andere/Outgroup*), die durch das Kopftuch geschaffen werden.

Sonya Saroyan (Stipendiatin am DJI)

Literatur

Saroyan, Sonya (2006): The Clothes That Wear Us: The Veil of Marginal Muslim Women in Europe (Germany) as a Context Determining Factor. Magisterarbeit an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. München

Leistungsunterschiede bei Kindern
deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache

Die Sprache in der Schule – ein Nachteil für Migrantenkinder?

Ist die Sprache der Schule im Vergleich zur Alltagssprache komplexer und für Kinder schwieriger zu handhaben? Haben Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache mit schulbezogener Sprache größere Schwierigkeiten als Kinder deutscher Herkunftssprache? Zu diesen Fragen liegen bisher kaum empirische Studien vor. Aktuelle Ergebnisse einer Untersuchung, die am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung durchgeführt wurde, geben dazu einen ersten Aufschluss. Die Untersuchung von Mehrsprachigkeit als Kompetenz wird am DJI weiterverfolgt.

Gegenstand der Auswertungen sind *mündliche* und *schriftliche Sprachleistungen* sowie das *Hörverstehen* von Kindern dritter und vierter Klassen. Das empirische Material beruht zum einen auf Daten einer Substichprobe des Jacobs-Sommercamp-Projekts (N = 190), zum anderen auf Daten einer quasi-experimentellen Studie, die an Berliner Grundschulen durchgeführt wurde (N = 529). Grundlage der Analysen sind Annahmen zur Unterscheidung von alltags- und schulbezogener Sprache: Differenzierung der *Basic Interpersonal Communication Skills* (BICS) und *Cognitive Academic Language Proficiency* (CALP) (Cummins 2002); *Sprache der Schule* (Gogolin 2003); *Schulbezogene Sprache als Barriere für schulischen Erfolg* (Müller 2007).

Das Nacherzählen von Texten

Im Mittelpunkt der Auswertung stand zunächst die Frage: Ist der Leistungsunterschied zwischen Kindern deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache bei Texten mit schulbezogenen Inhalten größer als bei Texten mit alltagsbezogenen Inhalten?

Allen befragten Kindern fiel die *Nacherzählung* des Textes mit alltagsbezogenem Inhalt leichter als die *Nacherzählung* des Textes mit schulbezogenem Inhalt.

Beim Text mit schulbezogenem Inhalt zeigte sich jedoch kein zusätzlicher Leistungsunterschied für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache im Vergleich zu Kindern deutscher Herkunftssprache.

Die *schriftlichen Sprachleistungen* Anhand der *schriftlichen Sprachleistungen* konnte zunächst ein zusätzlicher Leis-

tungsunterschied für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache bei Texten mit schulbezogenen Inhalten ausgemacht werden. Dieser Effekt verschwindet jedoch, wenn der sozioökonomische Hintergrund mit berücksichtigt wird. Der größere Leistungsunterschied zwischen den Schülergruppen bei Texten mit schulbezogenen Inhalten ist somit in erster Linie auf Unterschiede in der sozialen Herkunft der Kinder zurückzuführen.

Das Hörverstehen

Wie aber steht es mit dem Einfluss von Aspekten schulbezogener Sprache auf das Hörverstehen? Welchen Einfluss haben dabei ein leichter oder schwerer Wortschatz bzw. eine einfache oder komplexe Grammatik, und welche Unterschiede zeigen sich in der Einbettung von Sprache in soziale Handlung?

Die Kinder haben beim Hörverstehen größere Schwierigkeiten mit einem schweren Wortschatz, einer komplexen Grammatik bzw. einer geringeren Einbettung von Sprache in soziale Handlung – dabei haben Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache keine größeren Probleme mit diesen Aspekten schulbezogener Sprache als Kinder deutscher Herkunftssprache.

Die *Alltagssprache* ist Kindern näher Kinder beider Schülergruppen erreichen bessere Leistungen bei Aufgaben mit alltagsbezogenen als mit schulbezogenen Inhalten. Ein zusätzlicher Leistungsunterschied für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache bei schulbezogenen Inhalten zeigt sich jedoch nicht. Ebenso konnte dieser weder für Aufgaben mit ver-



gleichsweise höherer Sprachkomplexität in Bezug auf Wortschatz und/oder Grammatik noch bei geringerer Kontexteinbettung von Sprache in soziale Handlung ermittelt werden.

Im Gegensatz zu der im Anschluss an Cummins (2002) und Gogolin (2003) formulierten Annahme lässt sich kein systematischer Leistungsunterschied für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache im Vergleich zu Kindern deutscher Herkunftssprache bestätigen, der auf Besonderheiten der schulbezogenen Sprache zurückzuführen ist.

Bei Sprachschwierigkeiten ist die soziale Herkunft entscheidend

Die Schwierigkeiten bei der schulbezogenen Sprache stehen im Zusammenhang mit der sozialen Herkunft der Kinder. Somit ist für eine erfolgreiche Kommunikation der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache ihr sozialer Hintergrund entscheidender als ihr Sprachhintergrund.

Andrea G. Müller

Literatur

- Cummins, Jim (2002): BICS and CALP. In: Byram, Mike (Ed.): *Encyclopedia of language and teaching*. London: Routledge, S. 76–79
- Gogolin, Ingrid (2003): Chancen und Risiken nach PISA – über die Bildungsbeteiligung von Migrantenkinder und Reformvorschläge. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): *Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder*. Opladen, S. 33–50
- Müller, Andrea G. (2007): *Aspekte schulbezogener Sprache als Barriere für schulischen Erfolg von Schülerinnen und Schülern deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache*. Unveröffentlichte Dissertation, Berlin (Freie Universität)

Kontakt: amueller@dji.de

Ergebnisse der XENOS Studien

Interkulturelle Zusammenarbeit im Betrieb – »Das ist auch ein Generationenwechsel, den man da merkt«

Auszubildende schätzen und bevorzugen die Zusammenarbeit in interkulturellen Gruppen – so das zentrale Ergebnis einer Erhebung in Großbetrieben der Metallindustrie (Bednarz-Braun/Bischoff 2006). Wie geht es ihnen aber, wenn sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben und sie als junge Facharbeiter mit Kolleginnen und Kollegen einer Generation zusammenarbeiten, die nicht wie sie bereits in interkulturellen Zusammenhängen aufgewachsen sind? Wie gestaltet sich im beruflichen Alltag die Zusammenarbeit in ethnisch gemischten Gruppen aus Sicht der Generationen?

Das Projekt »Interethnische Beziehungen zwischen jungen und älteren Facharbeiterinnen und Facharbeitern in Großbetrieben«, gefördert vom XENOS-Programm und der IG Metall, ging diesen Fragen nach.

In drei Betrieben der Metallindustrie wurden in 59 qualitativen Interviews die Erfahrungen von männlichen und weiblichen Beschäftigten zur Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen verschiedener Ethnien erhoben.

Die Befragten gehören folgenden Generationen an:

- junge Generation (25 Befragte unter 30 Jahren),
- mittlere Generation (18 Befragte zwischen 30 und 49 Jahren),
- ältere Generation (16 Befragte ab 50 Jahre).

Sie arbeiten in der Regel in Gruppen mit 12 bis 15 Kolleginnen und Kollegen, von denen jedoch mehr der älteren und mittleren als der jungen Generation angehören. Die Arbeitsgruppen der Befragten aus dem *gewerblichen Bereich* sind durchgängig *interkulturell* zusammengesetzt, den *kaufmännischen Bereich* dominieren hingegen Beschäftigte *ohne Migrationshintergrund*.

Die interkulturelle Zusammenarbeit wird durchweg positiv bewertet

Bei der positiven Bewertung der interkulturellen Zusammenarbeit unterscheiden sich die jungen Facharbeiter/innen

nicht von ihren Kolleginnen und Kollegen der mittleren und älteren Generation. Unterschiede zwischen den Generationen zeigen sich jedoch, wenn die Gründe für diese Wahrnehmung benannt werden:

In der älteren und stärker noch in der mittleren Generation hat eine gute Zusammenarbeit in ethnisch gemischten Gruppen weniger mit der unterschiedlichen Herkunftskultur zu tun. Beeinflusst wird die Zusammenarbeit nach ihren Aussagen vielmehr durch Faktoren wie betriebliche Rahmenbedingungen, Arbeitsleistungen und Arbeitshaltungen, Kollegialität, fachliche Kompetenz und Persönlichkeitsmerkmale. Zudem werde unter schwierigen Arbeitsbedingungen jede Hand gebraucht, denn es sind vor allem anstehende Arbeitsaufgaben zu erfüllen:

»Wenn wir nicht zusammenarbeiten, dann klappt das nicht, da sitzen alle im selben Boot, letztendlich.«

Zusammenarbeit zwischen den Kulturen: »anregend und interessant«

Für die jüngeren Befragten spielt die interkulturelle Zusammensetzung eine größere Rolle für ein gutes Arbeitsklima. Häufiger als die Älteren befürworten sie eine ausgewogene interkulturelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, weil ihnen interkulturelle Erfahrungen im Miteinander als Bedingung für eine

gute Zusammenarbeit wichtig sind.

Kulturelle Differenzen werden von den Befragten der jungen Generation selten hervorgehoben, wenn sie das Gelingen der interkulturellen Zusammenarbeit beschreiben. Interkulturelle Beziehungen sind für sie eine Selbstverständlichkeit, da sie meist mit Gleichaltrigen anderer ethnischer Herkunft aufwuchsen bzw. mit ihnen zusammen ausgebildet wurden:

»Aber, wie gesagt, interkulturell, multi-kulti bin ich schon aufgewachsen, ja ...«

In der »Normalität« eines interkulturellen Alltags verliert die kulturelle Herkunft als Deutungsmuster von sozialen Beziehungen und individuellem Verhalten an Gewicht. Dass die jungen Befragten bereits in ihrer Kindheit und Jugend Gelegenheit hatten, mit Andersethnischen umzugehen, dürfte außerdem dazu beitragen, dass sie ihren multiethnischen Arbeitsalltag seltener als konfliktreich und problematisch erleben als die Älteren.

Alles eine Frage der Bildung

Die befragten jungen Migrantinnen und Migranten beherrschen nicht nur die deutsche Sprache gut, sie verfügen im Vergleich zu den älteren Kolleginnen und Kollegen – insbesondere zu jenen aus der ersten Einwanderungsgeneration – auch über bessere Schulabschlüsse und haben häufiger eine Berufsausbildung.

Bei der Mehrzahl der jüngeren Befragten lässt sich ein hohes Bewusstsein für die Komplexität und Beidseitigkeit des Integrationsprozesses erkennen. Von dessen Gelingen sind sie grundsätzlich überzeugt, auch wenn ihnen bewusst ist, dass es dabei immer wieder Reibungspunkte geben wird.

Kultureller Austausch und wechselseitige Annäherung zeigen sich sowohl im Verhalten junger Deutscher als auch junger Migrantinnen und Migranten.



Junge Deutsche: »Wir haben auch einen deutschen Kollegen, der sehr gut Türkisch kann, weil er mit Türken zusammen groß geworden ist. Der redet auch gerne türkisch.«

Junge Migranten: »Wir sind ja alle Deutsche eigentlich, wir sind ja hier geboren. (...) wir haben zwar bestimmt noch Nationalität, aber wir haben, sozusagen, wir sind auch Deutsche. Wir reden die Sprache, unterhalten uns auch so.«

Die interkulturellen Erfahrungen prägen

Die Angehörigen der mittleren und insbesondere der älteren Generation betonen, dass sich die interkulturelle Zusammenarbeit über Jahre hinweg eingespielt habe, und so die Herkunft der Kolleginnen und Kollegen (inzwischen) nicht mehr von Bedeutung sei. Das verträgliche Miteinander im Arbeitsalltag wurde häufig in langjährigen bzw. jahrzehntelangen Lernprozessen erworben, d. h. in interkulturellen Prozessen der Verständigung und Aushandlung. Dies vollzieht sich überwiegend innerhalb, aber auch außerhalb des Arbeitsumfeldes. Während ihrer ersten Beschäftigungsjahre in Deutschland haben ältere Migrantinnen und Migranten häufig auch benachteiligende und problematische Situationen in der interethnischen Zusammenarbeit erlebt. Dies dürfte ein Grund dafür sein, dass in ihrer Wahrnehmung kulturelle Differenzen sowie der Umgang mit ihnen auch heute noch eine größere Rolle spielen.

Interkulturelle Zusammenarbeit fördert den Betrieb

Die Ergebnisse der Untersuchung weisen darauf hin, dass junge Beschäftigte aufgrund ihrer interkulturellen Sozialisation über frühzeitig erworbene Erfahrungen und Potenziale verfügen, die sich positiv auf die Zusammenarbeit unter Beschäftigten unterschiedlicher ethni-

scher Herkunft auswirken können. Die Beschäftigung junger Nachwuchskräfte ist so gesehen eine gute, zukunftsweisende Ausgangsbasis für die Kontinuität und Stabilisierung interkultureller Beziehungen im betrieblichen Alltag und darüber hinaus. Dies zu realisieren, setzt jedoch eine Ausbildungs- und Personalrekrutierungspolitik voraus, die eine angemessene Balance zwischen jüngeren und älteren Beschäftigten zu erreichen sucht.

Derzeit sind die Weichen aber anders gestellt: Seit einigen Jahren werden nur noch in begrenztem Umfang Azubis nach Abschluss der Ausbildung übernommen. In zwei der in die Untersuchung einbezogenen Betriebe lässt sich bereits eine Überalterung der Belegschaft feststellen. Im dritten Betrieb wird befürchtet, dass es in einigen Jahren zu einer solchen Entwicklung kommen könnte.

Ursula Bischoff, Kirsten Bruhns, Sandra Koch

Literatur

- Bednarz-Braun, Iris / Bischoff, Ursula (2006): Interkulturalität unter Auszubildenden im Betrieb. Eine Handreichung für die betriebliche Praxis. München, S. 172–175
- Bednarz-Braun, Iris / Bischoff, Ursula (2006): Gute Nachrichten: Azubis unterschiedlicher Herkunftskultur verstehen sich gut. In: Reiberg, Ludger (Hrsg.) Berufliche Integration in der multikulturellen Gesellschaft. Bonn

Projekt: Interethnische Beziehungen zwischen jungen und älteren Facharbeiterinnen und Facharbeitern in Großbetrieben

Auftraggeber: Programm XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt, gefördert durch Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Europäischer Sozialfonds (ESF), in Kooperation mit der IG Metall

Laufzeit: 01.01.2006–31.12.2007

Methoden: Themenzentrierte qualitative Interviews

Durchführung: Ursula Bischoff (Halle), Kirsten Bruhns (München), Sandra Koch (Halle)

Kontakt: Ursula Bischoff, Tel.: 0345 68178-32, E-Mail: Bischoff@dji.de

Internet: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=593

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Universität Dortmund)
und Zahlenspiegel 2007 (Forschungsverbund DJI/Universität Dortmund)

Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen

Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erweist sich nach wie vor als eine zentrale Herausforderung für das Bildungswesen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Kindertageseinrichtungen zu, stellen sie doch in der Biografie der meisten Kinder das erste Aufeinandertreffen mit dem Bildungssystem dar – nicht zuletzt durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab drei Jahren. Zentrale Aufgabe der Integration ist es, Angebote zu schaffen, damit alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, die grundlegenden und ihrem Alter entsprechenden Kompetenzen erlangen können. Wie intensiv aber wird dieses Angebot von Kindern mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen?

Das Migrationskonzept der Jugendhilfestatistik

Seit Kurzem liegen aktuelle Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik) zur Kindertagesbetreuung in Deutschland vor (Stichtag 15.03.2006). Erstmals werden in diesem Rahmen auch soziodemografische Merkmale der betreuten Kinder erfasst. Dieses Migrationskonzept fragt danach, ob mindestens ein Elternteil zugewandert, also nicht in Deutschland geboren ist bzw., ob die überwiegend in der Familie gesprochene Sprache deutsch oder nichtdeutsch ist. Diese beiden Merkmale können dann kombiniert werden, so dass Aspekte der Migration künftig mehrstufig abgebildet werden.

Migrationsfamilien nutzen Kindertageseinrichtungen

Für die Frage, wieweit Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund Betreuungsangebote in Anspruch nehmen, steht zurzeit noch nicht die angemessene Bezugsgröße über die Anzahl der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in der Bevölkerung zur Verfügung.

Die Quote der Inanspruchnahme von Kindern nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im Kindergartenalter (Nichtschul-

kinder, die älter als drei Jahre sind) liegt beim Mikrozensus (2003) in Westdeutschland bei nichtdeutschen Kindern um 5,4 Prozentpunkte unter der Quote der deutschen Kinder.

Momentan können zwar noch nicht die migrationsspezifischen Quoten der Inanspruchnahme berechnet werden, doch es lassen sich bereits jetzt die Anteile der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern in Tageseinrichtungen ausweisen. Dabei zeigt sich, dass 23,3% der Kindergartenkinder einen Migrationshintergrund haben; in Westdeutschland, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund lebt, sind es 26,9%.

Bei mehr als einem Viertel der Kinder im Kindergarten bestehen demnach besondere Herausforderungen der kulturellen Integration. Bisher wusste man nur, dass ca. 11% der Kinder im Kindergarten eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben. Die bisherigen Auswertungen des Mikrozensus zeigten eine geringere Inanspruchnahme bei den dreijährigen Nichtdeutschen im Verhältnis zu den deutschen Kindern.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist in allen drei Jahrgängen (von ein bis drei Jahren) gleich hoch, er schwankt lediglich zwischen

23,0% und 23,5%. Dieses Ergebnis kann ein Hinweis darauf sein, dass die Inanspruchnahme der Kinder mit Migrationshintergrund insbesondere bei den etwas jüngeren Jahrgängen angestiegen ist.

Zweitspracherwerb – ein quantitativ bedeutsames Thema für Kindertageseinrichtungen

328.000 Kinder in Westdeutschland bzw. 17% der Kindergartenkinder – so die Ergebnisse zum Migrationshintergrund der KJH-Statistik – haben nicht nur mindestens einen Elternteil, der im Ausland geboren wurde, sondern sprechen zudem überwiegend eine andere Sprache als Deutsch in ihrer Familie. Unbekannt bleibt bei diesen Kindern, ob dies eine Entscheidung der Eltern ist, ihre Kinder zweisprachig aufwachsen zu lassen, oder ob nicht hinreichende Sprachkompetenzen bei den Eltern vorliegen, um den Familienalltag in deutscher Sprache zu gestalten.

Integrationsarbeit, wie etwa eine Förderung in Deutsch als Zweitsprache, ist demnach ein wichtiges Thema für Kindertageseinrichtungen und verdeutlicht zugleich die zentrale Stellung der Kindertagesbetreuung bei der kulturellen und sprachlichen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Jens Lange

Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte und geänderte Fassung eines Artikels aus Kom^{Dat} Jugendhilfe Heft 01/2007, das kostenfrei als Druckversion oder PDF-Datei per E-Mail bestellt werden kann: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Personelles

Tanja Betz

wurde als Mitglied der Task Force »Europäische Jugendpolitik« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berufen.

Dr. Heinz Kindler

wurde als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Projektes »Guter Start ins Kinderleben« sowie als Mitglied der ständigen Fachkonferenz »Familienrecht und Soziale Dienste im Jugendamt« des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJUF) berufen.

Liane Pluto

hat am 21.03.2007 an der Universität Jena ihre Promotionsprüfung erfolgreich abgelegt. Thema der Dissertation: »Partizipation in den Hilfen zur Erziehung. Eine empirische Studie«.

Vicky Täubig

hat am 27.06.2007 das Promotionsverfahren an der Universität Hildesheim erfolgreich abgeschlossen. Thema der Dissertation: »Totale Institution Asyl – Alltägliche Lebensführungen in der organisierten Desintegration«.

Eine Generation geht ...

René Bendit, Dr. phil.



Dipl.-Psych.; M. A. Soziologie
In Argentinien geboren, mit 15 Jahren aus beruflichen Gründen der Eltern nach Chile gekommen, dort Abitur gemacht, dann durch Aufenthalte in Paris, Rom, Frankfurt, London und Kopenhagen Europa kennen gelernt – dies sind Grundlagen für das Entstehen einer polyglotten Karriere (Spanisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch und Deutsch).
1965 nach Chile zurückgekehrt beginnt er dort sein Studium der Psychologie und Soziologie (Hochschule für Journalismus und Kommunikationswissenschaft der Universidad de Chile; Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften FLACSO in Santiago de Chile).
Nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung Allendes 1973 kam René Bendit nach München und begann ein Jahr später seine Tätigkeit am DJI mit dem Erstellen von Expertisen zu Bildungsthemen bzw. Problemen der Bildungsreform im Zusammenhang mit curricularen Fragen. Ausgehend von diesen Arbeiten veröffentlichte er 1977 (zusammen mit Achim Heimbucher) das Buch »Von Paulo Freire lernen. Ein neuer Ansatz für Sozialpädagogik und Sozialarbeit«.
Seit 1976 ist er wissenschaftlicher Referent beim DJI mit praxisbezogenen Forschungsprojekten zu interkulturellen Themen, zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen sowie zuständig für die Jugendberichterstattung, Jugendforschung und Jugendhilfe/Jugendpolitik, unter anderem war er auch Geschäftsführer der Sachverständigenkommission des 8. Jugendberichts.
Parallel dazu erwarb er an der Ludwig-Maximilians-Universität in München das Zweidiplom als Diplompsychologe und promovierte an der Universität Kassel zum Thema »Berufliche Ausbildung und Lebensbewältigung bei jungen Arbeitsmigranten in Deutschland« (1995).
Seit 1994 ist René Bendit der zuständige Referent für internationale Forschungskooperationen des DJI mit Schwerpunkt EU und Lateinamerika – d. h. Mitarbeit bei zahlreichen EU-Projekten sowie Tätigkeit in vielen internationalen Netzwerken, beispielsweise als Mitglied der Task Force »Europäische Jugendpolitik«

beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie als Gründungsmitglied des europäischen Forschungsnetzwerkes EGRIS (European Group for Integrated Social Research).
Parallel zu seiner Arbeit am DJI hatte er zahlreiche Lehraufträge inne (FU Berlin, Universitäten Bamberg, München, Graz; Universidad Autónoma de Barcelona; Universidad Autónoma de Mexico; Universidad Diego Portales, Santiago de Chile). Seit 1994 hat er eine Gastprofessur an der Lateinamerikanischen Fakultät der Sozialwissenschaften (FLACSO), Zweigstelle Argentinien (Buenos Aires) inne.
Für die nachberufliche Zeit möchte René Bendit weiterhin die Entwicklung der Jugendpolitik in Europa verfolgen und durch seine Tätigkeit in einschlägigen Gremien unterstützen. Daneben möchte er mehr Zeit dafür verwenden, sich stärker dem Theaterspiel zu widmen sowie seine Kontakte nach Argentinien und Chile zu pflegen.
Was aber bedeutet für einen Menschen wie René Bendit, der in der Welt zu Hause ist, das Wort »Heimat«?
»Heimat ist für mich dort, wo die wirklichen Freunde sind. Heimat ist dort, wo man sich sprachlich zu Hause bzw. frei fühlt, wo man ohne zu fragen die Dinge versteht, die hinter den Worten stehen. Schließlich ist Heimat dort, wo man nicht gefragt wird: Wo kommst Du her? Aber alles in allem, Heimat ist dort, wo man mit anderen Menschen eine gemeinsame Geschichte hat. Aus allen diesen Gründen sollte man die Heimat am besten mit sich tragen wie die Schnecke ihr Haus.«

Siehe auch DJI Bulletin 79, S. 31

Dr. Christine Weiss



tritt mit 20.08.2007 die Stelle für »Internationale Beziehungen« am DJI in Nachfolge von Dr. René Bendit an. Ihre Dissertation hat »Die Inszenierung von Familie in der US-amerikanischen Politik« zum Thema.
Kontakt: cweiss@dji.de

Aktuelles

Dr. Christof Prechtl

von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) stellte am 02.05.2007 im DJI das Jahresgutachten 2007 »Bildungsgerechtigkeit« des Aktionsrates Bildung vor.

Prof. Dr. Franz Hamburger (Universität Mainz)

Prof. Dr. Ludwig Liegle (Universität Tübingen) Prof. Dr. Hans Thiersch (Universität Tübingen)

im Rahmen der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des DJI am 12./13.07.2007 als langjährige Mitglieder dieses Gremiums verabschiedet.

Sie standen dem DJI seit Jahrzehnten in vielfältigen Funktionen (Mitglied des Vereins, des Wissenschaftlichen Beirats und des Kuratoriums) mit Rat und Tat zur Seite.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DJI danken ihnen herzlich für ihre fördernde Unterstützung.

(v.l.n.r.: Prof. Hamburger, Prof. Thiersch, Prof. Liegle)



Neuer Service der Abteilung Familie

Der Familienwissenschaftliche Infoletter FAMI erscheint ab sofort dreimal im Jahr und wendet sich an alle, die an Forschung über Familien interessiert sind und sich in kurzer, verständlicher und fundierter Form auf dem Laufenden halten möchten. FAMI greift aktuelle Themen sowie Debatten auf und informiert über Forschungsergebnisse aus den Projekten der Abteilung.

www.dji.de/bibs/FAMI_1_07.pdf

DJI-Online-Thema des Monats August 2007

Tatort Internet – Sexuelle Gewalt in den neuen Medien

Die neuen Medien sind aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Neben den damit verbundenen Chancen birgt die Nutzung von Internet und Handy für sie jedoch auch die Gefahr, Opfer sexueller Gewalt zu werden. Kinder werden heimlich gefilmt und ihre Bilder ins Netz gestellt. Pädokriminelle nutzen Chatrooms zur Kontaktabahnung mit Minderjährigen und das Handy für verbale sexuelle Belästigungen oder zur Verbreitung pornographischer Inhalte. Das am DJI angesiedelte Informationszentrum Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung (IzKK) hat gemeinsam mit Fachleuten verschiedener Bereiche Vorschläge erarbeitet, wie dieser neuen Herausforderung zu begegnen ist.

www.dji.de/thema/0708

Internationales

»Eine sich verändernde Jugend in einer sich verändernden Welt«: ein neues Paradigma der Sozialisation Internationales Forum

Astana (Kasachstan), 14.05.–15.05.2007

Kirsten Bruhns hat bei diesem Forum das DJI vertreten. Die Reise nach Astana erfolgte im Rahmen eines von der IJAB (Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland) organisierten Fachkräfteaustauschs als Bestandteil der jugendpolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan.

Kirsten Bruhns hielt bei diesem Forum einen Vortrag zum Thema »Sozialisation in Deutschland: Aufwachsen in einer multikulturellen Gesellschaft«; außerdem war sie an der Gestaltung der Arbeitsgruppe »Ethnokulturelle Wurzeln und traditionelle Sozialisierungsmechanismen der Jugend unter den Bedingungen der Modernisierung des Gesellschaftssystems« mit beteiligt.

Durch Besuche von Schulen und Bildungszentren sowie durch sozial- und bildungspolitische Präsentationen erhielten die Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis des Bildungs- und Jugend(hilfe)bereiches Einblick in das kasachische System der Bildung, Erziehung und Betreuung.

Die in Astana geknüpften Kontakte bilden die Basis für eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Forschungsgruppe *Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben* des DJI sowie den Forschungsinstituten zur Jugend- bzw. Bildungsforschung in Kasachstan.

Dr. Elisabeth Reichert

von der Southern Illinois University, Carbondale besuchte am 21.05.2007 im Rahmen ihres Study Abroad Programs »Social Work in Germany« das DJI und informierte sich über dessen Arbeit.

Youth Culture/s in Europe Internationale Konferenz des Journal of Contemporary European Studies 28./29.06.2007, Loughborough University, Großbritannien

Das Themenspektrum dieser Konferenz reichte von der Mediennutzung über Medieninhalte in Musik, Literatur und Zeitschriften bis zur politischen Kultur in einzelnen Ländern Europas. Weiterhin wurden auf dieser Konferenz Aspekte der Lebenslage (Armut) und Lebensbewältigung thematisiert.

Dr. Wolfgang Gaiser (DJI) referierte über die Bedeutung von Partizipation auf individueller, institutioneller, nationalstaatlicher und europäischer Ebene.

Johann de Rijke (DJI) stellte Ergebnisse und Zusammenhänge des DJI-Jugendsurvey, der Studie EUYOUNGPART sowie des Flash Eurobarometer Young Europeans 2007 zur politischen Kultur in Deutschland und Europa vor.

Rückblick

Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle Kinder und Jugendlichen Europäisches Jugend Event mit 160 Jugendlichen aus 32 Ländern Köln, 13.04.–16.04.2007

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 160 junge Menschen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den EFTA-Staaten, der Türkei, Kroatien und Mazedonien zu einem Jugend Event nach Köln eingeladen. Jugend Events (Treffen junger Menschen aus europäischen Ländern) finden seit 1999 jeweils halbjährlich zu jugendpolitischen Fragestellungen statt.

Das DJI war bei diesem Jugend Event durch *Dr. René Bendit* als Mitglied der Task Force »Europäische Jugendpolitik« des BMFSFJ vertreten. Mit dem Europäischen Jugend Event von Köln hat sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft u. a. zum Ziel gesetzt, die Beteiligung junger Menschen in Europa an jugendpolitischen Prozessen und Entscheidungen zu stärken, sie mit jugendpolitisch Verantwortlichen in Kontakt zu bringen (*Strukturierter Dialog* → Glossar), die vorhandenen Aktivitäten junger Menschen zur Verbesserung von Chancengleichheit und Beteiligung darzustellen und ihre europäische Vernetzung zu unterstützen.

Staatssekretär *Gerd Hoofe* (BMFSFJ) betonte in seiner Begrüßungsrede: »Jugendpolitik auf europäischer Ebene muss stärker sichtbar werden und Einfluss nehmen. Das setzt voraus, dass Jugendpolitik im Zusammenhang mit anderen Politikbereichen eine größere Rolle spielt und sich noch stärker als bisher einmischt, wenn auf europäischer Ebene jugendrelevante Entscheidungen getroffen werden.«

Bei diesem Europäischen Jugend Event wurden verschiedene Aktionsfelder europäischer Jugendpolitik diskutiert, so die *zielorientierte und verbesserte Jugendinformation, Unterstützung schulischer und beruflicher Bildung* von jungen Menschen sowie bildungsferner Zielgruppen, *Chancen nichtformalen Lernens, freiwilliges Engagement* in Europa sowie Ansätze des *Peer-learning*, ferner *Verbesserung von Chancengleichheit und gesellschaftlicher Beteiligung* aller jungen Menschen in Europa. Die Ergebnisse der thematischen Kleingruppenarbeit wurden von den jungen Teilnehmenden zu einem Aktionsplan gebündelt, der sich zugleich als Katalog von Aufträgen versteht, zu deren Umsetzung sich junge Menschen mit ihrem Engagement in den »brennenden Bereichen« europäischer Jugendpolitik selbst verpflichten.

Der von den jungen Menschen in Köln entwickelte Aktionsplan ist ein dynamisches Instrument, das während der portugiesischen und slowenischen Teampräsidentschaft weiter debattiert und konkretisiert werden wird. Bereits bei der parallel zum Jugend Event stattfindenden Tagung der 27 in der EU für Jugendpolitik zuständigen *Generaldirektorinnen und Generaldirektoren Jugend* ist der von den jungen Menschen verabschiedete Aktionsplan vorge-

stellt und erörtert worden. Bei einem Ministerforum, das am Rande des Jugendministerrats der EU vom 25. Mai 2007 in Brüssel stattgefunden hat, sind zentrale Forderungen vertieft diskutiert worden, und auch die Teilnehmenden der Europäischen Jugendwoche (Juni 2007 in Brüssel) hatten Gelegenheit, sich mit den Thesen des Aktionsplans auseinanderzusetzen. Es ist davon auszugehen, dass zentrale Inhalte des Aktionsplans in eine für September 2007 geplante Mitteilung der EU-Kommission einfließen.

Viele Rückmeldungen von Teilnehmenden des Jugend Events haben das BMFSFJ erreicht. Eine Teilnehmerin schrieb auf die Frage, welche Bedeutung die Konferenz für sie persönlich hatte:

»Das war das größte Event, an dem ich je teilnahm und ich kann sagen, dass ich wirklich alles genossen habe – die Stadt Köln war großartig und alle Organisatoren haben dies wirklich gut vorbereitet und durchgeführt. Ich habe viel gelernt über verschiedene Kooperationsformen und den Eindruck gewonnen, dass alle Workshops den Teilnehmenden viel eingebracht haben.«

Weitere Informationen zu der Veranstaltung und den Aktionsplan finden Sie im Internet unter www.youth-event-germany.de

Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund in der Kita Fachtagung der Projekte »Sprachliche Förderung in der Kita« und Modellprogramm FörMig Hamburg, 21.05.2007

Ziel dieser Fachtagung war der gemeinsame Erfahrungsaustausch des Bund-Länder-Projektes »*Sprachliche Förderung in der Kita*« und des Modellprogramms *FörMig* (Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) zur sprachlichen Förderung mehrsprachiger Kinder. Elementarbereich und Übergang von der Kita zur Schule sind wichtige Abschnitte im Prozess des Spracherwerbs.

Der Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer setzte sich überwiegend aus pädagogischen Fachkräften der Modelleinrichtungen (*FörMig* und *DJI-Sprachprojekt*) zusammen, außerdem aus Fachberaterinnen und -beratern verschiedener Einrichtungsträger, Grundschullehrerinnen und -lehrern sowie Vertreterinnen und Vertretern weiterer Institutionen.

Die Fachvorträge von *Prof. Gudula List* (Universität Köln) zum Thema »Deutsch als Zweitsprache« und *Prof. Ingrid Gogolin* (Universität Hamburg) zum »Übergang Kita-Grundschule« führten in die Thematik ein, bevor aus den Projekten *FörMig* und *Sprachliche Förderung in der Kita* (DJI) berichtet wurde. So stellten u. a. Fachkräfte aus den *DJI-Modellkitas* ihre Projektarbeit vor und zeigten eindrucksvolle (Sprach-)Beispiele aus der pädagogischen Arbeit. Die Zusammenarbeit der beiden Projekte soll fortgesetzt werden.

Kontakt: *Mechthild Laier*, Koordinatorin im Projekt »Sprachliche Förderung in der Kita«, laier@dji.de, dji.de/sprache-kita

Jugend, Jugend(hilfe)forschung und Jugendpolitik in der globalen Welt DJI-Symposium aus Anlass der Verabschiedung von Dr. René Bendit in den Ruhestand München, 21.05.2007

Themenaspekte dieses DJI-Symposiums waren die Auswirkungen sozialer Modernisierung auf die Prozesse des Übergangs junger Menschen in das Erwachsenenleben; dabei ging es vor allem um die Fragestellung, wann und inwieweit Jugendliche in modernen und post-modernen Gesellschaften eigentlich erwachsen sind bzw. werden können.

Ferner befasste sich das Symposium mit den von der EU entwickelten jugendpolitischen Konzepten und Ansätzen sowie deren Auswirkungen auf die reale Jugendpolitik und Jugendhilfe in Deutschland.

Prof. Dr. Walter Hornstein (ehemaliger Direktor des DJI) stellte Forschungsperspektiven, Fragestellungen und Aussichten einer Jugend und Jugendpolitik in der globalen Welt vor.

Dr. Andreau López-Blasco (ehemaliger Mitarbeiter des DJI; AREA und Universität Pamplona) betonte die Herausforderung für Forschung und Politik mit Blick auf »Verlängerte Übergänge in das Erwachsenenleben und neue Gefährdungen der sozialen und wirtschaftlichen Potenziale junger Menschen in Europa«.

Im Anschluss daran wurden aktuelle Befunde der Jugendsoziologie und der Jugendhilfeforschung diskutiert sowie neue jugendpolitische Strategien in Deutschland analysiert. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf junge Menschen mit Migrationshintergrund gelegt, bei denen die Risiken sozialer Ausgrenzung am stärksten zu sein scheinen.

In kurzen Statements skizzierten *Prof. Dr. Charles Berg* (Universität Luxemburg), *Prof. Carmen Leccardi* (Universität Milano Bicocca), *Prof. Dr. Richard Münchmeier* (FU Berlin), *Hans Georg Wicke* (JUGEND für Europa/Deutsche Agentur Jugend in Aktion), *Prof. Dr. Christian von Wolffersdorf* (Universität Leipzig), *Dr. Gebhard Stein* (EGRIS) und *Dr. Wolfgang Gaiser* (DJI) Prospekte für eine verbesserte europäische Jugendforschung und politische Praxis. In diesem Zusammenhang würdigten sie *Dr. René Bendit* als einen wichtigen »Wegbegleiter«, der über Jahrzehnte hinweg sich des Themas »Jugend und Europa« angenommen hatte.

»Starke Jugend – Starke Zukunft« –
12. Deutscher Präventionstag
Wiesbaden, 18.06.–19.06.2007

Der jährlich stattfindende Präventionstag ist mit rund 1.900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor allem aus den Bereichen der Polizei und Justiz die zentrale Fachveranstaltung in der Kriminalitätsprävention. Das DJI war als offizieller Kooperationspartner des Präventionstages mit einem zentralen Stand (unter Beteiligung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention sowie des Informationszentrums Kindesmisshandlung/Kindesvernachlässigung IzKK) und verschiedenen Beiträgen vertreten.

Dr. Christian Lüders stellte in seinem Vortrag »Gewalt als Lernchance« die zentralen Aussagen des soeben erschienenen Berichts »Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter« vor. Dieser Bericht (im Auftrag der Regierungschefs der Länder unter Federführung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention erstellt) konzentriert sich auf folgende Handlungsfelder: *Familie, Kindertagesbetreuung, außerschulische Angebote der Jugendhilfe, Schule, Polizei, Justiz*. Er ermöglicht einen Überblick über den Stand der konzeptionellen und methodischen Grundlagen sowie der sich abzeichnenden Herausforderungen im Bereich der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Dabei wird für ein enges Verständnis von Gewaltprävention plädiert – entgegen der fast schon inflationären Ausweitung dessen, was unter Gewaltprävention mittlerweile gefasst wird. Deshalb unterscheidet der Bericht zwischen Strategien, die gezielt auf die Verhinderung und Verminderung der Gewalt von bzw. unter Jugendlichen abzielen, und Programmen sowie Maßnahmen, die im günstigen Fall auch gewaltpräventiv wirken können (ob familien-, bildungs-, sozial-, arbeitsmarktpolitisch oder pädagogisch und integrativ).

Beim 12. Präventionstag war eine große Resonanz auf den Bericht zu den Strategien der Gewaltprävention zu erkennen; die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe scheint an Bedeutung zu gewinnen. Der diesjährige Präventionstag hatte eine wesentlich stärker jugendpolitische und erzieherische Ausrichtung erfahren als in den Jahren zuvor.

Der 360 Seiten umfassende Bericht steht als Download unter www.dji.de/jugendkriminalitaet zur Verfügung. Eine Printfassung kann unter jugendkriminalitaet@dji.de bestellt werden. Zentrale, pädagogisch orientierte Aussagen des Berichts wurden in der Wiesbadener Erklärung (http://www.praeventionstag.de/content/12_praev/download/Wiesbadener-Erklärung.pdf) sowie in dem Gutachten zum Präventionstag aufgenommen. Darin wird betont, dass vor allem pädagogisch (und nicht repressiv) ausgerichtete Strategien der Gewaltprävention erforderlich sind.

Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – Neue Strategien der Kohäsion
EU-Fachkongress im Rahmen der
deutschen EU-Ratspräsidentschaft
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Leipzig, 26.06.–28.06.2007



In Europa hat ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen mit mehrfachen Benachteiligungen zu kämpfen. Diese ungünstigen Ausgangsbedingungen gefährden die soziale und berufliche Integration der jungen Menschen. Ein Ziel der EU ist demnach, gegen Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedsländern vorzugehen. Mit dem Fachkongress führten die EU-Mitgliedsstaaten den zu dieser Problematik bereits 2004 in Berlin begonnenen Dialog weiter. Bei diesem Kongress waren 16 europäische Länder sowie 160 europäische Kommunen vertreten. Im Mittelpunkt stand die *gemeinsame Suche nach übertragbaren Lösungsansätzen* zum Wohl der in der EU lebenden Kinder und Jugendlichen sowie die Formulierung von Handlungsempfehlungen für die EU.

Gerd Hoofe (Staatssekretär BMFSFJ) wies auf die zunehmende soziale Benachteiligung in zahlreichen Ländern Europas hin sowie auf die damit einhergehende sozialräumliche Ausgrenzung. Für junge Menschen sind dies ungünstige Ausgangsbedingungen und demnach sind entsprechend fördernde Voraussetzungen für eine gelingende Integration zu schaffen. Jérôme Vignon (Europäische Kommission) betonte, dass bei der Minderung sozialer Benachteiligung vor allem der lokalen Ebene (Städte und Gemeinden Europas) ein wichtiger Stellenwert zukommt, denn dort sind die Bedürfnisse und Schwierigkeiten der Jugendlichen sozialräumlich zu erfassen.

Die Arbeitsgruppen waren den thematischen Schwerpunkten *Bildung, Beschäftigung, Multikulturelles Zusammenleben und Ressortübergreifende Strategien für soziale Brennpunkte* gewidmet. Eine weitere AG befasste sich mit *lokalen Strategien zur Aktivierung beschäftigungswirksamer und sozialer Potenziale* im Rahmen des Europäischen-Sozialfonds-Instrumenten (ESF) der Small Grants (Mikrofinanzierung).

Dr. Christian Lüders (DJI) betonte in seiner Bilanz des Fachkongresses, dass bereits die Erfassung der jeweiligen komplexen nationalen Bedin-

gungsgefüge einen wesentlichen Ertrag darstellt und Grundvoraussetzung für einen intensiven kritischen Vergleich auf europäischer Ebene ist. Erfolgreiche Integrationsstrategien beruhen auf der Zusammenarbeit unterschiedlicher Instanzen bzw. deren Akteure und funktionieren in erster Linie sektor- und ressortübergreifend. Solche übergreifenden Perspektiven sind in den jeweiligen Länderkontexten unbedingt zu fördern. An der Gestaltung und Umsetzung nationaler Strategien müssen staatliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie die Wirtschaft als Partner gemeinsam arbeiten. Schließlich bedarf es zur Gestaltung vor Ort entsprechender Instrumente, Verfahren und Möglichkeiten, die es ermöglichen, Kinder und Jugendliche teilhaben zu lassen, und zwar durch Partizipation im Sinne einer Co-Produktion unter Einbringung der eigenen Ressourcen.

Prof. Howard Williamson (University of Glamorgan, Großbritannien) wies darauf hin, dass ein nicht unbedeutender Teil benachteiligter junger Menschen von den präsentierten Programmen nicht erreicht wird und rief dazu auf, gezielt nach Antworten zu suchen, wie diese jungen Menschen erreicht werden können.

Eine weitere Frage betrifft die Definition von und den Umgang mit Zielgruppen: Ist die Fokussierung auf eine bestimmte Zielgruppe sinnvoll, oder sollen eher institutionell übergreifende jugendbezogene Strategien in einzelnen Handlungsfeldern wie Bildung, Integration oder Beschäftigungsförderung entwickelt werden, um die bestehenden Probleme zu lösen und ihnen vorzubeugen?

Auf der Projektmesse stellten sich ausgewählte lokale Projekte zur sozialen und beruflichen Integration von benachteiligten Personen aus neun europäischen Ländern vor (gefördert vom Europäischen Sozialfonds, ESF). Aus Deutschland wurden insbesondere Projekte aus dem Bundesprogramm »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS) vorgestellt. Neben dieser Projektmesse stand der Besuch verschiedener Praxisprojekte in Leipzig auf dem Programm. Dieser ermöglichte einen Einblick in die lokale Umsetzung des deutschen Programms »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten«.

Der Kongress vermittelte eine Fülle von Anregungen, die nicht zuletzt zum Überdenken der eigenen Praxis führten – beispielsweise beim Thema *Sozialraumorientierung*: In Deutschland ist sie ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Strategie. Im Austausch mit anderen Staaten wie Tschechien oder Litauen wurde jedoch deutlich, dass sie für die Erreichung bestimmter Zielgruppen (wie Sinti und Roma) eindeutige Grenzen aufweist.

Der *kulturelle Rahmen* des Kongresses wurde durch verschiedene LOS-Projekte gestaltet. Break-Dancer und Hip-Hop-Gruppen zeigten auf der Bühne ihr Können, kamen aber auch gleichzeitig zu Wort und brachten ihre Interessen nicht nur über Gesang, sondern auch im Podiumsgespräch zum Ausdruck.



**»Nationales Zentrum Frühe Hilfen«
verzahnt Systeme von Gesundheitswesen
und Jugendhilfe
Pressekonferenz
Berlin, 10.07.2007**

»Hinter jedem Fall von Verwahrlosung und Misshandlung steht die Leidensgeschichte eines Kindes. Wir müssen Hilfen früher und besser aufeinander abstimmen, damit der Teufelskreis von Isolation und Gewalt innerhalb einer Familie gar nicht erst entsteht«, betonte Bundesfamilienministerin *Dr. Ursula von der Leyen* bei der Pressekonferenz zum Start des »Nationalen Zentrums Frühe Hilfen«.

Im Rahmen des Bundesaktionsprogramms »Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme« haben die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in gemeinsamer Trägerschaft dieses multiprofessionelle Zentrum eingerichtet.

Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen mit Sitz in Köln soll deutschlandweit mit Expertenwissen lokale und regionale Netzwerke beraten und unterstützen, die das Risiko von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung minimieren wollen, indem sie Angebote des Gesundheitswesens mit denen der Kinder- und Jugendhilfe miteinander verzahnen.

»Die Angebote des Gesundheitswesens bieten einen guten Zugang zu Eltern und ihren Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Situation schon in der Zeit von Schwangerschaft und Geburt«, betonte *Prof. Elisabeth Pott*, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): »Ärztinnen/Ärzte und Hebammen sind oft die ersten, die besondere Belastungen und Schwierigkeiten erkennen und ein hohes Maß an Vertrauen genießen. Deshalb sind sie geeignete Vermittler zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe«.

»Die Kinder- und Jugendhilfe bietet eine Fülle von effektiven Hilfen für Familien: von der Prävention durch Elternbildung bis hin zur intensiven sozialpädagogischen Begleitung von Familien in Krisensituationen«, hob *Prof. Thomas Rauschenbach*, Direktor des DJI, hervor: »Damit diese Hilfen bei Eltern und Kindern möglichst früh ankommen und auf diese individuell sowie passgenau abgestimmt werden können, ist ein koordiniertes Vorgehen der unterschiedlichen Akteure aus den beiden Leistungssystemen unabdingbar«.

Das Bundesfamilienministerium wird für das »Nationale Zentrum Frühe Hilfen« bis zum Jahr 2010 rund 10 Mio. Euro aufwenden. Im Mittelpunkt stehen Familien mit Kindern bis zu drei Jahren, deren Lebensalltag durch soziale oder persönliche Probleme wie eigene Gewalterfahrungen, Alkohol, Drogen, Arbeitslosigkeit oder das Fehlen eines unterstützenden Umfeldes schwer belastet ist. Werden Risiken früh erkannt, können rechtzeitige Hilfeangebote für überforderte Eltern der Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorbeugen.

www.fruehehilfen.de



Neue DJI-Materialien

■ *Heinz Kindler, Susanna Lillig, Herbert Blüml, Thomas Meysen, Annegret Werner (Hrsg.)*
Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)

München 2007
840 Seiten

Das Handbuch »Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)« dient der Information und Unterstützung von Fachkräften, die sich mit Fragen von Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB auseinandersetzen (z. B. Einschätzung von Gefährdung, wirksame Hilfen). Hierfür wurde der verfügbare Forschungsstand umfassend aufbereitet. Konkrete Hinweise, die die Einschätzungs- und Handlungssicherheit in der Praxis erhöhen, bilden einen Schwerpunkt des Handbuchs.

Zurzeit ist die *Printversion* des Handbuchs leider vergriffen.

Die elektronische Fassung können Sie downloaden unter:
http://213.133.108.158/asd/ASD_Inhalt.htm
Die pdf-Version des Handbuchs können Sie kostenfrei auf *CD-Rom* über die *Broschürenstelle des BMFSFJ* beziehen:
publikationen@bundesregierung.de oder per Fax unter der Nummer: 01805 778094.

Vormerkung für das Handbuch im Papierformat (im Falle einer 2. Auflage):
Mail an: publikationen@bundesregierung.de oder per Fax unter der Nummer: 01805 778094

■ *Martina Heitkötter, Andreas Lange*
Kernaussagen des Siebten Familienberichts für Lokale Bündnisse
BMFSFJ, Berlin 2007
20 Seiten

Diese Online-Veröffentlichung, die vom DJI im Auftrag des BMFSFJ erarbeitet wurde, macht die Kernbotschaften und konkreten Empfehlungen des Siebten Familienberichts für die Initiative Lokale Bündnisse fruchtbar. Es werden die zentralen Bausteine nachhaltiger Familienpolitik aufgeführt, einschlägige Handlungsfelder für die Bündnisarbeit benannt sowie die Frage beantwortet, wie die Bündnisse den Siebten Familienbericht konkret nutzen können.
Die Broschüre kann bezogen werden unter:
www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Aufsätze von Autorinnen und Autoren des DJI

- **Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.)**
Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern
 DJI, 2007 360
http://www.dji.de/bibs/_Band11_Gewaltpraevention.pdf
- **Iris Bednarz-Braun, Kirsten Bruhns**
Forschungsgruppe »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben« im Deutschen Jugendinstitut
 In: Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, 58. Jg., H. 2/2007, S. 148–153
- **Waltraud Cornelißen**
Sind Jungen in der Schule benachteiligt?
 In: Erziehung und Wissenschaft in Niedersachsen, H. 12/2006, S. 24–25
http://www.gew-nds.de/E_W/dez06/24_25.pdf
- **Adalbert Evers, Birgit Riedel**
Engagementförderung mit eigenem Profil. Der Verbund Freiwilligen-Zentren im Caritasverband
 In: Herting, Maria/Krell, Wolfgang/Baldas, Eugen/Roth, Rainer A. (Hrsg.): Freiwilligen-Zentren. Ferment einer solidarischen Gesellschaft. Freiburg 2007, S. 312–356
- **Martina Gille, Sabine Sardei-Biermann**
Jugendliche und junge Erwachsene heute – ganz anders? Ergebnisse aus dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI)
 In: STADTPUNKTE. Aktuelle Informationen der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG), H. 2/2007, S. 20–21
- **Martina Heitkötter**
Aktuelle Ansätze lokaler Zeitpolitik
 In: Zeitpolitisches Magazin, H. 10/2007, S. 1–3
- **Irene Hofmann-Lun**
Schulabbruch und Ausbildungslosigkeit vorbeugen – Kooperation von Schulen, Jugendsozialarbeit und Betrieben bei Betriebspraktika
 In: Lernortkooperation News, H. 12/2007, S. 7–9
- **Sibylle Hübner-Funk, Andreas Lange**
Vom sozial- zum bio-ökologischen Paradigma? Urie Bronfenbrenner zu Ehren
 In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 2. Jg., H. 1/2007, S. 6–9
- **Heinz Kindler**
Prävention von Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung im Säuglings- und Kleinkindalter
 In: Ziegenhain, Ute/Fegert, Jörg (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung. München 2007, S. 94–108
- **Heinz Kindler, Susanna Lillig**
Der Schutzauftrag der Jugendhilfe unter besonderer Berücksichtigung von Gegenstand und Verfahren zur Risikoeinschätzung
 In: Jordan, Erwin (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung. Rechtliche Neuregelungen und Konsequenzen für den Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim/München 2007, S. 85–109
- **Heinz Kindler, Hanna Permien, Sabrina Hoops**
Geschlossene Formen der Heimunterbringung als Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe. Eine empirische Forschungsübersicht zu Wirkungen, Alternativen und Indikationen
 In: ZJJ – Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 1/2007, S. 40–48
- **Heinz Kindler, Alexandra Sann**
Frühe Hilfen zur Prävention von Kindeswohlgefährdung
 In: Kind Jugend Gesellschaft, 52. Jg., H. 2/2007, S. 42–45
- **Heinz Kindler, Kathrin Thrum**
Praxisnutzen von Forschung in der Pflegekinderhilfe: Umgang, Kindeswohl und die Integration von Pflegekindern in die Pflege- bzw. Herkunftsfamilie
 In: Jugendhilfe, 45. Jg., H. 1/2007, S. 11–20
- **Sandra Koch**
Teaching Stories. Erzieherinnen nehmen sich selbst in den Blick
 In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, H. 5/2007, S. 50
- **Marion Küfner**
Eingliederungshilfe in Pflegefamilien für alle Kinder mit Behinderungen?!
 In: Das Jugendamt. Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht, H. 1/2007, S. 8–14
- **Ralf Kuhnke**
Pretestung des Baseline-Fragebogens und Entwicklung einer Strategie zur Validitätsprüfung von Einzelfragen
 Arbeitsbericht im Rahmen einer Dokumentationsreihe: Methodische Erträge aus dem »DJI-Übergangspanel«. DJI, 2007 Wissenschaftliche Texte / 1/2007
http://www.dji.de/bibs/276_7021_Expertise_zur_Itemvaliditaet.pdf
- **Andreas Lange**
Von der Fremd- zur Selbstsozialisation? Chancen und Risiken der Entgrenzung von Kultur und Ökonomie für Kinder und Jugendliche seit 1960
 In: Gebhardt, Miriam/Wischermann, Clemens (Hrsg.): Familiensozialisation seit 1933 – Verhandlungen über Kontinuität. Stuttgart 2007, S. 183–203
- **Kindheit und Familie**
 In: Ecarius, Jutta (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden 2007, S. 239–259
- **Das Kind in der Familie. Medienhandeln aus Sicht der Familienforschung**
 In: Theunert, Helga (Hrsg.): Medienkinder von Geburt an. München 2007, S. 41–57
- **Jens Lange, Birgit Riedel**
Fachkräfte – das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen
 In: KomDat Jugendhilfe, 10. Jg., H. 1/2007, S. 10–12
- **Thomas Rauschenbach**
Der Streit um die Zahlen – Bedarfs-szenarien für unter Dreijährige und ihre Berechnungsgrundlagen
 In: FORUM Jugendhilfe, 31. Jg., H. 2/2007, S. 58–62
- **Wie normal ist Kinder- und Jugendhilfe? Zur Lage und den Herausforderungen eines Arbeitsfeldes im Wandel**
 In: Berufsverband der Heilpädagogen e. V. (Hrsg.): Den Wandel gestalten – Heilpädagogen in Aktion. Bericht der 40. Bundesfachtagung des Berufsverbandes der Heilpädagogen vom 17. bis 19. November 2006 in Berlin, Eigenverlag des Berufsverbandes der Heilpädagogen e. V. Berlin 2007, S. 30–47
- **Thomas Rauschenbach, Jens Lange, Birgit Riedel**
Pionierstimmung in der Kindertagesbetreuung. Ehrgeizige Ziele im Lichte aktueller Entwicklungen
 In: KomDat Jugendhilfe, 10. Jg., H. 1/2007, S. 1–2

■ *Thomas Rauschenbach, Matthias Schilling*
**750.000 Plätze = 35% = Rechtsanspruch?
Ergänzungen zu einer unübersichtlichen
Diskussionslage**

In: KOMDat Jugendhilfe. 10. Jg., H. 1/2007,
S. 13–15

■ *Birgit Reißig, Nora Gaupp*
**Hauptschüler: Schwierige Übergänge in
den Beruf**

In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 28/2007,
S. 10–17

■ *Peter Rieker*
**Die gesellschaftliche Auseinandersetzung
mit Rechtsextremismus in Deutschland**

In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP),
56. Jg., H. 2/2007, S. 203–216

**Prävention gegen Rechtsextremismus.
Ein Überblick**

In: deutsche Jugend – Zeitschrift für die Jugend-
arbeit, 56. Jg., H. 7–8/2007, S. 297–304

■ *Alexandra Sann*
**Opstapje – Schritt für Schritt. Ein Programm
zur Stärkung von sozial benachteiligten
Familien mit Kleinkindern**

In: KITA aktuell NRW, 16. Jg., H. 4/2007,
S. 76–80

**Frühe Hilfen – eine Kurzevaluation von
Programmen in Deutschland**

In: frühe Kindheit. die ersten sechs Jahre,
10. Jg., H. 3/2007, S. 14–17

■ *Heiner Schäfer*
**The German youth justice system:
a balancing act between education and
justice**

In: Jenkinson, Howard (Hrsg.): Getting the
Blance Right. Selected Proceedings from the
Fifth Biennial Conference on »Children, Young
People and Crime in the United Kingdom and
Ireland«. Tagungsdokumentation der Tagung
vom 16.05.–18.05.2006 in Belfast, S. 71–75

■ *Reinhild Schäfer*
**Sperrige Begriffe, aber auch gute Ideen.
Gender Mainstreaming – eine Zwischen-
bilanz**

In: JugendNachrichten. Zeitschrift des Bayeri-
schen Jugendrings, 61. Jg., H. 1/2007, S. 5–6

■ *Susanne Stempinski*
**Vielseitiger als gedacht ... Die verschiede-
nen Gesichter der Tagespflege**

In: Zeitschrift für Tagesmütter und -väter,
H. 3/2007, S. 2–4

■ *Barbara Thiessen*
**Auszüge aus: Bezahlte Hausarbeit.
Biografische Befunde zur Gestaltung von
Arbeits-Beziehungen im Privaten**

In: Bührmann, Andrea/Diezinger, Angelika/
Metz-Göckel, Sigrid (Hrsg.): Arbeit – Sozialisa-
tion – Sexualität. Zentrale Felder der Frauen-
und Geschlechterforschung. Wiesbaden 2007,
S. 115–122

■ *Deutscher Verein für öffentliche und private
Fürsorge e. V. (Hrsg.):*

Fachlexikon der sozialen Arbeit

6. Auflage. Baden-Baden 2007

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
DJI sind in diesem Fachlexikon (neue Auflage)
mit mehreren Beiträgen vertreten:

*Angelika Diller, Elisabeth Helming,
Karin Jurczyk, Andreas Lange, Christian Lüders,
Thomas Rauschenbach, Matthias Schilling*



Neue DJI-Publikationen

www.dji.de/veroeffentlichungen
Bezug nur über den Buchhandel!

■ *Waltraud Cornelißen, Katrin Fox (Hrsg.)*

Studieren mit Kind

Die Vereinbarkeit von Studium und Eltern-
schaft: Lebenssituationen, Maßnahmen und
Handlungsperspektiven

Schriften des Deutschen Jugendinstituts:
Gender

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
2007

194 S., 26,90 €

ISBN 978-3-531-15493-0

Angesichts der geringen Geburtenrate insbe-
sondere bei Akademikerinnen wird neuerdings
die Frage aufgeworfen, ob Frauen mit hohen
Bildungsaspirationen eine Familiengründung
nicht schon während des Studiums planen soll-
ten. Gelegentlich wird sogar behauptet, das
Studium stelle für junge beruflich ambitionierte
Frauen mit Kinderwunsch die beste Phase für
eine solche Entscheidung dar. Die Frage nach
der Vereinbarkeit eines Studiums mit Kind ist
der zentrale Gegenstand des vorliegenden
Sammelbandes. Dieser beinhaltet Beiträge zu
Lebensentwürfen sowie zur Lebenssituation
junger Frauen und Männer, exemplarische Be-
richte von einzelnen Hochschulen über Maß-
nahmen zur Verbesserung der Situation studie-
render Eltern, Erfahrungsberichte studieren-
der Mütter sowie einen Ausblick auf
Forschungs- und Handlungsbedarf.



■ *Liane Pluto, Nicola Gragert, Eric van Santen, Mike Seckinger*

Kinder- und Jugendhilfe im Wandel

Eine empirische Strukturanalyse
München: Verlag Deutsches Jugendinstitut
2007
680 S., 26,- €
ISBN 978-3-87966-416-0

Die Erwartungen an die Kinder- und Jugendhilfe sind groß. Besteht jedoch vor dem Hintergrund der Strukturen und Handlungsmöglichkeiten eine Chance, dass die Erwartungen erfüllt werden können? Auf der Basis der vierten bundesweiten Erhebung bei öffentlichen und freien Trägern werden Antworten auf diese Frage gesucht.

In dieser Publikation wird detailliert aufgezeigt, welche Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe gegenwärtig dominieren. Wesentliche Querschnittsthemen (z. B. Trägerpluralität, demografische Entwicklung, Migration) werden dabei ebenso aufgegriffen wie zentrale strukturelle Merkmale (Finanzmittel, Personalfragen, interne Steuerung, regionale Angebotsstruktur sowie Inanspruchnahme von Hilfen). Dabei werden generelle Trends und Herausforderungen für die Fachpraxis sowie für die politischen Entscheidungsträger sichtbar gemacht.

■ *Karin Weiß*

Kindertagespflege nach §§ 22, 23, 24 SGB VIII

Reihe Praxis der Jugendhilfe
Stuttgart u. a.: Richard Boorberg Verlag
2., neu bearbeitete Auflage 2007
158 S., 16,80 €
ISBN 978-3-415-03751-9

Kindertagespflege ist zu einem wichtigen Baustein der Kinderbetreuung geworden. Das Buch stellt die Entwicklung sowie die Merkmale der Kindertagespflege vor und erläutert die Regelungszusammenhänge sowie die Aufgaben der Jugendämter und der freien Träger bei der Gestaltung der Kindertagespflege. Hiermit liegt ein konkurrenzlos aktuelles Nachschlagewerk zur Kindertagespflege in Deutschland vor.

■ *Klaus Wahl*

Vertragen oder schlagen?

Biografien jugendlicher Gewalttäter als Schlüssel für eine Erziehung zur Toleranz in Familie, Kindergarten und Schule
Berlin: Cornelsen Scriptor 2007
160 S., 16,95 €
ISBN 978-3-589-24511-6

Immer wieder werden Asylbewerber, Obdachlose und andere Angehörige von sozialen Minderheiten brutal zusammengeschlagen. Wiesahen Kindheit und Jugend der Täter aus, die zu solchen Gewaltausbrüchen führten? Was können Eltern und pädagogische Fachkräfte dagegen tun? Können Ansätze von Fremdenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit bei Kindern rechtzeitig erkannt werden, um ihnen vorbeugend begegnen zu können?

Mit diesen Fragen hat sich der Autor intensiv beschäftigt. Zusammen mit anderen Wissenschaftlern sprach er mit zahlreichen Gewalttätern im Gefängnis und untersuchte die Biografien aggressiver Jugendlicher. Auf dieser Grundlage zeigt er Faktoren in der Kindheit, in Elternhaus, Kindergarten, Schule sowie in Freundesgruppen auf, die zur Entstehung der Aggressivität beigetragen haben.

Ebenso weist er auf die entscheidenden Weichenstellungen für ein frühes pädagogisches Umsteuern hin. Daneben beschreibt der Autor den aktuellen Forschungsstand zur Entstehung von Emotionen und Aggression, insbesondere gegenüber fremden Menschen. Es werden aber auch die Bedingungen aufgezeigt, die die Entwicklung von Offenheit, Toleranz und Friedlichkeit in Familien und pädagogischen Einrichtungen begünstigen. Empfehlungen für eine früh einsetzende Pädagogik zur Förderung von Toleranz schließen das Buch ab.

■ *Christian Reutlinger, Wolfgang Mack, Franziska Wächter, Susanne Lang (Hrsg.)*

Jugend und Jugendpolitik in benachteiligten Stadtteilen in Europa

Schriften des Deutschen Jugendinstituts: Jugend
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
2007
262 S., 39,90 €
ISBN 978-3-531-14737-6

In vielen europäischen Städten können Folgen gesellschaftlicher Spaltungsprozesse in benachteiligten Stadtteilen beobachtet werden. Die Menschen in diesen Quartieren gehören zu den Verlierern des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft. Die Jugendlichen haben hier schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, ihr Risiko des Ausschlusses von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ist bedeutend höher und ihre Formen der Bewältigung benachteiligender Strukturen werden in der Regel gesellschaftlich nicht akzeptiert. Deshalb wurden in vielen europäischen Ländern Projekte und Programme zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation in sozialräumlich segregierten Stadtteilen durchgeführt. Exemplarische Programme, sozialpädagogische Projekte und deren Ergebnisse aus Frankreich, Spanien, Italien, den Niederlanden, Schweden, Österreich, Ungarn und Deutschland werden vorgestellt und diskutiert, wodurch eine Zusammenfassung der gegenwärtigen Sozial(raum)arbeit für Jugendliche in Europa entsteht.